



LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Jahresbericht 2021

der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen e. V.

LAG·FW

Jahresbericht 2021

Vorgelegt auf der Sitzung des Vorstandes
der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen e. V. am 25.04.2022 in Hannover



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	S. 04		
1	Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.	S. 06	4	Jahresbericht der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit Bildung Teilhabe (LAG A B T) in Niedersachsen S. 59
	– Mitgliederversammlung	S. 08		
	– Der Vorstand	S. 08	5	Jahresbericht der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS) S. 63
	– Verbandsstruktur (Organigramm)	S. 09		
	– Besondere Aktionen und Pressearbeit	S. 10	6	Jahresbericht der Landesstelle Jugendschutz (LJS) S. 69
2	Kurzberichte der Ausschüsse	S. 12		
3	Jahresbericht der Stelle für Soziale Innovation	S. 55	7	Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. S. 82

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitgliedsverbände,

im Januar 2021 hat die Diakonie in Niedersachsen turnusgemäß den Vorsitz der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege übernommen. Wir waren damals alle zuversichtlich, dass durch die Impfstoffangebote die Pandemie nun zügig ein Ende finden würde. Dass dem leider nicht so ist, erleben wir in diesen Tagen: Wieder müssen wir mit den Auswirkungen der immer noch andauernden Pandemie auf unser Gesundheitssystem und auf unsere Einrichtungen zurechtkommen.

Das LAG FW-Vorsitzjahr der Diakonie in Niedersachsen wurde deshalb auch weiter von der Pandemiesituation geprägt. In den regelmäßigen Jour-Fixe Gesprächen mit der Sozialministerin Dr. Carola Reimann und ihrer Nachfolgerin Daniela Behrens sowie mit Kultusminister Grant-Hendrik Tonne haben wir immer unsere Themen – nicht nur zur Pandemiesituation - verdeutlicht. Zentrales Anliegen bei den Gesprächen war, das Soziale unter den pandemiebedingten Rahmenbedingungen neu zu denken und partnerschaftlich sowie lösungsorientiert miteinander zu agieren. Darüber hinaus haben wir Gespräche mit unterschiedlichen Akteur*innen aus Politik und Kommunen, Vertreter*innen der Kassen und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen über die soziale Situation in Niedersachsen geführt. Aus der Vielzahl an Themen möchte ich vier skizzieren, die mir besonders wichtig waren:

Doppelhaushalt des Landes 2022 / 2023

Durch vereinte politische Anstrengungen konnten wir geplante Kürzungen im Doppelhaushalt 2022/ 2023 verhindern. Gerade die angedachten Kürzungsvorhaben für die Migrationsarbeit standen dabei im Mittelpunkt unserer Lobbyarbeit. Wären diese wie geplant

durchgesetzt worden, hätte dies neben dem Verlust einzelner Stellen bei den Verbänden vor allem zu einer Gefährdung vieler örtlicher Netzwerke, insbesondere auch ehrenamtlicher Strukturen, geführt. Dank intensiver Gespräche und einer von allen Wohlfahrtsverbänden getragenen Aktion vor dem Landtag ist es gelungen, dass die Mehrzahl der bisherigen Stellen auch im nächsten Jahr über Landesmittel weiter gefördert und damit weiterhin ein verlässliches Beratungsnetz für die Rat- und Hilfesuchenden angeboten werden kann.

Niedersächsisches Kindertagesstätten-gesetz

Sehr große Erwartungen waren mit der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes verbunden. Die jetzige Gesetzeslage mit dem Einstieg für die dritte Fachkraft ist ein erster Erfolg. Dennoch muss dieses Thema kontinuierlich weiterverfolgt und darauf gedrungen werden, dass die im Entschließungsantrag formulierten Perspektiven auch in der neuen Legislaturperiode Schritt für Schritt tatsächlich durchgeführt werden. Insbesondere braucht es konkrete Vereinbarungen und Schritte auf dem Weg zu einer dualisierten Ausbildung. Weitere zehn Jahre können und wollen wir nicht auf entscheidende Verbesserungen warten.

Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen

2019 wurde die Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen (KAP.Ni) ins Leben gerufen. Alle Akteur*innen in Niedersachsen, die sich mit dem Thema Pflege auseinandersetzen, wurden vom Ministerium eingeladen, gemeinsam Lösungen für die Pflege zu erarbeiten. In diesem Jahr stand die Verbesserung der Entlohnungsbedingungen als Kernelement des Maßnahmenplans im Zentrum der Gespräche und Verhandlungen. Diese waren von Respekt und Vertrauen geprägt sowie

dem Willen, gemeinsam die Vergütung im SGB XI zu erhöhen.

Das Ziel muss uns allen klar sein: Gemeinsam – Politik, Kostenträger, Leistungserbringer – wollen wir zukunftsfähige Rahmenbedingungen in der Pflege schaffen, damit Menschen diesen Beruf ergreifen und auch in diesem Beruf bleiben. Dafür müssen wir uns auch im kommenden Jahr einsetzen.

Förderung Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren (PACE)

Die Jugendwerkstätten und deren Finanzierung waren in diesem Jahr ein weiteres wichtiges Thema. In diversen Gesprächen haben wir auf die Notwendigkeit einer dauerhaften Landesfinanzierung dieses Arbeitsgebietes hingewiesen. Das jetzt erreichte Ergebnis mit der weiteren Finanzierung über europäische Fördermittel sichert die derzeitigen Strukturen dieses wichtigen Arbeitsgebiets im Übergang von Schule und Beruf. Alle Akteur*innen in diesem Bereich sind sich jedoch einig, dass zukünftig ein anderes Finanzierungsmodell gefunden werden muss.

Das Soziale neue denken – Aktionen und Veranstaltungen

Mit dem Motto „Das Soziale neu denken“ haben wir uns in diesem Vorsitzjahr vorgenommen, neue Wege anzuregen und zu gehen. Wir sind diverse Kooperationen eingegangen, waren medial sichtbarer und haben in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten immer wieder auf unsere Arbeit und die Bedürfnisse unserer Klient*innen aufmerksam gemacht. Einer der Höhepunkte war 2021 der Sozialkongress, den wir zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichtet haben. Die Panels waren hochkarätig mit Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen aus Gesellschaft und Verwaltung sowie Politiker*innen besetzt. Besonders gefreut hat es mich, dass Ministerpräsident Stephan Weil in seinem Grußwort unsere wichtige Rolle als ge-

sellschaftlicher Akteur hervorgehoben hat.

Auch der Soziale Stadtspaziergang, den wir im Juli zusammen mit Sozialministerin Behrens durchgeführt haben, hat nochmals die Bandbreite unserer Arbeit deutlich gemacht. Ministerin Behrens hat uns im Anschluss gebeten, dieses Format im nächsten Jahr fortzusetzen – das ist sicherlich auch ein Erfolg des Organisationsteams, das aus Mitarbeitenden aus allen Verbänden bestand.

Kurz möchte ich an dieser Stelle noch an unseren Jahresempfang im Spätsommer erinnern. Mit der Verleihung des Sozialpreises zusammen mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen haben wir deutlich gemacht, dass Kooperationen und Netzwerke wichtig sind, um soziale Forderungen prominent platzieren zu können. Außerdem haben wir gemeinsam diejenigen gewürdigt, die sich für das Gemeinwesen engagieren und die damit ein Zeichen der Solidarität setzen. In unserem Jahresbericht werden Sie noch viele andere Themen entdecken, die uns im letzten Jahr beschäftigt haben. Ich danke allen Mitwirkenden aus den Verbänden, insbesondere im Vorstand und in den Ausschüssen, Expertenkreisen und Arbeitsgruppen sowie den Mitarbeitenden in der LAG FW Geschäftsstelle für die Unterstützung und ihr engagiertes Mitwirken. Nur im Verbund aller war es möglich, trotz der vielen Einschränkungen durch die Pandemie, die umfangreichen Themen und Aufgabenstellungen zu bearbeiten und auf einen insgesamt guten Weg zu bringen.

2022 übernimmt Marco Brunotte als Vertreter der niedersächsischen AWO den Vorsitz der LAG FW. Gemeinsam werden wir innerhalb der Wohlfahrtspflege weiter Verantwortung übernehmen und uns für ein soziales Miteinander in Niedersachsen einsetzen. Die Kooperationen und Netzwerke, die wir 2021 an vielen Stellen knüpfen und stärken konnten, werden hierbei sicherlich hilfreich sein.

Bleiben Sie behütet.

Hans-Joachim Lenke
Vorsitzender



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.	S. 07
– Mitgliederversammlung	S. 08
– Vorstand/der Geschäftsführende Ausschuss (GA)	S. 08
– Verbandsstruktur (Organigramm)	S. 09
– Besondere Aktionen und Pressearbeit	S. 10



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

In der **Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.** (LAG FW) haben sich insgesamt 13 Spitzenverbände aus dem Bereich

- der **Arbeiterwohlfahrt** (AWO),
- des **Caritasverbandes** (CV),
- des **Deutschen Roten Kreuzes** (DRK),
- des **Diakonischen Werkes** (DW) sowie
- der **Jüdischen Wohlfahrt** (JW) und
- des **Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** (PN)

zusammengeschlossen.

Die LAG FW ist zentraler Gesprächspartner für Parlament, Regierung, Behörden, Verbände und Institutionen. Die vielfältigen Aufgaben der LAG FW werden vornehmlich von zwei Organen wahrgenommen, der Mitgliederversammlung und dem Vorstand.

Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse bereiten Beschlüsse und Stellungnahmen vor. Sämtliche Beschlüsse unterliegen dem Konsensprinzip, d. h. sie werden einstimmig gefasst. Der Vorsitz in der LAG FW wechselt jährlich unter den Verbänden. Die LAG FW unterhält eine Geschäftsstelle in Hannover. Ihr sind die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS), die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS), die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) und die Stelle für soziale Innovation der Freien Wohlfahrtspflege zugeordnet.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erkennen Not in der Gesellschaft und begegnen ihr mit menschlicher und professioneller Hilfe. Dazu gehört auch, unbequeme Tatsachen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Als kompetenter Dienstleister und sozialer Anwalt definiert sich die LAG FW über folgende Leistungsmerkmale:

- Hilfe für Notleidende
- Hilfen für sozial Benachteiligte Menschen, Kinder und Jugendliche
- Qualitätsmanagement
- Zusammenarbeit mit der »öffentlichen Hand«
- Motor der europäischen Sozialpolitik
- Weltweites Hilfenetzwerk

Freie Wohlfahrtspflege trägt die Mitverantwortung in unserem Land, dass die Menschen die bestmögliche Hilfe dann finden, wenn sie Hilfe benötigen.

Freie Wohlfahrtspflege trägt Mitverantwortung dafür, damit die richtigen Strukturen bereitstehen oder auch neu entstehen, um Menschen richtig und angemessen zu helfen.

Freie Wohlfahrtspflege sichert mit ihren Angeboten und Leistungen auch den sozialen Frieden in unserem Land.

Den Vorsitz in der LAG FW führen die beteiligten Spitzenverbände umlaufend in alphabetischer Reihenfolge durch einen von ihnen benannte(n) Vertreter*in jeweils für die Dauer eines Kalenderjahres.

Entscheidungen, die alle Verbände verpflichten, können nur durch einen einstimmigen Beschluss der in der LAG FW vertretenen Spitzenverbände gefällt werden.

Im Berichtsjahr 2021 oblag die Federführung dem Diakonischen Werk ev. Kirchen in Niedersachsen.

Mitgliederversammlung

Die stimmberechtigten Vertreter*innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen haben im Berichtsjahr 2021 eine Mitgliederversammlung am 13.12.2021 abgehalten.

Vorstand

Der Vorstand hielt im Berichtsjahr eine zweitägige Klausur und elf Sitzungen ab, an denen zur Erörterung spezieller Themen diverse Gäste aus der Politik, der AG der Kommunalen Spitzenverbände oder auch der Kranken- und Pflegekassen teilnahmen.



Marco Brunotte
AWO



Dr. Gerhard Tepe
CV



Dr. Ralf Selbach
DRK



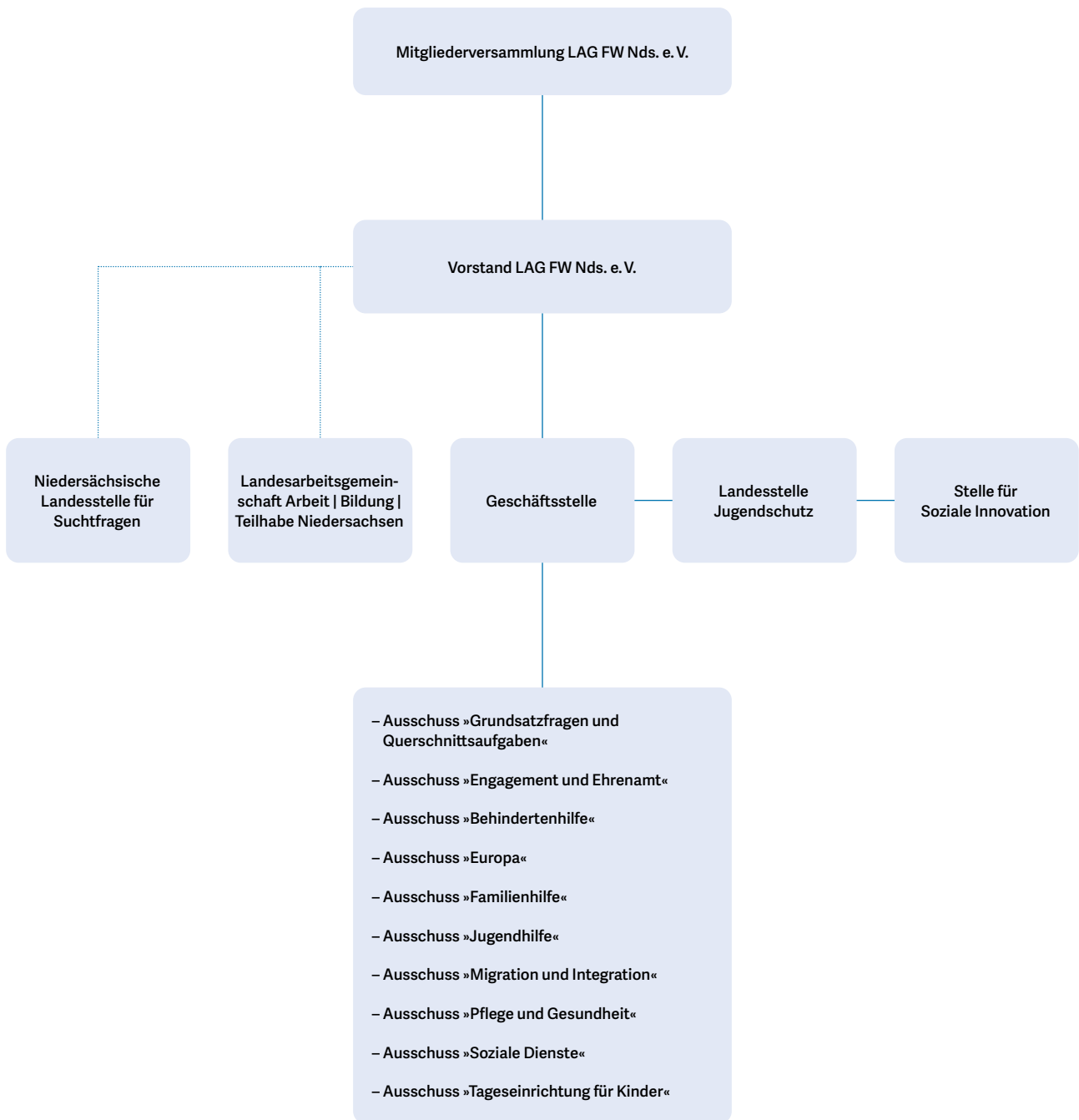
Hans-Joachim Lenke
DW



Michael Grünberg
JW



Birgit Eckhardt
PN



- Ständige Ausschüsse – Arbeitsgruppen – Projektgruppen – Verhandlungsgruppen – Expertenkreise

Besondere Aktionen und Pressearbeit (in chronologischer Reihenfolge)

Presseaufakt im Januar

Beim Pressaufakt im Januar wurden die ersten Schwerpunktthemen für das LAG FW Vorsitzjahr von Hans-Joachim Lenke, gemeinsam mit Marco Brunotte, dem stellvertretenden Vorsitzenden, der Presse vorgestellt. U. a. haben die NDR Sendung „Hallo Niedersachsen“, der Evangelische Pressedienst sowie das Politikjournal Rundblick darüber berichtet.

Digitaler Jahresaufakt

Am 3. Februar fand der digitale Jahresaufakt zum Thema „Für eine solidarische Gesellschaft braucht es Egoisten!?!“ statt. Dort diskutierten Dr. Petra Bahr, Marco Brunotte und Hans-Joachim Lenke zusammen mit dem Autor und Politikberater Erik Flügge. Seine Botschaft: „Kein Appell an den Zusammenhalt bringt diesen hervor. Zusammenhalt entsteht, wenn der eigene Vorteil nur im Vorteil der anderen besteht.“

LAG FW und Flüchtlingsrat appellieren an den Innenminister

In einem gemeinsamen Schreiben wurde an den niedersächsischen Innenminister appelliert, angesichts des fortdauernden Lockdowns den Schutz von Geflüchteten vor einer Corona-Infektion zu verbessern und vorhandene Benachteiligungen zu beseitigen.

Kampagne zum NKiTa-Gesetz

2021 wurde das Nds. Kindertagesstättengesetz novelliert. Schon im März machte ein Bündnis von Wohlfahrtspflege, Kirchen, Gewerkschaften und Elterninitiativen durch aktive Pressearbeit auf die Mängel des Entwurfs aufmerksam. Daraus entwickelte sich eine großangelegte und landesweite Kampagne, in der die Forderungen gegenüber der Politik deutlich gemacht wurden.

Pressemeldung – Ein Jahr Lockdown

In der Pressemeldung anlässlich des Jahrestages des ersten Lockdowns hat die LAG FW auf die Auswirkungen des Lockdowns aufmerksam gemacht. Langfristig gedacht müssen insbesondere die sozialen Sicherungssysteme, wie Hartz IV, überarbeitet und eine Kindergrundsicherung eingeführt werden.

Als Gründungsmitglied zusammen mit dem Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz setzt sich die LAG FW in dem Bündnis „Gute Nachbarschaft“ aktiv für bezahlbares Wohnen, für ein soziales Zusammenleben in den Quartieren und eine Stärkung der Gemeinwesenarbeit ein.

Bündnis für „Gute Nachbarschaft“

Im Landesbündnis für Alphabetisierung und Grundbildung setzt sich die LAG FW aktiv mit insgesamt 20 Gründungsorganisationen dafür ein, dass die Les- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen deutlich verbessert werden. Entsprechende Unterstützungsangebote sowie die Ermöglichung einer aufsuchenden und sensiblen Zielgruppenansprache sollen ausgeweitet werden.

Alphabetisierung

Bei der Konzeptionierung der neuen Pflegeausbildung hat die LAG FW als starker Partner mitgewirkt. Ein Jahr nach dem Start der generalistischen Ausbildung zieht die LAG FW eine positive erste Bilanz.

Pflegeausbildung

Die LAG FW forderte in ihrem Positionspapier die Landesregierung und den Landtag auf, bei ihrer Haushaltsplanung die soziale Infrastruktur zu stärken, die Sicherungssysteme armuts- und krisenfest zu machen und wo nötig, sie noch auszubauen.

Positionspapier „Wir stehen vor großen Herausforderungen. Jetzt investieren. Für ein soziales und gerechtes Niedersachsen.“

Die LAG FW forderte in ihrem Positionspapier die Landesregierung und den Landtag auf, bei ihrer Haushaltsplanung die soziale Infrastruktur zu stärken, die Sicherungssysteme armuts- und krisenfest zu machen und wo nötig, sie noch auszubauen.

Digitaler Sozialkongress „Der Sozialstaat von Morgen – das Soziale neu denken.“

Bei dem gemeinsamen Sozialkongress der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und der LAG FW am 17.06.2021 haben über 250 Personen aus Politik, Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft über den Sozialstaat von Morgen

diskutiert. Fazit der Sozialministerin: „Wir müssen das Soziale neu miteinander verbinden. Die soziale Infrastruktur steht dabei im Fokus.“

Sozialer Stadtspaziergang

Beim gemeinsamen sozialen Stadtspaziergang in Hannover mit der Sozialministerin Daniela Behrens forderte die LAG FW mehr Kooperation und Solidarität im sozialen Miteinander sowie die Stärkung der sozialen Infrastruktur.

Sommerempfang und Verleihung des Niedersächsischen Sozialpreises

Premiere für den Niedersächsischen Sozialpreis: Die LAG FW hat zusammen mit den Unternehmerverbänden in Niedersachsen Unternehmen und Organisationen, die sich sozial engagieren, auf ihrem Sommerempfang ausgezeichnet.

Aktion „Lassen Sie Menschen nicht durchs Netz fallen“

Stärken statt Streichen: Die LAG FW machte mit ihrer Aktion vor dem Landtag deutlich, dass das Netzwerk der Migrationsberatungsstellen in Niedersachsen erhalten bleiben muss.

Techtide

Im Fokus der Panels der LAG FW auf der Techtide 2021 standen der „Zusammenhalt in der digitalisierten Welt“ und die „Chancen für eine neue Autonomie dank neuer digitaler Assistenzsysteme“.

Broschüre Subsidiarität konkret!

In einer gut lesbaren und übersichtlichen Broschüre sind die wesentlichen Aspekte zum Thema Subsidiarität zusammengefasst. Die Broschüre soll sowohl zum Nachdenken anregen, als auch Impulse für politische Debatten geben.



Kurzberichte der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Ständige Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Ausschuss »Behindertenhilfe«	S. 13
Ausschuss »Engagement und Ehrenamt«	S. 16
Ausschuss »Europa«	S. 20
Ausschuss »Familienhilfe«	S. 23
Arbeitsgruppe Müttergenesung	S. 27
Ausschuss »Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben«	S. 29
Ausschuss »Jugendhilfe«	S. 32
Ausschuss »Migration und Integration«	S. 35
Ausschuss »Pflege und Gesundheit«	S. 38
Ausschuss »Soziale Dienste«	S. 42
Ausschuss »Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder«	S. 51



Kurzbericht des Ausschusses »Behindertenhilfe«

Mitglieder:

Frau Koch	AWO
Frau Kammann	CV
Frau Gierse	DRK
Herr Reuter-Radatz	DW
Herr Steinsiek (Vorsitzender)	PN
Herr Lengl/Herr Lauerwald	LAG A B T

Aufgaben und Zielsetzungen des Ausschusses

Der Fachausschuss Behindertenhilfe befasst sich mit allen Themen, die die Lebensverhältnisse der Menschen mit Behinderung in Niedersachsen betreffen. Ziel der Arbeit des Ausschusses ist es, dass Menschen mit Behinderung ihre Lebensverhältnisse sukzessive im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe weiterentwickeln können, wie dies die UN-Behindertenrechtskonvention als Ziel formuliert.

Der Fachausschuss Behindertenhilfe tagt mindestens einmal monatlich. Er lädt Gäste zum fachlichen Austausch ein. Seine Mitglieder sind in verschiedene Gremien eingebunden. Hierzu zählen z. B.:

- die Arbeitsgemeinschaft nach dem Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum SGB IX
- die AG zur Umsetzung von Bedarfsermittlung Niedersachsen (B.E.Ni)
- der Landesbehindertenbeirat
- der Landesfachbeirat Psychiatrie Niedersachsen
- die Schiedsstelle nach dem SGB XII und SGB IX
- verschiedene Gremien zum Aktionsplan Inklusion des Landes Niedersachsen
- der Runde Tisch schwerstkranker Kinder
- der Jour fixe des Niedersächsischen Kultusministeriums
- der Runde Tisch „Ausbildung Heilerziehungspflege“ des Niedersächsischen Kultusministeriums
- der Runde Tisch „Teilhabe am Vereinssport“
- die AG Hospizarbeit und Palliativversorgung für Menschen mit Behinderung des Landesstützpunkts Hospizarbeit und Palliativversorgung Niedersachsen e. V.
- das Modellprojekt zur Erleichterung von Übergängen aus Tagesförderstätten in das Eingangsverfahren einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung

Für die Verhandlung der Landesrahmenverträge nach § 131 SGB IX wurde eine Verhandlungsgruppe eingesetzt. Diese besteht aus

- Julia Weber (AWO),
- Ulrich Kupczik (CV),
- Uta Rausch (DRK),
- Jörg Reuter-Radatz (DW) und
- Eduard Schellenberg (PN).

2. Schwerpunkte der Aktivitäten 2021 (und welche Ergebnisse wurden erzielt)

Corona und die Auswirkungen auf die Behindertenhilfe

Zum zweiten Mal findet sich beim Bericht über die Schwerpunkte des vergangenen Jahres das Thema Corona an erster Stelle, denn das Thema Corona hat auch ein weiteres Jahr den Bereich „Behindertenhilfe“ vor große Herausforderungen gestellt. Während die Corona-Wellen durch das Land zogen, wurde mit verschiedenen Maßnahmen in der Regel dafür gesorgt, dass Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen weiterhin zugänglich blieben. Durch Testen und Impfen kamen noch mehr Instrumente, die mehr Sicherheit bieten konnten, hinzu. Dennoch gab es leider auch Ausbrüche in den Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Auch in diesem Jahr haben sich die vielen Mitarbeiter*innen in den verschiedenen Einrichtungen und Diensten sehr engagiert den immer wieder neuen Gegebenheiten gestellt. Ein wichtiger Schwerpunkt des Fachausschusses Behindertenhilfe war und ist die Frage, welche Folgen die Corona-Pandemie für Menschen mit Behinderungen hat. Dabei sind dem Fachausschuss Behindertenhilfe die folgenden Fragestellungen besonders wichtig:

- Welche Folgen hat es, wenn man Menschen zur selbstbestimmten Teilhabe unterstützen möchte, diese selbstbestimmte Teilhabe aber plötzlich gesellschaftlich nicht mehr positiv besetzt ist?
- Welche Folgen hat es, wenn dem Aufsuchen von Beratungsstellen ganz neue Barrieren gestellt werden?

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen

Auf dem letzten Drücker wurden im Dezember 2021 die beiden Landesrahmenverträge für „Erwachsene (Ü18)“ und „Kinder und Jugendliche (U18)“ vereinbart. Sie vereinigen die verschiedenen Regelungen aus unterschiedlichen Vereinbarungen in einem neuen Text. Es ist sicherlich als Erfolg zu werten, dass trotz der Corona-Pandemie die Verträge geschlossen werden konnten und somit die Angebote für Menschen mit Behinderungen rechtssicher fortgeführt und weiterentwickelt werden können. Diese Weiterentwicklung, in der Präambel als Ziel formuliert, wird in weiteren Verhandlungen in Arbeitsgruppen fortgeführt. Durch die Gemeinsame Kommission (GK) können gemeinsame Beschlüsse dazu gefasst werden.

Die Bedarfsermittlung Niedersachsen (B.E.Ni) 3.0 wurde im Jahr 2021 endgültig verpflichtend für den Bereich Ü18 in Niedersachsen eingeführt. Hierzu hatte die LAG FW schon im Vorfeld Stellung bezogen und begleitet die Einführung weiterhin. Menschen mit Behinderungen und Träger von Diensten und Einrichtungen haben sich darüber hinaus an der Evaluierung von B.E.Ni beteiligt.

Forderung nach Digitalisierung-Förderung in Tagesbildungsstätten umgesetzt

In Niedersachsen werden über 3 000 Kinder und Jugendliche in Tagesbildungsstätten beschult. Im Rahmen der Förderung von Digitalisierung an Schulen wurden sie aber nicht in das Förderprogramm aufgenommen. Dieses, für den Fachausschuss Behindertenhilfe sehr wichtige Anliegen, wurde an dieser Stelle im vergangenen Jahr formuliert. Es ist daher sehr erfreulich, dass sich die Landesregierung diesem Thema im Jahr 2021 angenommen hat und Tagesbildungsstätten nun auch die Möglichkeit haben, eine Förderung zu erhalten. Dennoch bleibt es ein weiteres Anliegen, dass Tagesbildungsstätten gegenüber anderen Schulen nicht strukturell vergessen werden dürfen und Schüler*innen somit benachteiligt werden.

Schulgeldfreiheit in der Heilerziehungspflege nicht umgesetzt

Obwohl die LAG FW in der Forderung der Schulgeldfreiheit in der Heilerziehungspflege viele Fachleute an ihrer Seite hatte, wurde die Forderung in den Haushalten 2022 / 2023 nicht umgesetzt. Dennoch kann positiv bewertet werden, dass das Thema im Zuge der Haushaltsberatungen eine Rolle spielte und auch im kommenden Jahr auf der Agenda stehen wird.

Niedersächsisches Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) wurde nachgeschärft

Schon im Regierungsentwurf des NBGG fanden sich Forderungen der LAG FW wieder. Als Erfolg kann zudem gewertet werden, dass Kommunen Inklusionskonferenzen durchführen und Inklusionsberichte verfassen müssen. Dieses ist die Basis um Maßnahmen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, dass das Kompetenzzentrum Barrierefreiheit deutlich besser ausgestattet werden soll.

Stellungnahmen des Fachausschusses Behindertenhilfe

Zu folgenden Gesetz- und Verordnungsvorlagen hat der Fachausschuss Behindertenhilfe Stellungnahmen erstellt bzw. an Stellungnahmen mitgewirkt:

- Niedersächsischen Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Verbesserung der IT-Infrastruktur und der IKT-Ausstattung in den Tagesbildungsstätten und in der Förderschule des Deutschen Taubblindenwerkes
- Verordnung zur Feststellung eines Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung
- Förderrichtlinie Testung Kita-Personal und Kindertagespflegepersonen
- Verordnung über den Bau und Betrieb von Beherbergungsstätten (Beherbergungsstättenverordnung - BeVO)
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der ambulanten Unterstützung im Bereich

gemeindeintegrierter Psychiatrie, Selbsthilfe, Partizipation und Dialog

- Förderrichtlinie Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung (IKiGa)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Kinder- und Jugendhilferechts
- Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege
- Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Initiativen nach dem Niedersächsischen Quartiersgesetz (Richtlinie „Niedersächsische Quartiersinitiativen“)
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften an Schulen
- Verordnung über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der räumlichen und materiellen Ausstattung von Kindertagesstätten

3. Ausblick / Herausforderungen für 2022

Neben der Corona-Pandemie wird die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und damit die Weiterentwicklung der Leistungsangebote im Sinne einer selbstbestimmten und personenzentrierten Leistungserbringung Schwerpunktthema für den Fachausschuss Behindertenhilfe im Jahr 2022 sein.

gez. Frank Steinsiek
Ausschussvorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Engagement und Ehrenamt«

Mitglieder:

Frau Brandt (Vorsitzende)	AWO
Frau Krawczyk-Balon	CV
Frau Voltmer	DRK
Frau Altenhofen	DW
Herr Hennies	PN

Ständiger Gast:

Herr Hensel	AWO
-------------	-----

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Ausschuss Engagement und Ehrenamt berät und nimmt Stellung zu aktuellen Fragen der verschiedenen Formen des freiwilligen Engagements.

Schwerpunkte und Aktivitäten 2021

Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern (EKE)“

Die LAG FW, stellt einen Vertreter der elf Sachverständigen der Enquetekommission des Niedersächsischen Landtags. Im Mai 2021 nahm die LAG FW dazu Stellung, welche Verbesserungen in den Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement aus ihrer Sicht notwendig sind. Sie unterstrich ihre Kernforderungen nach:

- Erarbeitung einer landeseigenen Engagementstrategie,
- Nutzung der Potentiale der Digitalisierung für das Ehrenamt,
- Unterstützung unterrepräsentierter Gruppen im Ehrenamt,
- Identifizierung und Abbau von bürokratischen Belastungen,
- Würdigung des ehrenamtlichen Engagements,
- Definition von Qualitätsstandards zur optimalen Begleitung und Förderung von ehrenamtlich Engagierten bei verlässlicher Unterstützung von Begleitstrukturen unter dem Stichwort: Ehrenamt braucht Hauptamt.
- Durchführung einer landesweiten Informations- und Kommunikationskampagne für das Engagement in Niedersachsen sowie
- Sicherung finanzieller (mehrjähriger) Förderungen.

Der Fachausschuss Engagement und Ehrenamt und der Vertreter in der Enquetekommission, Falk Hensel, befinden sich in einem steten Austausch und erarbeiten gemeinsam die Positionierungen der LAG FW innerhalb der Enquetekommission. Im Dezember 2021 gab die LAG FW auf Anfrage der Enquetekommission einen Input zum Thema „Warum braucht Ehrenamt Hauptamt? - unter besonderer Berücksichtigung von bürokratischen Hürden“ mit Beispielen aus der Praxis.

Außerdem gelang es der LAG FW durch aktive Lobbyarbeit, zumindest eine Mittelbereitstellung über die Politische Liste für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts zu erreichen. Im Entwurf des Landeshaushaltes 2022 / 2023 waren für Ideen und Empfehlungen zur zwingend nötigen Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts zunächst keine Haushaltsmittel hinterlegt worden.

Modellprojekt „FSJ Pflege“

Junge Menschen für die Pflegeausbildung zu gewinnen ist aktuell eine der herausfordernden Aufgaben. Um in Niedersachsen aktiv dem Pflegefachkräftemangel entgegen zu wirken wurde durch die LAG FW und das niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung das Modellprojekt FSJ Pflege gegründet. Das Projekt ist ein Ergebnis der mehrteiligen Veranstaltungsreihe „Freiwilliges Soziales Jahr – eine Investition in die Zukunft – in Niedersachsen“. Die LAG FW hatte 2019 in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung diese Veranstaltungsreihe durchgeführt.

Ein zentrales Ergebnis der Veranstaltungsreihe war, dass junge Erwachsene, die individuelle Beeinträchtigungen haben oder soziale Benachteiligungen erfahren, den Übergang von Schule und Beruf als besondere Herausforderung erleben. Daher wurde diese Zielgruppe für das Projekt gewählt. Das FSJ Pflege ermöglicht den Freiwilligen den Arbeitsalltag in der Pflegebranche zu erleben und etwaige Berührungspunkte abzubauen. Die Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität des Pflegealltags wird während der Projektteilnahme

thematisiert und angepasst und die Quote der späteren Ausbildungsabbrüche dadurch reduziert. Im Anschluss an die Projektteilnahme haben die Freiwilligen die Möglichkeit in ihrer Einsatzstelle eine Ausbildung zu beginnen.

Um der Öffentlichkeit die Wirksamkeit des Projektes mit validen Daten darzulegen, wird das FSJ Pflege über den Projektzeitraum hinaus durch die Universität Hildesheim wissenschaftlich begleitet. Gesamtpolitische Bedeutung und langfristige Wirkungen des Freiwilligendienstes werden mit statistischem Datenmaterial untermauert.

Durch die individuelle Herangehensweise des Projektes FSJ Pflege und die besondere Anerkennung der Freiwilligen stellt das Projekt ein wichtiges Instrument im Umgang mit dem Pflegefachkräftemangel dar und muss langfristig etabliert werden. Das Projekt ist zunächst bis Ende 2023 bewilligt worden. Die LAG FW wird jedoch im kommenden Jahr einen Antrag zur Projektverlängerung stellen. Die positiven Rückmeldungen der Freiwilligen, der Einsatzstellen und Wohlfahrtsverbände verdeutlichen die Notwendigkeit des Projektes. Und das trotz starker Belastung der Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Corona-Pandemie. Die individuelle Begleitung und Förderung der Projektteilnehmenden ist für die Zielgruppe von besonderer Notwendigkeit und zeigt ersten Erfolg: Für die Überleitung in eine Ausbildung im pflegerischen Bereich sind bereits die ersten Freiwilligen mit ihrer Einsatzstelle in Kontakt getreten. Folglich fördert das FSJ Pflege mit seiner bedarfsorientierten Unterstützung der Freiwilligendienstleistenden und seiner dazugehörigen Instrumente auch die gesellschaftliche Bedeutung des Freiwilligendienstes.

Niedersachsen-Ring

Die LAG FW Niedersachsen e. V. ist Mitglied im Niedersachsen-Ring, dem Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Die LAG FW nimmt über den Fachausschuss Engagement und Ehrenamt ihre Vertretung wahr. Im Berichtszeitraum tagte das Gremium zwei Mal. Inhalt der Sitzungen waren ein Er-

fahrungsaustausch zur Anhörung der Verbände in der Enquetekommission und die Diskussion über die Weiterarbeit mit den Ergebnissen aus den Arbeitsgruppen der letzten Jahre. Es wurde der Entschluss gefasst, die Ergebnisse im Hinblick auf die Enquetekommission erneut in den Arbeitsgruppen zu diskutieren und zu schärfen. Die Ergebnisse wurden bei einer Anhörung in der Enquetekommission dargelegt. In der nächsten Sitzung, die erst nach Vorlage des Abschlussberichts der Enquetekommission stattfinden wird, soll erneut über die Struktur des Niedersachsen-Rings gesprochen werden.

Selbsthilfe in Niedersachsen

Die Selbsthilfevertretungen seitens der Freien Wohlfahrtspflege sind Teil des Runden Tisches der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Niedersachsen. Die Selbsthilfevertreter*innen beteiligen sich konstruktiv bei der jährlichen Diskussion über das künftige Förderverfahren und über die Grundsätze zur Selbsthilfeförderung. Um diese Aufgabe weiterhin fachlich versiert und vor allem zügig im Rahmen des Fachausschuss Engagement und Ehrenamt verankern zu können, arbeiten die Vertreter*innen der in der Selbsthilfe aktiven LAG-Mitgliedsverbände eng mit dem Fachausschuss Engagement und Ehrenamt zusammen um sich gezielt auf die Beratungsaufgabe nach § 20 h SGB V konzentrieren.

Im Berichtszeitraum wurde eine neue Geschäftsordnung für die Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe auf Grundlage des § 20 c SGB aufgelegt. Die Vertreter*innen der Selbsthilfe haben sich aktiv an der Überarbeitung des von den GKV-Vertreter*innen vorgelegten Entwurfes beteiligt. Gemeinsam mit dem Selbsthilfebüro Niedersachsen wurde im Rahmen einer Stellungnahme an die GKV erwirkt, dass die Anzahl der Vertreter*innen der Selbsthilfe in den Beratungen beim Runden Tisch für die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen aufrechterhalten wird. Der Entwurf sieht in der Anlage zu § 2 Zusammensetzung der Vergabesitzung außerdem keine Beteiligung einer Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen bei den

beratenden Mitgliedern der Förderebene der Selbsthilfeorganisationen vor. Die LAG FW hat gefordert, dass die Aufnahme von mindestens einem Vertreter/ einer Vertreterin der LAG FW als beratendes Mitglied auf der Förderebene der Selbsthilfeorganisationen möglich sein sollte.

Freiwilligenagenturen

„Die Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren in Niedersachsen benötigen eine verlässliche und planbare finanzielle Unterstützung, die eine verbindliche Förderung auf Dauer gewährleistet.“ Das ist eine der LAG FW-Forderungen im Rahmen der Stellungnahme in der Enquetekommission zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement. Erst ein auskömmlicher Festbetrag über einen Mehrjahreszeitraum lässt qualifiziertes Personal halten, den Ausbau weiterer Unterstützungsangebote für das Ehrenamt ausbauen und auf neue Bedarfe schnell reagieren.

In diesem Zusammenhang hatte der Fachausschuss eine Stellungnahme über die neu eingeführte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements (Folgerichtlinie der zum 31.12.2020 ausgelaufenen RL über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Freiwilligenagenturen) wie auch einen intensiven Austausch mit dem Sozialministerium geführt.

Ausblick / Herausforderungen für 2022

Von den Themen des Jahres 2021 werden vorrangig folgende auch weiterhin auf der Agenda in 2022 stehen:

- der Abschlussbericht der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern (EKE)“ mit hoffentlich zahlreichen Umsetzungen aus den gewonnen Erkenntnissen und Analysen sowie
- das Projekt „FSJ Pflege“ im zweiten Umsetzungsjahr, das sicherlich weitere Erfahrungen liefern wird.

Zahlen und Fakten

Rund 500.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei den Verbänden der Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Unter dem Dach der Verbände der LAG FW befinden sich 23 Freiwilligenagenturen sowie 33 Selbsthilfekontaktstellen und 75 Selbsthilfeorganisationen.

gez. Anne Brandt
Ausschussvorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Europa«

Mitglieder:

Frau Garves	AWO
Herr Kühn (Vorsitzender)	CV
Herr Klotzbücher	DRK
Frau Single	DW
Herr Walter	PN

Ständige Gäste:

Frau Low / Frau Kuhlmann	Stelle für Soziale Innovation
Herr Uhlen	Vertreter im ELER-Begleitausschuss

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Fachausschuss Europa berät und nimmt Stellung zu Entwicklungen in der Europäischen Politik, die ihre Auswirkungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene haben. Thematische Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Beschäftigung, Soziales, Armutsbekämpfung, Antidiskriminierung, Klimaschutz, Daseinsvorsorge, demografischer Wandel sowie EU-Beihilfepolitik. Ein Fokus der Arbeit liegt in der inhaltlichen und strategischen Begleitung der Umsetzung der EU-Strukturfonds auf Landes- und kommunaler Ebene.

Schwerpunkte und Aktivitäten 2021

Arbeitsaufenthalt in Brüssel

Im Jahre 2021 war ein dreitägiger Arbeitsaufenthalt des Fachausschusses mit Mitgliedern des Vorstandes geplant. Dazu war ein Parlamentarischer Abend in der Niedersächsischen Landesvertretung vorgesehen mit niedersächsischen Parlamentariern und Vertretern der EU-Kommission – Thema: Kindergarantie. Wegen der Pandemie konnte die Veranstaltung nicht stattfinden.

Stelle für soziale Innovation

s. Kurzbericht

Zukünftige Kohäsionspolitik nach 2021

Der Ausschuss hat sich im Jahre 2021 weiterhin intensiv mit der Umsetzung der EU-Strukturfonds in Niedersachsen befasst, sowohl auf Programmebene als auch bei Fragen der Verwaltungsumsetzung. Um eine Perspektive der ESF-geförderten Jugendwerkstätten und PACEs nach 2021 zu entwickeln, arbeitete der Ausschussvorsitzende im dazu eingerichteten Ad-hoc-Ausschuss mit. Dazu wurden Gespräche mit MB, MS, Staatskanzlei und MdLs geführt. Leider konnte das Ziel, Jugendwerkstätten und PACEs zukünftig über ein

Landesprogramm zu fördern, nicht erreicht werden. Als zukünftige Förderbereiche für den ESF+, EFRE und ELER wurden die Aspekte Armutsbekämpfung, Soziale Innovation, Regionalisierung, Energieeffizienz, Unternehmensförderung der Sozialwirtschaft und Digitalisierung eingebracht. Dabei stellte sich für die LAG FW die Frage, welche niedersächsischen Programme einen Beitrag sowohl zum Green Deal der EU als auch zur Europäischen Säule sozialer Rechte leisten.

Begleitausschüsse

Im Multifondsbegleitausschuss ist die LAG FW durch den Fachausschussvorsitzenden sowie die Leiterin der Stelle für Soziale Innovation vertreten. Die Vertretung der LAG FW im ELER-Begleitausschuss wird durch Thomas Uhlen, Caritas, wahrgenommen. Die Vertreter*innen der LAG FW nehmen einen aktiven Part in den Begleitausschüssen wahr und sind so seit Jahren zu verlässlichen Partnern für andere Stakeholder sowie für Verwaltung und Politik geworden.

Zusammenarbeit auf Bundesebene

Im Jahre 2021 arbeiteten die Mitglieder des Fachausschusses, die in Landesbegleitausschüssen vertreten sind, in der Arbeitsgruppe Strukturfonds bei der BAG der Freien Wohlfahrtspflege mit. Dabei kam es insbesondere im Rahmen von Videokonferenzen zu Gesprächen mit Vertretern des BMAS, des BMWi, des BMFSFJ, der EU-Kommission sowie MdEPs. Die Fachausschussmitglieder haben ihre niedersächsischen Erfahrungen mit dem ELER eingebracht, um die zukünftige Ausgestaltung des ELER auf Bundesebene gestalten zu können.

Niedersächsischer Rat der Europäischen Bewegung

Die Europäische Bewegung Niedersachsen hatte sich 2019 neu konstituiert. Die LAG FW wird durch Agnieszka Krawczyk-Balon (Caritas) und Reinhard Kühn (Caritas) vertreten. Frau Krawczyk-Balon als Vertreterin der LAG FW wurde ins Präsidium und dort zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Ausblick / Herausforderungen für 2022

Die größte Herausforderung im Jahre 2022 ist die Neuausrichtung der EU-Strukturfonds in Niedersachsen. Eine Schwierigkeit zeigt sich in der Absenkung der Interventionssätze sowohl in den stärker entwickelten Regionen (SER) als auch in der Übergangsregion (ÜR) Lüneburg. Das stellt die Träger vor große finanzielle Probleme. Die strategische Ausrichtung der Programme im Bereich Soziales / Beschäftigung / Integration, die aus dem ESF+ gefördert werden, müssen sich zukünftig stärker an der Europäischen Säule sozialer Rechte ausrichten (inkl. des EHAP für die am stärksten von Armut betroffenen Menschen sowie die von der EU-Kommission angekündigte Kindergarantie). Insbesondere EFRE und ELER müssen stärker dem Klimaschutz Rechnung tragen. Dabei sind regionale Besonderheiten in Niedersachsen zu berücksichtigen. Die guten Erfahrungen der LAG FW, des DGB und der UVN im Schwerpunkt „Soziale Innovation“ konnten für die Neuprogrammierung in der neuen Förderperiode eingebracht werden. Eine weitere Herausforderung wird die Beratung der Einrichtungen und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zur umfänglichen Fördermöglichkeit in den Programmen des Landes und des Bundes sein. Dazu hat die LAG FW sich entschlossen, eine Service- und Koordinierungsstelle zur EU-Förderung im Jahre 2022 einzurichten.

Den Vorsitz des Fachausschusses Europa wird ab dem 1. Januar 2022 Frau Agnieszka Krawczyk-Balon als Vertreterin der Caritas übernehmen.

Zahlen und Fakten

Über 70 % der deutschen Gesetzgebung haben ihren Ausgangspunkt in der Europäischen Politik. Daher wäre es fahrlässig, die Ausgestaltung von Politikbereichen und Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene nicht aktiv zu begleiten. Viele europäische Themen sind heute relevant für alle Bereiche, in denen Freie Wohlfahrtspflege tätig ist. Neben den fachlichen Schwerpunkten ist die Ausgestaltung der EU-Beihilfepolitik von großer Bedeutung. Die niedersächsischen

Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erhalten u. a. aus folgenden laufenden EU-Programmen des Landes und des Bundes Förderungen: Jugendwerkstätten / PACE; FIFA-Förderung von Frauen in den Arbeitsmarkt; LEADER; Dorfentwicklung und Basisdienstleistungen im ländlichen Raum durch ZILE / ELER; Soziale Innovation; Energieeinsparung und -effizienz bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern / EFRE; Übergangsmangement Strafgefangene; Qualifizierung und Stabilisierung Arbeitsloser; Regionale Fachkräftebündnisse; Jugend stärken im Quartier; Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds AMIF; rückenwind+; Erasmus+; EHAP; IQ-Anerkennungsqualifikation; Akti(F) - Aktiv für Familien und ihre Kinder; Berufseinstiegsbegleitung; Integrationsrichtlinie Bund; JOBSTARTER plus; Elternchance II - Familien früh für Bildung gewinnen; Perspektive Wiedereinstieg - Potenziale erschließen; Quereinstieg - Männer und Frauen in Kitas; Stark im Beruf - Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein; Stärkung der Teilhabe Älterer – Wege aus der Einsamkeit und sozialen Isolation im Alter.

gez. Reinhard Kühn
Ausschussvorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Familienhilfe«

Mitglieder:

Frau Dörlitz	AWO
Frau Dallmöller	CV
Frau Klapp	DRK
Frau Witte	DW
Frau Zerrath (Vorsitzende)	PN

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Familienhilfe befasst sich mit Themen und Fragestellungen rund um den Bereich Familien, einschließlich der Themenbereiche wie häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt und Gewalt in Partnerschaften, Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Familienbildung und Familienberatung, Mütter- und Familienzentren sowie Mehrgenerationenhäuser und Familienerholung und anderes. In diesem fachlichen Zusammenhang beteiligt er sich über seine Ausschussmitglieder an Gremien und beispielsweise an Gesprächen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Im Rahmen von Verbandsanhörungen u. a. bereitet der Ausschuss fachliche Stellungnahmen vor. Durch einzelne Mitglieder beteiligt sich der Ausschuss ggf. auch an externen themenbezogenen Arbeitskreisen und Gesprächsrunden. Zum Ausschuss Familienhilfe gehört die Arbeitsgruppe Müttergenesung.

Schwerpunkthemen im Jahr 2021

Der Ausschuss Familienhilfe arbeitete im Jahr 2021 insbesondere zu Themen wie Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen, Familienerholung, Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung. Natürlich war auch die Corona-Pandemie ein Thema, das die Ausschussarbeit das ganze Jahr über begleitete.

2021 war ein Jahr mit vielfältigen Herausforderungen und Belastungen für Familien. Auch für die Familienberatenden und unterstützenden Angebote und Einrichtungen wie Schwangeren und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Frauenschutzhäuser wie auch für die Familien- und Mütterzentren, Mehrgenerationenhäuser und Einrichtungen in der Familien-

bildung und -unterstützung waren im zweiten Corona-Jahr besondere Herausforderungen zu bewältigen.

Hilfe und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen

Frauenhäuser, Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt, Frauenberatungsstellen, Frauen-Notrufe und Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt sind wesentliche Bestandteile des Hilfesystems für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen.

Für die Finanzierung dieser wichtigen Schutz- und Beratungseinrichtungen gibt es leider immer noch keine angemessenen und einheitlichen Rahmenbedingungen. Es fehlt eine bundesgesetzliche Regelung wie es leider auch keine landesgesetzlichen Regelungen zur Absicherung der Arbeit und der Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder gibt.

Frauenhäuser und -beratungsstellen erhalten vom Land eine Zuwendung über die Landesrichtlinie zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind. Die Landeszuwendung stellt keine Vollfinanzierung dar. Die Einrichtungen sind auf weitere Finanzmittel über die Kommunen angewiesen.

Die Finanzierung ist ein bunter und zudem löchriger Flickenteppich; die Inhalte der Arbeit müssen immer wieder neu verteidigt und verhandelt werden. Dies stellt insgesamt keine zufriedenstellende Arbeitsgrundlage für die Schutz- und Beratungseinrichtungen dar.

Die Landesförderung, die die Schutz- und Beratungseinrichtungen bis einschließlich 2021 erhalten haben, basiert im Wesentlichen auf dem Niveau des Jahres 2016, als die bisherige Landesförderrichtlinie überarbeitet wurde, um 2017 in Kraft zu treten. Ohne eine Erhöhung ihrer Zuwendung bleiben die Einrichtungen auch für die Dauer der Laufzeit der neuen Landesförderrichtlinie ab 2022 auf diesem Niveau. Vor diesem Hintergrund haben wir auf den Bedarf eines finanziellen Ausgleichs zu den Kostensteigerungen und den

pandemiebedingten zusätzlichen Kosten für Schutzausrüstungen wie Masken, Desinfektionsmittel und Tests etc., für die die Frauenhäuser und Beratungseinrichtungen letztendlich selbst aufkommen müssen, um mindestens 10 % der Landesförderung hingewiesen.

- Jeder von Gewalt betroffenen Frau und deren Kindern muss jederzeit und ohne Zugangsbeschränkungen ein niedrighschwelliger Zugang zu Schutz und Hilfe zur Verfügung stehen.
- Neben einer ausreichenden Anzahl an qualifizierten Mitarbeiterinnen-Stellen bedarf es im Frauenhaus auch zusätzlicher Ansprechpartnerinnen für Kinder.
- Eine umfassende und ganzheitliche Hilfe für die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder ist unabdingbar. Auch wenn der Aufenthalt im Frauenhaus nicht auf Dauer angelegt ist, darf eine zeitliche Begrenzung der Aufenthalte nicht erfolgen, da der Hilfebedarf individuell unterschiedlich ist.
- Gebraucht wird eine bedarfsdeckende, ausreichende und einzelfallunabhängige Finanzierung der Schutz- und Beratungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen.

(...aus den Handlungsempfehlungen des HSBN-Anlagenberichtes 2020; www.lag-fw-nds.de)

Landesrichtlinie zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen die von Gewalt betroffen sind

Die Laufzeit der Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, endete mit dem 31.12.2021.

Zum Entwurf der neuen „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind“ ab 2022 haben wir im Rahmen der Verbandsanhörung ausführlich Stellung genommen und uns zu einzelnen Neuerungen, die wir kritisch bewerten, geäußert.

Zu dem geplanten Beginn der Laufzeit der neuen Förderrichtlinie am 01.01.2022, ist diese noch nicht veröffentlicht.

Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Der Ausschuss Familienhilfe hat gemeinsam mit Expert*innen aus den Verbänden die Notwendigkeiten für eine verbesserte Finanzierung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung herausgearbeitet. Mit einem entsprechenden Schreiben an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im August begann der angestoßene Dialog für eine Aktualisierung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum SchKG von 2005 und für eine Auflösung der strukturellen Probleme in der Förderung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung.

Der in 2021 begonnene, konstruktive Dialog zwischen dem Sozialministerium, den Verbänden und Trägern der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung soll in 2022 fortgesetzt werden.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienerholungsurlauben und Familienfreizeiten (RL Familienerholung)

Im Rahmen der Neuaufstellung der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienerholungsurlauben und Familienfreizeiten (RL Familienerholung)“ wurde im Rahmen der Verbandsanhörung ausführlich Stellung genommen. Die neue Landesrichtlinie legt den Schwerpunkt insbesondere auf belastete Familien und eine Stärkung des pädagogischen Angebots der Familienfreizeiten. Die Landesleistung ist für Familienerholungsurlaube und auch für Familienfreizeiten vom Familieneinkommen abhängig. Die neue Förderrichtlinie ist am 01.01.2022 in Kraft getreten.

Mehrgenerationenhäuser

Das neue „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander (2021-2028)“ mit einer Laufzeit von acht Jahren ist gestartet. Auch das neue

Bundesprogramm setzt auf die enge Zusammenarbeit der Mehrgenerationen-häuser mit den Kommunen sowie die flexible und bedarfsorientierte Ausrichtung. Mit niedrighwelligen Informations-, Beratungs- und Begegnungsangeboten sollen die Mehrgenerationen-häuser Raum für gemeinsame Aktivitäten bieten, das freiwillige Engagement aller Altersgruppen fördern und das nachbarschaftliche Miteinander in der Kommune stärken. Der Bundeszuschuss für Mehrgenerationen-häuser ist auf 40.000 Euro angehoben worden; dieser erhöhte Zuschuss soll für 2022 und folgende Jahre fortgeschrieben werden. Daneben soll es auch weiterhin eine Kofinanzierung in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr von Kommune und Land geben.

Ausblick und Herausforderungen für 2022

Hilfe und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen

Das Thema und des HSBN-Anlagenberichtes 2020 der LAG FW bleibt auch in 2022 aktuell und wird ein Schwerpunktthema bleiben.

Grundsätzlich sollte jeder von Gewalt betroffenen Frau ohne Zugangsbeschränkungen ein niedrighwelliger Zugang zu Schutz und Hilfe zur Verfügung stehen. Ob eine Frau Schutz und Hilfe erhält, darf nicht von Zugangsvoraussetzungen begrenzt oder abhängig gemacht werden, wie es sie nach dem SGB II und SGB XII noch gibt.

Jede Frau muss mit ihren Kindern Aufnahme in einem Frauenhaus finden können, unabhängig vom Aufenthaltsstatur, der Einkommenssituation, dem Wohn- oder Herkunftsort u. a. Die Hilfen müssen ihnen schnell, unbürokratisch und kostenfrei zur Verfügung stehen. Hierfür setzen wir uns weiter ein.

Die LAG FW tritt für einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen ein und wird sich weiterhin für eine ausreichende, verlässliche und einzelfallunabhängige Finanzierung von Schutz- und Beratungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen einsetzen.

Wir werden die Auswirkungen der ab 2022 geltenden neuen Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind im Blick haben.

Über diese Richtlinie werden Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Beratungsstellen bei sexuellem Missbrauch sowie Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) gefördert.

Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung ist eine gesetzliche Aufgabe, die durch anerkannte Beratungsstellen wahrgenommen wird. Die Förderung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung deckt sich nicht mit den Aufwendungen, die die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfordert.

Die Auseinandersetzung mit der Änderung der Förderpraxis durch das Land in 2019 hat noch einmal erneut deutlich gemacht, dass die Finanzierung auch ein strukturelles Problem beinhaltet, das zu einer zufriedenstellenden Lösung geführt werden soll. Der in 2021 begonnene Dialog hierzu wird in 2022 fortgeführt.

Richtlinie Familienerholung

Die neue Richtlinie Familienerholung ist zum 01.01.2022 in Kraft getreten, u. a. mit inhaltlichen Änderungen hinsichtlich der Zielgruppe und im Bereich Familienfreizeiten. Wir werden verfolgen, welche Auswirkungen die neue Richtlinie in der Praxis hat.

gez. Andrea Zerrath
Ausschussvorsitzende

Mitglieder:

Frau Winkler	AWO
Frau Sackmann (Vorsitzende)	CV
Herr Völker	DRK
Frau Krause	DW

Ständiger Gast:

Frau Dallmüller	Ausschuss Familienhilfe
-----------------	----------------------------

Kurzbericht 2020 der Arbeitsgruppe Müttergenesung

Die AG Müttergenesung ist strukturell dem Ausschuss Familienhilfe zugeordnet und übernimmt gleichzeitig die Funktion des Landesausschusses Niedersachsen im Deutschen Müttergenesungswerk (MGW).

Nach fast zwei Jahren Pandemie befinden sich die Kliniken im Müttergenesungswerk unverändert in einer äußerst angespannten Situation. Aufgrund weiterhin geltender Hygienekonzepte und AHA-Regeln bleibt die Belegung reduziert, die Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen sind existenzbedrohend. Zwar trat zum 01.01.2021 das Gesundheits-versorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz (GPVG) in Kraft, welches die Krankenkassen zu pandemiebedingten Vergütungsanpassungen und Ausgleichszahlungen für coronabedingte Mindereinnahmen verpflichtete, die Umsetzung des Gesetzes auf Bundes- und Landesebene gestaltete sich jedoch schwierig und zog sich monatelang hin, außerdem decken die geplanten Ausgleichszahlungen lediglich 50 % der Mindereinnahmen.

Neben den finanziellen Sorgen müssen die Kliniken immer wieder im laufenden Betrieb damit rechnen, im Falle einer Positivtestung Teile oder ganze Kurdurchgänge zu schließen, das Ausbruchsgeschehen ist nicht kalkulierbar. Eine längerfristige verbindliche Planung der Klinikbelegungen ist weiterhin kaum möglich. Dies steht jedoch im hohen Widerspruch zu dem weiterhin steigenden Bedarf an Kurmaßnahmen, der durch die Pandemie noch zugenommen hat. Die enormen Belastungen für Familien durch Homeoffice, Haushalt, monatelange Schließungen von Schulen und Kitas, Betreuung und Lernen zu Hause und fehlende Unterstützungssysteme, haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Mütter, die jetzt an einer Kurmaßnahme teilnehmen, leiden an extremen Erschöpfungszuständen bis zum Burn-out. Ärztliche Atteste weisen

„Coronabedingte Belastungsstörungen oder eigene Covid-Erkrankungen“ aus. Die Beziehung zwischen Mutter / Vater und Kind bedarf ebenfalls einer hohen Aufmerksamkeit, denn auch die Kinder leiden an der Krise und zeigen im erhöhten Umfang Verhaltensauffälligkeiten.

Die vorhandene Infrastruktur und Expertise der Vater- / Mutter- / Kind-Kliniken sollte keinesfalls aufs Spiel gesetzt werden. Daher wird sich die AG Müttergenesung auch im Jahr 2022 für die Absicherung dieses Angebots einsetzen.

Renate Sackmann
AG-Vorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben«

Mitglieder:

Herr Putzier	AWO
Herr Uhlen	CV
Herr Dörlitz	DRK
Herr Dr. Lehmann (Vorsitzender)	DW
Herr Starkebaum	PN

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben ist direkt dem Vorstand der LAG FW zugeordnet. Er befasst sich im Schwerpunkt mit übergreifenden, grundsätzlichen Fragestellungen der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege.

Schwerpunktt Themen im Jahr 2021

Corona und die Folgen für die Freie Wohlfahrt

Die Corona-Pandemie hat den Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben auch im Jahr 2021 beschäftigt. Allerdings war Corona für die Ausschussarbeit nicht mehr so prägend wie im Jahr zuvor. Das mag daran gelegen haben, dass die Rettungsschirme bereits im Jahr 2020 auf den Weg gebracht waren und daher keine neuen grundlegenden Unterstützungsleistungen durch das Land aufgelegt wurden, die vom Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben zu beurteilen gewesen wären. Das wird sich bei anderen Fachausschüssen anders dargestellt haben, soweit diese sich mit den ständig ändernden Regelungen der Corona-Verordnung des Landes und deren Bedeutung für die Einrichtungen der freien Wohlfahrt zu befassen hatten.

Digitalisierung

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses war die Digitalisierung. Die Bedeutung der Digitalisierung auch und gerade in der Sozialwirtschaft hat erheblich zugenommen, so dass der Vorstand am 18.01.2021 entschieden hat, hierzu einen Expertenkreis einzurichten, der an den Ausschuss Grundsatzfragen angebunden ist. Dieser Expertenkreis hat sich gebildet und ist als „EK Digitale Agenda“ tätig geworden.

Im Zuge der Sondierungen über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Freie Wohlfahrtspflege

hat der EK Digitale Agenda einen Bericht mit Blick auf die Digitalisierungsprozesse verfasst. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen erfuhr die Digitalisierung vielerorts einen enormen Schub, gleichwohl ist eine nicht zureichende Ausstattung mit Hard- und Software noch immer ein großer Hemmfaktor. Neben der Finanzierung und Implementierung dieser, ist insbesondere der Kompetenzaufbau bei den Mitarbeitenden eine zentrale Herausforderung.

Ein Schwerpunktthema war und ist das Onlinezugangsgesetz (OZG). Mit dem Onlinezugangsgesetz verpflichten sich Bund und Länder, möglichst viele Leistungen der Verwaltung bis zum Ende des Jahres 2022 digital anzubieten. Davon sind auch zahlreiche Angebote der Freien Wohlfahrt betroffen. Daher ist es wichtig, dass sich die LAG FW auf Landes-, aber auch auf Bundesebene engagiert, um bei den staatlichen Umsetzungsprozessen angemessen berücksichtigt zu werden. Der Ausschuss Grundsatzfragen hält deshalb engen Kontakt zum Sozialministerium und zum Innenministerium des Landes. Beiden Ministerien sind wichtige Aufgaben in Bezug auf das OZG zugewiesen. Zudem organisierte der EK Digitale Agenda am 11.06.2021 eine digitale Informationsveranstaltung, zu der Einrichtungsleitungen eingeladen wurden. Den Teilnehmenden wurde ein Überblick über das OZG und dessen Umsetzungsprozesse gegeben sowie über die Herausforderungen für die jeweiligen Arbeitsfelder. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass eine komplette Umsetzung des OZG bis zum Ende des Jahres 2022 auf staatlicher Ebene nicht gelingen wird, weil die umfassende Digitalisierung der Prozesse mehr Zeit in Anspruch nehmen wird als eigentlich geplant.

Die Digitalmesse Techtide, die vom Wirtschaftsministerium des Landes veranstaltet wurde, hat am 2. und 3. Dezember in hybrider Form auf dem Messegelände Hannover stattgefunden. Mit dem Ziel, die Freie Wohlfahrtspflege als wichtigen Akteur in der Digitalisierung in Niedersachsen zu platzieren, hat der EK Digitale Agenda zwei inhaltliche Beiträge zu den Themenfeldern „Zusammenhalt in der digitalisierten Welt“ und „Chancen für eine neue Autonomie dank digitaler

Assistenzsysteme“ organisiert und dazu renommierte Experten und Expertinnen eingeladen. In beiden Diskussionsrunden wurde die Bedeutung neuer Strukturen und entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten zur erfolgreichen digitalen Transformation deutlich. Wer nicht dabei sein konnte und sich die Beiträge im Nachgang ansehen möchte, kann dies unter den folgenden Links tun:

[TECHTIDE 2021: Alle mitnehmen: Zusammenhalt in der digitalisierten Welt - YouTube](#)

[TECHTIDE 2021: Schöne neue Welt? Chancen für eine neue Autonomie dank digitaler Assistenzsysteme](#)

Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren/Rechtssetzungsverfahren

Neben den grundsätzlichen Themen der Freien Wohlfahrt war der Ausschuss auch für die Vorbereitung von verschiedenen Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren und Rechtsetzungsvorhaben zuständig.

Eine Stellungnahme wurde z. B. zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung baurechtlicher Vorschriften angefertigt, mit der die Errichtung von Fotovoltaikanlagen vorangetrieben werden soll.

Weiterhin hat sich der Ausschuss mit einem Gesetzgebungsvorhaben zur besseren Beteiligung von Verbänden bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz beschäftigt. Zu einer solchen Regelung ist es zwar nicht gekommen, die Initiative ist jedoch insoweit interessant, als die Landtagsfraktion der Grünen damit auf die sehr hohe Taktung und die damit einhergehende Fehleranfälligkeit der Änderungen der Corona-Verordnung reagieren wollte. Vorgesehen war, dass vor jeder Änderung umfassend – neben anderen Organisationen – auch die Freie Wohlfahrt angehört wird.

Der Ausschuss Grundsatzfragen hat sich weiterhin mit dem Entwurf einer Verordnung über den Bau und den Betrieb von Beherbergungsstätten befasst, mit dem Entwurf einer Förderrichtlinie für eine Anschubfinanzierung von Modellprojekten nach dem Niedersächsischen Quartiersgesetz (NQG), mit der Richtlinie zur

Unterstützung regionaler Fachkräftebündnisse sowie mit der Pauschalierung von Freistellungsausgaben in ESF+-Projekten.

Subsidiarität

Der Ausschuss hat im Jahr 2021 die Broschüre „Subsidiarität konkret!“ erarbeitet. Mit dieser Broschüre soll vor allem Politikerinnen und Politikern verdeutlicht werden, welche wichtige Rolle die Freie Wohlfahrt im Gefüge des Sozialstaates spielt. Hintergrund ist, dass in Politik und Gesellschaft das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialwirtschaft nach und nach aus dem Blickfeld zu geraten scheint. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit staatlichen Ausschreibungsverfahren sozialer Dienstleistungen, die sich bisweilen zu sehr an fiskalischen Maßstäben orientieren und so das Wunsch- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger, für das die Freie Wohlfahrt ein Garant ist, nicht ausreichend berücksichtigen.

Strategie Doppelhaushalt 2022/2023

Am 15. Dezember hat der Landtag den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 / 2023 beschlossen. Die LAG FW hat im Laufe des Jahres 2021 z. B. mit dem Kongress „Das Soziale neu denken“ oder mit dem „Sozialen Stadtspaziergang“ mit der Sozialministerin wichtige Impulse für eine auskömmliche Finanzierung des sozialen Sektors in Richtung Politik gesetzt. Mit einem Positionspapier hat die LAG FW die Landesregierung und den Landtag aufgefordert, bei ihrer Haushaltsplanung die soziale Infrastruktur zu stärken, die Sicherungssysteme armuts- und krisenfest zu machen und wo nötig, sie noch auszubauen. Der Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben hat sich mehrfach mit den Haushaltsplanungen des Landes befasst und Vorschläge für eine entsprechende Strategie der LAG FW erarbeitet.

Sozialpreis

Weiterhin hat der Ausschuss die Vergabe des Sozialpreises (mit-)organisiert. Der Niedersächsische Sozialpreis wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und den Unternehmerverbänden Niedersachsen vergeben. Mit

dem Preis wird gesellschaftlich engagierten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen Dank und Anerkennung ausgesprochen. Der Preis wurde in drei Kategorien vergeben: „Sozial am Arbeitsplatz“, „Sozial für das Gemeinwesen“ und als Sonderpreis „Demokratie stärken“. Die Preisverleihung erfolgte anlässlich des Sommerfestes der LAG FW.

Transparenz und Compliance

Der Ausschuss hat die von der BAG FW erarbeiteten Transparenz- und Compliance-Standards geprüft und Lösungsvorschläge für die Umsetzung in den Einrichtungen der Verbände erarbeitet.

Ausblick auf das Jahr 2022

Im Jahr 2022 wird sich der Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben weiterhin intensiv mit dem Thema Digitalisierung als die zentrale Aufgabe für die LAG FW befassen.

Das Onlinezugangsgesetz wird weiterhin ein zentrales Thema bleiben. Dabei gilt es die vielfältigen Prozesse auf Landes- und Bundesebene im Blick zu behalten und Informationen für unsere Mitglieder entsprechend aufzubereiten. Auch werden wir bei entscheidenden Prozessen immer wieder den Einbezug von Experten und Expertinnen der Freien Wohlfahrtspflege einfordern. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Ausbau der Förderlandschaft für Digitalisierung in der Wohlfahrtspflege sein. Es sind erhebliche Investitionen nötig in die Infrastruktur sowie in die Entwicklung von innovativen Produkten und nicht zuletzt in den Kompetenzaufbau auf allen Ebenen.

Daneben wird auch die Landtagswahl eine besondere Bedeutung für den Ausschuss haben.

gez. Dr. Jens Lehmann
Ausschussvorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Jugendhilfe«

Mitglieder:

Herr Hartung (Vorsitzender)	DW
Frau Hampe	AWO
Herr Heine	CV
Herr Baier	PN
Frau Spieker-Kuhmann	DRK

Ständiger Gast:

Frau Buskotte	LJS
---------------	-----

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Jugendhilfe beschäftigt sich mit sämtlichen Bereichen der Jugendhilfe mit Ausnahme des Fachgebiets Kindertagesstätten. Der Fachausschuss wird im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zur Stellungnahme beteiligt. Im Ausschuss ist neben den Vertreter*innen der Verbände die Landesstelle Jugendschutz durch Frau Buskotte als ständiger Gast repräsentiert.

Die Mitglieder des Ausschusses sind vertreten im

- Beirat zum Rahmenvertrag nach § 78 f SGB VIII, in der
- Niedersächsischen Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII, im
- Niedersächsischen Landesjugendhilfeausschuss (NLJHA), in den
- Unterausschüssen des NLJHA, in der
- Steuerungsgruppe zur Datenbank JuNi und im

Der Ausschuss Jugendhilfe tagte im Verlauf des Jahres 2021 fünfmal, davon zweimal im Format der Videokonferenz.

Schwerpunkthemen des Jahres 2021

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Wie in allen anderen Gesellschaftsbereichen war, wie im Jahr zuvor, die Corona-Pandemie das alltagsbestimmende Thema, mit dem Unterschied, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Umgang mit der Pandemie gelernt haben. Schutzmaßnahmen wie AHA-Regeln, regelmäßiges desinfizieren von Materialien, Tischen, Händen etc. gehört zur Routine der täglichen Arbeitsabläufe.

Die Kinder- und Jugendhilfe war weiterhin durchgehend geöffnet und musste weiterhin flexibel auf vorübergehende Schulschließungen, mit erweiterten

Betreuungszeiten reagieren. Die jungen Menschen und Ihre Familien wurden auch weiterhin durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ambulanten Hilfen betreut, hilfsweise digital, aber überwiegend weiterhin im persönlichen Kontakt.

Wie im Vorjahr lässt sich festhalten, dass der weit-überwiegende Teil der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auch in diesem Jahr die Krise mit großem Engagement aller, gut gemeistert hat. Wann die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachlassen und die Erschöpfung zu zunehmende krankheitsbedingte Ausfälle führt ist abzuwarten.

Eine große Unzufriedenheit machte sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe breit, als die Impfpriorität der Arbeitsfelder durch das Sozialministerium veröffentlicht wurden, denn einzig die Kinder- und Jugendhilfe war in der Prioritätsstufe 3. Alle anderen Arbeitsfelder in denen es um Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Menschen mit Behinderung ging waren in der Prioritätsstufe 2. Erst bei Ministerin Behrens konnten wir Gehör finden, sodass hier ein Änderung erfolgte.

Rahmenvertrag zum SGB VIII

a) Datenbank Jugendhilfeportal Niedersachsen (JuNi)
Die Datenbank JuNi ist seit Mitte 2020 online aber auf Grund der Arbeitsverdichtung durch die Pandemie wurden noch nicht alle Datensätze, durch die Träger, in die Datenbank eingepflegt. In der letzten Sitzung der Steuerungsgruppe im November wurde besprochen, dass wir im Januar 2022 erneut auf die Träger zugehen an die Datenerfassung erinnern und ggf. erneut Schulungen zur Datenbank anbieten.

Die Steuerungsgruppe in der auch FA-Mitglieder sitzen, wird die weitere Entwicklung und Modifikation der Datenbank auch zukünftig begleiten.

b) AG Personalbemessung

Die im Jahr 2020 eingeführte Tabelle für die Berechnung der Personalbemessung in stationären Jugendhilfeangeboten hat sich im Verhandlungsprozess erfolgreich bewährt. In der Beiratssitzung im November fand erstmals eine Anpassung statt, in der die bisherigen Krankheitstage neu verhandelt werden mussten.

Beide Seiten konnten sich auf eine Anhebung von 13 auf 15 Tage vereinbaren sowie eine erneute Überprüfung der Krankheitstage nach Ablauf von einem Jahr.

c) AG Personal – Dual-Studierende und Dual-Auszubildende

Die AG hat in diesem Jahr weiter an einer Empfehlung für den Einsatz und die Refinanzierung von Dual-Studierenden und Dual-Auszubildenden in den Jugendhilfe-einrichtungen gearbeitet, kurz vor Jahresende haben auch die kommunalen Spitzenverbände der Empfehlung zugestimmt, sodass sie voraussichtlich ab 1. Januar 2022 angewandt werden kann.

Landesjugendhilfeausschuss

Die Vertreter*innen der LAG FW im Landesjugendhilfeausschuss haben maßgeblich an der Erarbeitung zahlreicher Stellungnahmen mitgewirkt, u. a.:

- Stellungnahme für die Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern mit diesen Schwerpunkten:
 - Systematische Unterstützung von Trägern und Einrichtungen zur Implementierung von Schutzkonzepten
 - Forderung der Einrichtungen von regionale Ombudsstellen
 - Etablierung von digitaler Medienkompetenz für Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte
 - Ausbau / Verdichtung des Angebotes von Fachberatungseinrichtungen
 - Ausbau und Kontinuität bei Fortbildungen für Fachpersonal
- Stellungnahme im Rahmen der Verbandsanhörung zum Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe für das Land Niedersachsen
- Stellungnahme für den Sozialausschuss des Landtags anlässlich der Beratung zum Entwurf für das niedersächsische Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch VIII (22.01.2021) ...(und zum vorgehenden Entwurf des Sozialministeriums).

Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes in Niedersachsen

Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG ist mit wesentlichen Änderungen für zentrale Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe 2021 in Kraft getreten. Die Umsetzung in Niedersachsen konzentriert sich bisher auf Regelungen im Nds. Ausführungsgesetzes zum SGB VIII (insbesondere Landesrechtsvorbehalt nach § 45a SGB VIII sowie die Förderung von Ombudsstellen) sowie die Überarbeitung der Nds. Hinweise zur Erteilung der Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII. Erfreulicherweise war die LAG FW in diesen Prozess direkt eingebunden ist. Mit einer Verabschiedung der überarbeiteten Hinweise, welche die zentralen Rahmenbedingungen für die (teil-)stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bilden, ist im 1. Quartal 2022 zu rechnen.

Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Center

Im Berichtszeitraum ist es gelungen die Jugendwerkstätten sowie PACE zu erhalten. Das Land stellt hierfür Landesmittel in bisheriger Höhe in Kombination mit EU-Mitteln zur Verfügung. Insofern ist es einerseits positiv zu bewerten, dass die Jugendwerkstätten sowie PACE erhalten bleiben. Allerdings wurde die Forderung der LAG FW nach einem dauerhaften und verlässlichen Finanzierungskonzept (z. B. durch ein eigenständiges Landesprogramm) nicht aufgegriffen. Der weitere „Projektstatus“ bleibt insofern in der kommenden EU-Förderperiode erhalten und die Träger blicken zum Ablauf der jetzt kommenden Förderperiode erneut in eine ungewisse Zukunft. Erfreulicherweise wurde Ende 2021 durch das Sozialministerium angekündigt auch die beabsichtigten Kürzungen bei PACE zurückzunehmen.

Ambulante Hilfen

Die Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände, des VPK und der LAG FW haben im diesem Jahr wieder intensiver an der Orientierungshilfe zur Verhandlung von ambulanten Fachleistungsstunden gearbeitet und es ist zu erwarten, dass zum zweiten Quartal 2022 ein gemeinsames Papier veröffentlicht wird.

Ombudschaften

Mit dem KJSG werden im § 9a die Länder verpflichtet, sicherzustellen, „*dass sich junge Menschen und Ihre Familien zur Beratung (...) an eine Ombudsstelle wenden können. (...)*“.

Der Fachausschuss Jugendhilfe der LAG FW hat, wie in unserem letztjährigen Bericht ausgeführt, in der „Initiativgruppe - ombudschaftliche Beratung in Niedersachsen“, zu der Vertreter*innen des Vereins BerNi e.V., dem Bundesnetzwerk Ombudschaft in die Kinder- und Jugendhilfe e.V. sowie Prof. Schröder und Herr Bange von der Universität Hildesheim, ein Positionspapier zur Ombudsschaft in Niedersachsen erarbeitet haben. Erfreulicherweise wurden im Rahmen des Nds. AG SGB VIII, dass sich aktuell in der parlamentarischen Debatte befindet, zentrale Forderungen der LAG FW aufgegriffen, sodass sich ab 2022 eine über das Land geförderte zentrale sowie dezentrale Struktur von ombudschaftlicher Beratung an mehreren Standorten in Niedersachsen abzeichnet.

Ausblick / Herausforderungen 2022

Im kommenden Jahr werden im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Umgang mit der Corona-Pandemie und den vielfältigen Belastungen für Kinder, Jugendliche, Familien und Einrichtungen im Mittelpunkt stehen.

Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen im Herbst 2022 in Niedersachsen muss es eine Zielsetzung des Ausschusses sein, zentrale Forderungen für Kinder und Jugendliche sowie die Kinder- und Jugendhilfe (u. a. Gesamtkonzept, Reform des JFG, Perspektiven der Jugendsozialarbeit, Refinanzierung von nicht über individuelle Rechtsansprüche abgesicherte Leistungen, Beteiligung und Partizipation) in den politischen Diskurs einzubringen.

gez.

Ralph Hartung
Ausschussvorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Migration & Integration«

Mitglieder:

Herr Schrader-Bendfeldt	AWO
Frau Franke	CV
Frau Beyer-Zamblé	DRK
Frau Hergesell	DW
Frau Krome (Vorsitzende)	PN
Herr Fürst	JW

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Herr Kelchheuser (Fachexperte Arbeitsmarkt und Migration)	AWO
Herr Heek (Experte Flüchtlingsfragen ab 12/21)	CV
Herr Remark	LAG JAW

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Zu den Aufgaben des Fachausschusses gehören der verbandsübergreifende Austausch, Stellungnahmen und Lobbyarbeit zu Fragen der Asyl- und Migrationspolitik in Niedersachsen. Wichtigstes Ziel ist es, die fachlichen, gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Flüchtlings- und Migrationsarbeit zu verbessern bzw. zu erhalten. Zu diesem Zweck hat sich der Ausschuss im Jahr 2021 achtmal – überwiegend digital - getroffen.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2021

Migrations- und Flüchtlingsberatung in Zeiten von Corona

Im zweiten Jahr der Pandemie sind die nds. Beratungsstellen besser auf die Rahmenbedingungen in der Krise vorbereitet und setzen mit Erfahrung, Kreativität und Verantwortung ihre Arbeit fort. Um auf die prekäre Situation von Geflüchteten in Zeiten der Pandemie aufmerksam zu machen, wenden sich LAG FW und Nds. Flüchtlingsrat gemeinsam mit einem Schreiben an den Innenminister und fordern u. a. die Abschaffung der Unterbringung in Mehrbettzimmern, eine schnelle dezentrale Verteilung, die unbürokratische Verlängerung von Aufenthaltstiteln sowie Erleichterungen bei der Identitätsklärung. Die LAG FW unterstützt die groß angelegte Impfkampagne des Flüchtlingsrats und macht in Untergliederungen und auf Social-Media-Kanälen Werbung für die Impfung. Hintergrund ist die geringe Impfquote unter Geflüchteten und Zugewanderten, die auf Vorbehalte, Fehlinformationen und Ängste zurückgeführt wird.

Doppelhaushalt 2022/23 - Migration und Integration

Mit dem Entwurf des Doppelhaushalt 2022/23 wurden die vom Land geplanten umfangreichen Kürzungen

dargestellt. Im Bereich der Migrations- und Flüchtlingsberatung waren Kürzungen bis zu 70 % in den nächsten Jahren vorgesehen. Die LAG FW hat dazu umfangreiche Lobbyarbeit geleistet, um die Politiker*innen auf die Bedarfe aufmerksam zu machen und die Konsequenzen der geplanten Kürzungen zu verdeutlichen. Dazu gehörte ein Schreiben an die Sozialministerin, ein Schreiben an die Fraktionen, die Teilnahme an einer Landespressekonferenz gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat, die Mitzeichnung eines entsprechenden Papiers im Rahmen der Landtagskommission MuT und nicht zuletzt eine große Aktion vor dem Nds. Landtag am 14. Oktober, um die an der Plenumsitzung beteiligten Abgeordneten und Minister*innen direkt ansprechen zu können. Auch viele Mitarbeiter*innen aus den landesweiten Beratungsstellen waren am Aktionstag nach Hannover gekommen und haben sich für die weitere Unterstützung von zugewanderten Menschen eingesetzt. Insgesamt ist es so gelungen, die fehlenden Mittel über die politische Liste für 2022 ganz und für 2023 größtenteils aufzufangen. Zur Weiterentwicklung der RL Migrationsberatung hat der Fachausschuss ein umfassendes Argumentationspapier erarbeitet und auf dieser Basis ausführlich zu dem vorgelegten Entwurf der Richtlinie Stellung genommen.

Nds. Härtefallkommission

Zum Änderungsentwurf der Nds. Härtefallkommissionsverordnung wird vom Ausschuss eine Stellungnahme abgegeben, in der v. a. die Änderung des Stimmenquorums zur Annahme von Eingaben und das Kriterium eines mind. fünfjährigen Aufenthaltes kritisch bewertet wird. Es wird bezweifelt, dass es mit den geplanten Änderungen zu einer Entlastung der ehrenamtlichen Kommissionsmitglieder kommen wird. Außerdem wird ein entsprechender Antrag in die Landtagskommission MuT eingebracht, um Hintergründe und notwendige Zahlen zu erfragen. Beides hat dazu beigetragen, dass das MI von den geplanten Änderungen abgesehen hat. Außerdem konnten die landesgeförderte und bei der LAG FW angesiedelte Fachberatungsstelle stellenmäßig aufgestockt, die überarbeitete Arbeitshilfe zum Härtefallverfahren

herausgegeben und die Vertreter*innen der LAG FW für die neue Amtsperiode benannt werden.

Zu den weiteren Aktivitäten des Ausschusses Migration im Jahr 2021 gehörten u. a.

- die Erarbeitung verschiedener Stellungnahmen (u. a. zur Unterstützung der Arbeit der neuen Enquete-Kommission Ehrenamt, zum Nds. Abschiebehaftvollzugsgesetz sowie zur Pauschalierung von Leistungen nach dem AsylbLG in ESF+ Projekten) sowie
- die Übernahme der Leitung der AG „Zusammenleben verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen“ im Rahmen des „Bündnis für gute Nachbarschaft“, zu deren Gründungsmitgliedern die LAG FW gehört.

Ausblick / Herausforderungen für 2022

Die Lobbyarbeit der LAG FW bzgl. des Doppelhaushaltes war erfolgreich, dennoch sind insbesondere für das Jahr 2023 Kürzungen vorgesehen, die seitens der LAG FW thematisiert werden sollten, v. a. in Zusammenhang mit der bevorstehenden Landtagswahl im Oktober 2022. Das Gleiche gilt auch für die Frage der Verstetigung der Beratungsstellen, die nicht nur vor dem Hintergrund aktueller, migrationspolitischer Krisen (Afghanistan, Belarus) notwendig ist. Die Anfang 2022 in Kraft tretende neue RL Migrationsberatung, die Frage nach transparenten Kriterien als Grundlage der Bewilligung wie auch die Auswertung der durchgeführten Evaluation der fachlichen Arbeit der Migrationsberatungsstellen werden weitere wichtige Aspekte sein. Und nicht zuletzt wird die Umsetzung der angekündigten bundesgeförderten, flächendeckenden Asylverfahrensberatung auch Auswirkungen auf Niedersachsen haben, die es zu beobachten und zu bewerten gilt.

Zahlen und Fakten

Der FA pflegt regelmäßig eine Liste der landes- und bundesgeförderten Beratungsstellen, die im Bereich Migration, Integration und Flucht tätig sind. Dazu

gehören (Jugend-) Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen, Rückkehrberatungsstellen sowie die Angebote der Asylverfahrensberatung. Insgesamt gibt es derzeit in Niedersachsen in diesem Bereich rd. 185 Stellen, dazu kommen rund 85 bundesgeförderte MBE-Stellen, gut 70 bundesgeförderte Stellen bei den JMD's (inkl. Respect Coaches), ca. sieben Stellen im Bereich der Asylverfahrensberatung sowie an zehn Standorten Rückkehrberatungsstellen.

Gez. Regina Krome
Ausschussvorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Pflege und Gesundheit«

Mitglieder:

Frau Jaster	PN
Frau Hirsing (Vorsitzende)	DW
Herr Kosel	CV
Frau Mutz	AWO
Herr Vedder	DRK
Herr Helbsing	JW

Ständiger Gast:

Frau Jünke-Mielke	DW
-------------------	----

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Pflege und Gesundheit beschäftigt sich mit sämtlichen Themenstellungen der Pflege. Dabei werden die in Kraft tretenden Bundes- und Landesgesetze im Fachausschuss beraten und bewertet. Der Fachausschuss entwickelt, im Rahmen von Verbandsanhörungen, auch Stellungnahmen zu Landesgesetzen und Richtlinien.

Auch zu möglichen pflegerelevanten Entschließungsanträgen wird der Fachausschuss gebeten, eine Stellungnahme abzugeben und an Anhörungen teilzunehmen. Hierbei gibt es eine Vielzahl von Schnittstellen zu anderen Gremien der Freien Wohlfahrtspflege.

Auch die fachliche Zuarbeit zum Vorstand für sozialpolitische Gespräche sowie die Begleitung und Bündelung der Ergebnisse aus den weiteren Pflegegremien auf Landesebene gehören zu den Aufgaben des Ausschusses. Dies umfasst die Organe der Selbstverwaltung wie die Pflegesatzkommission, die Pflegevergütungskommission und die SGB XI-Schiedsstelle sowie weitere Landesgremien, in denen Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Ausschusses ebenfalls vertreten sind. Seit Umsetzung der Pflegeberufereform sind in Niedersachsen weitere Gremien eingerichtet worden, die regelmäßig arbeiten.

In ihrer Funktion als LAG FW-Mitglied der SGB XI-Schiedsstelle nimmt Frau Jünke-Mielke (DWiN) als ständiger Gast an den Ausschusssitzungen teil.

Schwerpunkthemen im Jahr 2021

Pandemie-Geschehen des SARS-CoV-2

In der zweiten Infektionswelle, die im Oktober 2020 begann, waren ältere und hochaltrige Menschen stark von Infektionen betroffen.

Die Wintermonate Anfang 2021 sind durch die Covid-19 Impfungen in den Einrichtungen der pflegerischen Versorgung geprägt gewesen. Menschen mit Pflegebedarf und Beschäftigte in den verschiedenen Einrichtungen der Versorgung, Betreuung und Unterstützung wurden durch mobile Impfteams in den Einrichtungen vor Ort geimpft.

Im Februar 2021 folgte mit der dritten Welle ein erneuter Anstieg der Infektionszahlen, geprägt war dieser durch die Delta-Variante des Corona-Virus.

Hier zeigte sich allerdings deutlich die Wirkung der Covid-19 Impfung in den stationären Einrichtungen, denn überwiegend erkrankte die Altersgruppe zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr an Covid-19.

Seit Oktober 2021 steigen die Infektionszahlen erneut an und in den Einrichtungen wird den vulnerablen Personengruppen seitdem eine Booster-Impfung verabreicht, um diese vor einem schweren Krankheitsverlauf zu schützen.

Seit November zeichnet sich ab, dass die besorgniserregende Omikron-Variante sich auch in Niedersachsen verbreitet.

Die Entwicklungen rund um das Pandemiegeschehen und weitere Infektionswellen mit SARS-COV-2-Varianten in Verbindung mit dem Schutz von vulnerablen Personenkreisen und der Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitssystems werden im Fachausschuss weiterhin ein vorrangiges Schwerpunktthema sein.

Bezüglich der Corona-Pandemie hat der Fachausschuss auch einen Beitrag zum Positionspapier und zum Sonderbericht der LAG FW zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie verfasst.

Rahmenvertrag für die ambulante Pflege sowie Rahmenvereinbarung für die häusliche Krankenpflege

Im Oktober 2020 wurden die Verhandlungen über die Rahmenvereinbarung für die häusliche Krankenpflege

als beendet erklärt, es konnten jedoch nicht alle Verhandlungsgegenstände geeint werden, sodass ein Schiedsverfahren auf den Weg gebracht werden musste. Auch hinsichtlich der Verhandlungen des Rahmenvertrages für die ambulante Pflege nach dem SGB XI steht ein Abschluss noch aus.

Kalkulationsschema für die ambulante Pflege

Auf Basis der von der Pflegevergütungskommission Niedersachsen beschlossenen Grundsätze für die Kalkulation von ambulanten Vergütungssätzen wurde innerhalb einer Arbeitsgruppe der Pflegevergütungskommission an einem geeinten Kalkulationsschema für die ambulante Pflege gearbeitet. Es wurden Dissenspunkte festgehalten; im Jahr 2021 ruhte die Thematik. Zu den festgestellten Dissenspunkten konnte keine Einigung erzielt werden.

Pflegeberufereform

Mit der Umsetzung des Pflegeberufegesetzes wurden die bisher im Altenpflegegesetz und im Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen zum 01.04.2020 zusammengeführt. In der ersten Jahreshälfte 2021 wurden erneut die Pauschalen für die Schulen sowie für die Träger der praktischen Ausbildung für die Jahre 2022 / 2023 verhandelt. Zum Ende des Jahres waren die Ausschussmitglieder aufgrund des in 2021 erstmalig durchgeführten „Spitzausgleiches“ zudem intensiv mit einer Anpassung der Refinanzierungsregelungen für die von Einrichtungen abzuführenden Umlagebeträge befasst.

Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen

In einer Pflegekonferenz im Oktober 2019 wurden eine Kooperationsvereinbarung geschlossen und in drei Foren konkrete Maßnahmen verabredet.

Forum A: „Entlohnungsbedingungen in der Pflege“

Forum B: „Personalmanagement/Betriebliches Gesundheitsmanagement“

Forum C: „Innovative Versorgungsansätze“

Auch unter den Herausforderungen und der ressourcenbindenden Thematik der anhaltenden Corona-Pandemie wurden in 2021 Maßnahmen umgesetzt und an

der Umsetzung weiterer Maßnahmen gearbeitet. Im Rahmen der Kooperationsgemeinschaft mit der regionalen Koordinierungsstelle Betriebliche Gesundheitsförderung Niedersachsen (BGF-Koordinierungsstelle) wurde im Sommer eine digitale Veranstaltung „Pflege stärken. Chancen nutzen“ durchgeführt; hierüber wurde im 3. Newsletter der LAG FW berichtet.

Personalkostenzentrierter Ansatz – Refinanzierungsmodell ambulante Pflege

Ein sehr zentrales Thema aus den KAP.Ni-Gesprächen heraus war der personalkostenzentrierte Ansatz, als ein weiterer, dritter Weg zur Vergütungsfindung in der ambulanten Pflege.

Das neue Refinanzierungsmodell für die ambulante Pflege soll die Höhe der Personalkosten eines Dienstes unmittelbar zur Bemessung der Vergütungen heranziehen. Es sieht gestaffelte Punktwerte und Wegpauschalen je nach Höhe der tatsächlichen Personalkosten vor. Die Pflegekassen und die Mehrzahl der Anbieter haben sich auf das Modell einigen können.

Bildungsoffensive Pflegeassistenz

Vor dem Hintergrund der Herausforderung, Pflegeassistenzkräfte mit einer abgeschlossenen Ausbildung zu finden und den gesetzlichen Anforderungen des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG) Rechnung zu tragen, wurde im Fachausschuss ein Positionspapier zu einer Bildungsoffensive für „Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Assistenz Ausbildung in der Pflege“ in Niedersachsen erarbeitet. In den ersten Schritten wurde dieses Positionspapier an die Hausspitzen des Kultusministeriums und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gesendet.

Anhörungen / Stellungnahmen und Positionierungen

Der Ausschuss Pflege und Gesundheit hat im Berichtsjahr u. a. zu folgenden Themen Stellungnahmen verfasst bzw. sich damit beschäftigt:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes Stellungnahme zur mündlichen Anhörung vom 24.02.2021

- 11.06.2021: Stellungnahme zum Entwurf des Landespflegeberichtes 2020
- Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Seniorenberatung in den Senioren- und Pflegestützpunkten in Niedersachsen (SPN) vom 20.08.2021
- Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung über die Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen vom 17.09.2021
- Entwurf einer Verordnung über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuchs (AnerkVO SGB XI) vom 16.11.2021

Ausblick auf das Jahr 2022

Der Fachausschuss Pflege und Gesundheit wird auch im Jahr 2022 gemeinsam mit den Mitgliedern der Verhandlungsgruppe ambulante Pflege tagen.

Für das kommende Jahr 2022 werden unter anderem folgende Punkte als Schwerpunkt-themen in der Arbeit des Fachausschusses Pflege und Gesundheit identifiziert:

- Begleitung und Beratung zu Verordnungen und Erlassen insbesondere zur Corona-Pandemie
- Begleitung und Beratung zur Umsetzung der nationalen Impfstrategie zu COVID-19
- Weiterführende Begleitung der Konzentrierte Aktion Pflege in Niedersachsen
- Verhandlung des Landesrahmenvertrages gemäß § 75 SGB XI für die ambulante Pflege mit Einbindung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes
- Schiedsverfahren der Landesrahmenvereinbarung über häusliche Krankenpflege
- Begleitung der Umsetzungsschritte zur neuen Personalbemessung in der vollstationären Pflege gemäß § 113c SGB XI, die auf den Ergebnissen einer Studie von Prof. Heinz Rothgang vom SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik Bremen fußt
- Bildungsoffensive für „Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Assistenz Ausbildung in der Pflege“ in Niedersachsen

Zahlen und Fakten

Durch den Fachausschuss Pflege und Gesundheit werden in Niedersachsen 740 voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 44 113 Plätzen beraten und vertreten.

Die Anzahl ambulanter Pflegedienste in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen beläuft sich auf 404; hier werden 44 917 Pflegebedürftige in der eigenen Häuslichkeit versorgt.

(Quelle: Pflegestatistik 2019)

gez. Andrea Hirsing
Ausschussvorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Soziale Dienste«

Mitglieder:

Herr Wintermann	AWO
Herr Bensmann (Vorsitzender)	CV
Frau Malonnek	DRK
Frau Wellhausen	DW
Frau Günther	PN

Ständiger Gast:

Herr Cuypers	NLS
--------------	-----

Aufgaben & Ziele

Im Fachausschuss Soziale Dienste werden die Themen im Bereich der sozialen Arbeit und der damit verbundenen Sozialpolitik bearbeitet. Die soziale Sicherung gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, drohendem Wohnungsverlust, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Verschuldung und Armut bildet dabei den Schwerpunkt. In diesem Kontext gestaltet der Fachausschuss die Zusammenarbeit mit den Expertenkreisen Betreuungsrecht, Straffälligenhilfe, Wohnungslosenhilfe und Schuldnerberatung.

Ziel ist es dabei, die Identifizierung von Schnittstellen und übergeordneten relevanten Themen, um diese für die Lobbyarbeit des Vorstandes der LAG FW mit Landespolitik und -verwaltung aufzubereiten.

Der Fachausschuss wird dabei im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zur Stellungnahme beteiligt.

Die Koordinierung und Mitwirkung am sogenannten Anlagenbericht der LAG FW zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung“ ist ebenfalls ein wichtiges Feld der Tätigkeit des Fachausschusses.

Jahr 2021

Die Kooperation mit der LAG Soziale Brennpunkte hat sich bewährt und wurde fortgeführt. Erneut haben zwei Mitglieder*innen des Fachausschusses an der Beratung und Ausführung des Wettbewerbes „Gute Nachbarschaft“ zur Förderung der Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung teilgenommen.

Im Jahr 2021 wurde im Land Niedersachsen das Bündnis für gute Nachbarschaft ins Leben gerufen. Die LAG FW war dabei Gründungsmitglied. Mitglieder des Fach-

ausschusses Soziale Dienste haben mitgewirkt bei Vorbereitung und Gründung des Bündnisses. Zudem ist der Fachausschuss Soziale Dienste insbesondere vertreten in der AG Wohnen und Wohnumfeld und ein Mitglied des Fachausschusses hat leitet die AG Soziale Aktivitäten und Soziale Infrastruktur. In dieser AG stehen Fragen im Raum, wie z. B.:

- Wie können soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur vor Ort verbessert werden? (Schaffung von Beratungsangeboten, Begegnungsräumen, Angebote für Kinder und Jugendliche, Gestaltung von familienfreundlichen Quartieren)
- Wie können Lebens-, Bildungs- und Teilhabechancen verbessert werden?

Der Fachausschuss Soziale Dienste und die Expertengruppe waren darüber hinaus an folgenden Stellungnahmen beteiligt:

- Neufassung der Richtlinie Förderung unabhängiger Erwerbslosenberatungsstellen
- Entwurf eines Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Nds. Maßregelvollzug
- Förderrichtlinie Anschubfinanzierung Nds. Quartiersgesetz
- Umsetzungsbeteiligung zur Landesgesetzgebung zum Gesetz der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts
- Gesetz zur Änderung des Nds. Justizvollzugsgesetzes
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Wiedereingliederung von Inhaftierten und Haftentlassenen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt

Auch im Jahr 2021 wurde deutlich, wie wichtig es war, dass insbesondere die Beratungsstellen in der Sozialen Arbeit während des Pandemiegeschehens für Menschen in prekären Situationen weiterhin präsent waren. Dies galt sowohl für face to face Angebote, als auch durch ausdifferenzierte Angebote wie Online-Beratung, Gespräche außerhalb von Büros auf Parkplätzen und während Spaziergängen, intensiver Telefonkontakt u. s. w. Das Aufrechterhalten und Um-

setzen umfangreicher Hygienekonzepte stellten dabei zusätzliche große Herausforderungen dar.

Der Fachausschuss befasste sich ebenfalls mit den Entwicklungen im Rahmen des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG). Sowohl aus dieser Entwicklung, wie auch aus den Erfahrungen in der Pandemie, wurde deutlich, wie wichtig ein auskömmliches Netz an vielfältigen sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten in Niedersachsen ist, um in Notlagen unterstützen zu können. Die digitale Ausstattung, als auch die digitalen Kompetenzen von Beratungskräften bedürfen einer Förderung. Digitale Beratungsleistungen müssen refinanzierbar sein und vor allem muss geklärt sein, dass für alle Bürger*innen auch analoge Zugänge ermöglicht werden und niemand mangels digitaler Technik oder Kompetenz keine Leistung erhält. Die Möglichkeit des Zuganges zu digitalen Angeboten ist für alle Bürger*innen sicherzustellen.

Ausblick 2022

Der Fachausschuss Soziale Dienste wird sich weiterhin für das Bündnis gute Nachbarschaft des Landes Niedersachsen engagieren, die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung begleiten, sowie auch im Zusammenwirken mit der LAG Soziale Brennpunkte die sozialräumlichen Perspektiven sozialer Arbeit im Rahmen von Quartiersentwicklung in den Blick nehmen. Die Zusammenarbeit mit dem Bereich „Soziale Innovation“ der LAG FW wird intensiviert. Die Kolleginnen der Fachstelle sind künftig als Gäste im Fachausschuss vertreten.

gez.

Ansgar Bensmann

Ausschussvorsitzender

Mitglieder EK Betreuungsrecht:

Herr Falkenberg	AWO
Herr Jacobs (Sprecher)	CV
Herr Garlich	DW
Frau Pousiné	PN
Frau Neusel	PN

ständiger Gast

Frau Josy

Mitglieder EK Schuldnerberatung:

Frau Braun (Sprecherin)	CV
Herr Bode	AWO
Frau Sievers	DW
Herr Hodemacher	DRK
Frau Rensen	PN

Mitglieder EK Straffälligenhilfe:

Herr Schmeinck (Sprecher)	CV
Herr Kupka	DW
Herr Voß	PN

Mitglieder EK Wohnungslosenhilfe:

Herr Jäger (Sprecher)	CV
Herr Brauner	DW

EK Wohnungslosenhilfe

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Arbeit des Expertenkreises Wohnungslosenhilfe maßgeblich bestimmt. Neben der unmittelbaren Auswirkung, dass alle Sitzungen des Expertenkreises ausschließlich digital durchgeführt wurden, spielten die Informationen zu den jeweils gültigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens, eine große Rolle. Diese Regelungen führten zu teils erheblichen Auswirkungen auf die Zugänge in niedrigschwellige Hilfeformen der sog. Wohnungslosenhilfe. Darüber hinaus wurde die Entwicklung des Impfgeschehens im Expertenkreis thematisiert. Landesweit ist es gelungen, Betroffenen und Mitarbeitenden im Helfefeld dank der Einordnung in eine hohe Priorisierungsgruppe schnell ein Impfangebot zu unterbreiten.

Das Land Niedersachsen hat die pandemiebedingten Mehraufwendungen in den Einrichtungen der Hilfen gem. §§ 67 ff. SGB XII erkannt und Sondermittel bereitgestellt. Der Expertenkreis Wohnungslosenhilfe hat in enger Abstimmung mit den Trägern aus dem Helfefeld dem Niedersächsischen Sozialministerium einen konkreten Vorschlag zur pauschalen Verteilung der Mittel unterbreitet. Dieser Vorschlag wurde durch das Ministerium geprüft und ohne Änderung umgesetzt. Positiv herauszuheben ist dabei nicht nur die Zusammenarbeit mit den Trägern, sondern auch die bürokratiearme Umsetzung seitens des Sozialministeriums.

Neben dem Thema „Corona“ wurde durch den Expertenkreis Wohnungslosenhilfe die Thematik der Wagnispauschale für sogenannten Übergangswohnungen aufgegriffen. Die monatliche Pauschale, die Einrichtungsträger für Wohnungen erhalten, die durch den Träger angemietet und anschließend an wohnungslose Menschen untervermietet werden, ist seit vielen Jahren nicht angepasst worden. Der Expertenkreis wird dieses Thema mit der Zielsetzung einer Anpassung der Wagnispauschale mit den Verantwortlichen im Sozialministerium erörtern.

Die personelle Besetzung des Referates im Sozialministerium ist im Laufe des Jahres erfolgt, so dass es dem Expertenkreis möglich war, auf der Arbeitsebene einen Austausch durchzuführen. Im Vordergrund standen dabei Kennenlernen, Vertrauen und Strukturen aufbauen, die Ausrichtung der Wohnungslosenhilfe, Landesvertragsverhandlungen, der Wunsch Strukturen in Nds. – „gemeinsam zu gestalten“, Entwicklungen in Regionen und die Frage der Hilfen- und Zugangssteuerung.

Ausblick 2022

Das Jahr 2022 wird für den Bereich der Wohnungslosenhilfe von vielfältigen Neuerungen und Herausforderungen geprägt sein, die sich thematisch auch in der Arbeit des Expertenkreises niederschlagen wird. Neben der weiteren Beobachtung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird die Neufassung des Landesrahmenvertrags für die Hilfen gem. §§ 67 ff. SGB XII, die Weiterentwicklung der Regelleistungstypen und die Neufassung der Ausführungsbestimmungen das Jahr 2022 prägen. Darüber hinaus wird am 31.01.2022 erstmals eine bundesweite Erhebung zur Zahl der untergebrachten wohnungslosen Menschen erfolgen. In diesem Zusammenhang dürfte die Interpretation der entsprechenden Ergebnisse ein spannender Diskurs werden. Der Expertenkreis wird sich auch mit der Ausweitung der Besetzung des Gremiums befassen müssen, um die Handlungsfähigkeit, Fachexpertise und breite Unterstützung innerhalb der LAG FW auch zukünftig sicherstellen und abbilden zu können.

gez.

Christian Jäger, Sprecher

EK Betreuungsrecht

Aufgabe und Ziel

Aufgabe und Ziel des Expertenkreis Betreuungsrecht ist es, den Austausch unter den Betreuungsvereinen und das Betreuungswesen in Niedersachsen insgesamt zu fördern. Coronabedingt musste der jährliche Erfahrungsaustausch auf Februar 2022 verschoben werden.

Politische Vertretung und Gespräche

Der „Aktionsplan zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung in Niedersachsen“, an dessen Entstehung der Expertenkreis seit 2016 mitgearbeitet hat, wurde am 19.01.2021 vom Kabinett beschlossen, dem Landtag zur Kenntnis gegeben, aber nicht veröffentlicht. Inzwischen wurde er vom Expertenkreis an die Betreuungsvereine weitergegeben.

Bezogen auf die zum 01.01.2023 in Kraft tretende umfangreiche Betreuungsrechtsreform hat sich der Expertenkreis mit den Auswirkungen auf die Betreuungsvereine, der Frage der Auskömmlichkeit der Vergütung und mit dem Sachstand der Vorbereitung der Umsetzung befasst. Zu erforderlichen Änderungen im Landesbetreuungsgesetz und der Förderrichtlinien für Vereine wurde bei der Vorabteilnahme eine Stellungnahme abgegeben.

Im Rahmen der politischen Interessenvertretung wurden auf Arbeitsebene Gespräche mit Vertreterinnen des niedersächsischen Städte- und Landkreistages geführt, bei der die kommunalen Leistungen zur Finanzierung der Querschnittsarbeit und die Zusammenarbeit aller örtlichen Beteiligten an den Maßnahmen der rechtlichen Betreuung im Vordergrund standen. Mit der Leitung der Landesbetreuungsstelle wurde über die Weiterentwicklung der Förderrichtlinien zur Finanzierung der Querschnittsarbeit mit dem Ziel gesprochen, coronabedingte Förderungsdefizite auszugleichen und hinsichtlich der Anforderungen der Betreuungsrechtsreform von einer freiwilligen Förderung zu einer Leistungsvereinbarung zu gelangen.

Runder Tisch Betreuung

Beim „Runden Tisch Betreuung“ auf Einladung des niedersächsischen Justizministeriums, der in diesem Jahr wieder stattfinden konnte, brachten die beiden Vertreter des Expertenkreises die Weiterentwicklung der Förderrichtlinien (unter Berücksichtigung der Digitalisierung und Onlineberatung) und die Frage der Fachkräfteentwicklung und Betreuerqualifikation ein. Außerdem wurde der niedersächsische Aktionsplan zur Sicherung der Qualität der rechtlichen Betreuung, der nicht veröffentlicht wurde und daher nicht bekannt ist, und seine Umsetzung angefragt.

Finanzielle Förderung von Betreuungsvereinen

Aufgrund der Coronaentwicklung konnten Präsenzschulungen, Erfahrungsaustausche und Informationsveranstaltungen (zum Beispiel über Vorsorgevollmachten) ebenso wie individuelle Beratungen face to face nicht durchgeführt werden. Dadurch konnten die Betreuungsvereine diese Leistungen der Zusatzförderung nicht wie bisher abrechnen, wodurch eine weitere Unterdeckung entstand. Der Expertenkreis hat deshalb einen Brief des Vorstands an die Justizministerin angeregt und formuliert, um zu erreichen, dass die nicht auszahlbaren Fördergelder im Rahmen einer Sonderregelung nachträglich an die Betreuungsvereine ausgezahlt werden.

Durch die ab 2023 geltende Betreuungsrechtsreform kommen zusätzliche Aufgaben auf die Betreuer, die Betreuungsvereine, die Betreuungsbehörden und die Gerichte zu, die einen höheren Zeitaufwand zur Folge haben, um die geforderte stärkere Beteiligung der Betroffenen und die Berücksichtigung ihrer Wünsche umsetzen zu können. Dennoch ist in der mittel- und langfristigen Finanzplanung des Landes keine Erhöhung der bisher zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von 2 Mio. Euro vorgesehen.

Ausblick

Schwerpunktmäßig wird der Expertenkreises Betreuungsrecht Jahr 2022 (30 Jahre Betreuungsrecht) politisch auf eine Absicherung der immer noch nicht auskömmlichen Finanzierung der Betreuungsvereine

hinarbeiten und parallel die Betreuungsvereine in einer ihrer Vorbereitung auf die Herausforderungen der Betreuungsrechtsreform unterstützen.

gez. Klaus Jacobs
Sprecher EK BTR

EK Schuldnerberatung

Der Expertenkreis Schuldnerberatung bündelt die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung. Gemeinsam haben sich die Verbände bereits im Jahr 2014 auf eine Rahmenkonzeption „Soziale Schuldnerberatung in Niedersachsen“ verständigt. Das Jahr 2021 war erneut durch die Corona-Pandemie, aber auch durch gesetzliche Änderungen geprägt, die für die Schuldner- und Insolvenzberatung von großer Bedeutung waren.

Änderungen des Pfändungsschutzkontos zum 01.12.2021

Seit 2010 gibt es das Pfändungsschutzkonto. Zum 01.12.2021 sind einige wesentliche Änderungen in Kraft getreten.

Neu ist unter anderem, dass durch die Pfändungsschutzkontobescheinigung, die weit überwiegend von den Schuldnerberatungsstellen ausgestellt werden, auch Nachzahlungen von Sozialleistungen freigestellt werden können. Hierfür mussten Schuldner*innen bisher einen Freigabeantrag beim Vollstreckungsgericht oder bei der Vollstreckungsbehörde stellen. Für die Ratsuchenden ist das wesentlich einfacher, für die Beratungsstellen bedeutet dies, dass weitere nicht finanzierte Aufgaben auf die Schuldnerberatungsstellen übertragen werden. Positiv für die Schuldner ist außerdem, dass bei der Pfändung von Gemeinschaftskonten eine Frist zur Umwandlung in Einzelkonten gewährt wird, dass die Banken bei negativen Kontenständen eingehende Gutschriften nicht mehr verrechnen dürfen und dass der nicht verbrauchte Pfändungsbetrag nun auf drei Folgemonate übertragen werden kann. Problematisch bleibt weiterhin, dass faktische Unterhaltspflichten nicht beim Pfändungsschutz berücksichtigt werden. Unbefristet ausgestellte Bescheinigungen hat die Bank in der Regel für zwei Jahre zu beachten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Pfändungsschutzkontoreform für verschuldete Menschen eine Reihe von Erleichterungen mit sich bringt und für

die Beratungsstellen nicht gegenfinanzierten Mehraufwand bedeutet.

Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens

Das Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens, und damit die Verkürzung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre, ist am 01.01.2021 in Kraft getreten und gilt für alle Verfahrenseröffnungen ab dem 01.10.2020 rückwirkend. Schuldner*innen, die bereits zwischen dem 17.12.19 bis einschließlich 30.09.20 einen Insolvenzantrag gestellt haben, wird das sechsjährige Verfahren monatsweise verkürzt.

Wesentliche Neuregelungen sind insbesondere:

- Zukünftig wird die Restschuldbefreiung bereits nach drei Jahren Laufzeit der Abtretungserklärung erteilt. Es ist nicht mehr erforderlich, dass die Schuldner*innen einen Teil ihrer Verbindlichkeiten tilgen.
- Nach Erteilung der Restschuldbefreiung ist die Beantragung eines erneuten Insolvenzverfahrens erst nach 11 Jahren möglich. Die Restschuldbefreiung wird in einem solchen Fall erneut erst nach 5 Jahren erteilt werden.
- Die Pflichten der Schuldnerinnen und Schuldner werden um eine Obliegenheit erweitert: Zukünftig dürfen keine unangemessenen Verbindlichkeiten i.S. des § 290 I Nr. 4 InsO begründet werden. Sollte dies dennoch geschehen, droht die Versagung der Restschuldbefreiung.
- Zukünftig müssen während der Wohlverhaltensphase nicht nur Erbschaften, sondern Schenkungen aller Art zur Hälfte abgeführt werden.
- Lotteriegewinne, Gewinne aus Spielen mit Gewinnmöglichkeiten etc. müssen zukünftig in voller Höhe abgeführt werden.

Erhöhte Nachfrage nach Schuldnerberatung

Lange wurde vermutet, dass sich die Pandemie auch auf die Überschuldung von privaten Haushalten auswirkt, allein Zahlen gab es dazu keine. Nun hat die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände

de (AG SBV) eine Umfrage durchgeführt, die genau das nachweist:

Im ersten Halbjahr 2021 verzeichneten die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen im Vergleich zum Aufkommen vor der Pandemie einen deutlichen Anstieg der Anfragen nach Beratung. Bei über Zwei Drittel der befragten Beratungsstellen erhöhte sich die Anzahl der Anfragen. Bei fast der Hälfte betrug der Anstieg zwischen zehn und 30 Prozent, knapp ein Fünftel beobachtete sogar eine Zunahme des Beratungsbedarfs um mehr als 30 Prozent. Insgesamt beteiligten sich 461 Beratungsstellen an der Umfrage.

Diese Umfrage bezieht sich auf das gesamte Bundesgebiet. Ein Blick in die Rohdaten der Umfrage zeigt, dass viele Schuldnerberatungsstellen aus Niedersachsen mitgemacht haben. Auch wenn es keine Auswertung für die einzelnen Bundesländer gibt, liegt es nahe, dass sich dieser Trend auch in Niedersachsen wiederfinden lässt.

Zahlen für Niedersachsen gibt es zum Verbraucherinsolvenzverfahren:

Nach den Daten des Statistischen Landesamtes ist die Zahl der im Zeitraum von Januar bis September 2021 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren um 65,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

Aus Sicht der wohlfahrtsverbandlichen Schuldnerberatung lässt sich erkennen, wie wichtig Schuldnerberatung gerade in Zeiten der Pandemie für die Menschen ist.

Aktionswoche Schuldnerberatung

„Der Mensch hinter den Schulden“ – das war im Jahr 2021 das Motto der bundesweiten Aktionswoche der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV)

Zahlreiche Menschen haben durch die Auswirkungen der Coronapandemie erhebliche Einkommensverluste erlitten und nicht alle konnten durch die Coronahilfen ausgeglichen werden. Minijobber*innen, vor allem im Gastgewerbe verloren ihre Einkünfte. Künstler*innen

hatten keine Auftrittsmöglichkeiten. Nicht nur im Veranstaltungsbereich und der Gastronomie mussten viele Selbstständige ihr Gewerbe aufgeben.

Wenn alle privaten Rücklagen aufgebraucht sind und auch Familie und Freunde finanziell nicht mehr weiterhelfen können, ist nicht nur die materielle Existenz zerstört. Die Betroffenen ziehen sich zunehmend aus Scham von ihrem sozialen Umfeld zurück. Zahlreiche Studien belegen die Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen, ihrer Familien und Kinder.

Eine Forderung der AG SBV in diesem Jahr war die Einführung einer Kindergrundsicherung, die einen unbürokratischen Zugang zu Bildung und Teilhabe sicherstellt und so endlich alle Kinder aus Familien in prekären finanziellen Situationen erreicht.

In vielen Regionen führt die lange Wartezeit bis zum Beratungsbeginn zu einer weiteren materiellen und psychischen Verschlechterung der Lebenssituation überschuldeter Menschen. Die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände forderte daher auch den bedarfsgerechten Ausbau der Sozialen Schuldnerberatung. Auch für Solo- und Kleinselbstständige und Menschen mit einem geringen Arbeitseinkommen muss der Zugang zu einer kostenlosen Schuldnerberatung gewährt werden. Die Finanzierung muss sich an hohen Qualitätsstandards orientieren und individuelle psychosoziale Hilfen sicherstellen.



Ausblick auf das Jahr 2022

Aktuell gilt es für den Expertenkreis Schuldnerberatung, Überlegungen zu den Qualitätsstandards in der niedersächsischen Schuldner- und Insolvenzberatung anzustellen.

Dafür möchte der Expertenkreis auch die konstruktiven Gespräche mit dem Sozial- und Justizministerium des Landes Niedersachsen und dem Landessozialamt nutzen. Wir hoffen zudem darauf, dass auch im neuen Jahr eine gemeinsame Pressemitteilung zur Aktionswoche Schuldnerberatung mit dem Sozialministerium möglich ist.

Zahlen und Fakten

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind Träger von über 120 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in ganz Niedersachsen.

gez. Antje Braun,
Sprecherin EK Schuldnerberatung

Expertenkreis Straffälligenhilfe

Aufgaben und Zielsetzung

Der Expertenkreis Straffälligenhilfe vertritt die 14 Anlaufstellen für Straffälligenhilfe und die 13 Wohnraumhilfen für straffällige und haftentlassene Menschen unter dem Dach der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen. Die Vertreter der Träger der Angebote sind: Henning Voss (PWN), Kai Kupka (DW) und Hermann-Josef Schmeinck (CV). Regelmäßig und verbindlich nehmen die Vertreter des Justizministeriums und der Leitenden Abteilung des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) an den Sitzungen des Expertenkreises teil. Im Jahr 2021 ging es in den intensiven und konstruktiven Gesprächen im Expertenkreis um die finanzielle Absicherung der Arbeit der Freien Straffälligenhilfe, um die einheitliche Dokumentation der Arbeit; um die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Partnern aus anderen Diensten, aus der Politik, mit dem Justizministerium und der Bewilligungsbehörde, um die inhaltliche Weiterentwicklung, und um die Organisation landesweiter Veranstaltungen. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Resozialisierung. Die Arbeit mit den Tätern ist Prävention und Opferschutz. Es sollen Rückfälle in die Straffälligkeit vermieden werden.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2021

Durch viele Gespräche mit politischen Vertretern wurde auf die Deckungslücke in der Finanzierung der Freien Straffälligenhilfe in Niedersachsen hingewiesen. Zumindest konnten über die politische Liste fehlende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Leider ist der Parlamentarische Abend anlässlich des 40jährigen Jubiläums der Anlaufstellen für Straffällige in Niedersachsen der Pandemie zum Opfer gefallen und musste auch in 2021 wieder abgesagt werden. Der Expertenkreis beabsichtigt nun eine Neubewerbung für 2023 bei der Landtagsverwaltung.

Es konnte zusammen mit der LAG FW eine „kleine“ Festschrift aufgelegt werden, in der auf das Jubiläum

und die Arbeit der freien Straffälligenhilfe aufmerksam gemacht wird (Abruf hier <https://www.die-anlaufstellen.de/nc/aktuelles/artikel/festschrift-straffaelligenhilfe-2021.html>).

Der geplante landesweite Praxisworkshop zum Übergangsmanagement musste aus den gleichen Gründen ebenfalls abgesagt werden. Der Praxisworkshop soll jetzt vom 23.05.- 24.05.2022 in Stapelfeld nachgeholt werden.

Ausblick / Herausforderungen für 2022

Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes macht es für die nächsten zwei Jahre unmöglich, eine weitere Verstärkung von Haushaltsmitteln als verlässliche, nachhaltige und richtlinienkonforme Finanzierungsgrundlage zu erreichen. Die derzeitigen Planungen sehen jedoch zumindestens eine Absicherung der Straffälligenarbeit über die politische Liste vor. Das Ziel muss jedoch weiterhin im Blick behalten werden.

Im Expertenkreis wird es auch weiterhin um die inhaltliche Ausrichtung der Straffälligenarbeit gehen.

2022 soll der landesweite Praxisworkshop zum Übergangsmanagement durchgeführt werden. Die Federführung liegt in diesem Jahr bei der Freien Straffälligenhilfe. Wir erhoffen uns nach langer Zeit wieder einen persönlichen Austausch.

Zahlen und Fakten

Die Anlaufstellen der Freien Straffälligenhilfe beraten jährlich über 5 000 Klienten, führen über 70 000 Gespräche mit Betroffenen und besuchen regelmäßig die Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen. Durch die Wohnraumhilfen stehen niedersachsenweit 130 Wohnplätze für straffällige und haftentlassene Menschen zur Verfügung. Über das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“ konnten von 2010 bis 2020 über 33 000 Hafttage eingespart werden. Das entspricht einem Gegenwert von 5 Mill. Euro. Es konnten außerdem mehr als 600.000 € Geldstrafen über vereinbarte Ratenzahlungen bezahlt werden.

gez. Hermann-Josef Schmeinck
Sprecher

Kurzbericht des Ausschusses »Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder«

Mitglieder:

Frau Tetzl (Vorsitzende)	AWO
Frau Lessel-Dickschat	CV
Frau Koschinka	DRK
Frau Dr. Berns	DW
Frau Maserkopf	PN

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Ausschuss „Tageseinrichtungen für Kinder“ hat im Rahmen der Novellierung des NKiTaG einen neuen Arbeitsbereich hinzubekommen, da die Kindertagespflege in das neue Gesetz mit aufgenommen worden ist: Durch Beschluss des Vorstandes der LAG FW wurde daher der Ausschuss in „Fachausschuss für Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ (TTK) umbenannt.

Der FA TTK tagte im Jahr 2021 im monatlichen Rhythmus, aufgrund der epidemiologischen Corona-Lage vorwiegend per Videokonferenz. Dabei wurde das gesamte Spektrum der vorschulischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit fachpolitisch diskutiert und alle in Kraft tretenden Bundes- und Landesgesetze in den Blick genommen und beraten. Der Fachausschuss wurde im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zu unterschiedlichen Stellungnahmen beteiligt. Der Schwerpunkt lag auf der Novellierung des NKiTaGs. Durch fachpolitische Überschneidungen bestand ein enger Kontakt zu den Ausschüssen „Behindertenhilfe“ und „Jugendhilfe“.

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Fachausschusses war eine themenorientierte Zuarbeit für den Vorstand zu sozialpolitischen Gesprächen vorwiegend mit dem Kultusminister Herrn Tonne und Sozialministerin Frau Dr. Behrens und damit verbunden auch die Begleitung und Bündelung der erzielten Ergebnisse.

Einzelne Mitglieder des Fachausschusses nahmen zudem Vertretungen in fachlichen und politischen Gremien für die LAG FW wahr:

- im Jour fixe des Kultusministeriums,
- im Niedersächsischen Landesjugendhilfeausschuss,
- im Kuratorium und in der Mitgliederversammlung des nifbe,
- im Aktionsbündnis NKiTAG,
- in der Kinderschutzkonferenz und
- im Unterarbeitskreis Umsetzung BTHG –Kindertageseinrichtungen und Sonderkindergärten

Schwerpunkte der Aktivitäten 2021

Novellierung des Niedersächsischen KiTaG

Ein wesentliches Schwerpunktthema war auch im Jahr 2021 die Verabschiedung der geplanten Novellierung des Niedersächsischen KiTaG für die Tageseinrichtungen für Kinder und der Kindertagespflege. Hier hat der Fachausschuss federführend und gemeinsam mit dem FA Behindertenhilfe eine mit den Mitgliedsverbänden abgestimmte Stellungnahme vorbereitet und war am 07.05.2021 bei der Anhörung zu beiden Entwürfen des NKiTaGs im Kultusausschuss beteiligt.

Seit über zwanzig Jahren haben Eltern sowie die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen und die Trägerverbände auf eine umfassende Änderung des niedersächsischen Kita-Gesetzes gewartet.

Das verabschiedete NKiTaG bleibt, trotz Qualitätsverbesserungen, leider noch weit hinter den Erwartungen und dem aktuellen fachlichen Diskurs zurück. Mehrheitlich handelt es sich bei den kostenneutralen Änderungen ausschließlich um Regelungen von Verwaltungshandeln und um verpflichtende Anpassungen des Gesetzes an landes- und bundesrechtliche Vorgaben.

Es lassen sich zwar kleine Verbesserungen des Qualitätsstandards verzeichnen, jedoch bleiben Forderungen, wie eine Erhöhung der Verfügungszeiten für die Fachkräfte und der Freistellungszeiten für Leitungen oder weiterer Rahmenbedingungen in dem Gesetz unberührt. Die vorgesehenen Verbesserungen lassen sich, aufgrund des akuten Fachkräftemangels nur

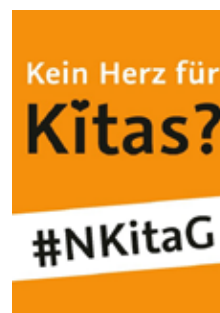
schwer umsetzen und stellen die Kindertagesstätten bei einer verpflichtenden Umsetzung vor große Herausforderungen. Eine Nachbesserung des Gesetzes für die Tageseinrichtungen und Tagespflege war daher notwendig geworden

In diesem Kontext kam es auch zu einer kritischen Positionierung in der der Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege, da die vorgegeben Bedingungen nur bedingt in den Kitas umgesetzt werden können. Allen voran ist hier der Einsatz des heilpädagogischen Fachpersonals und die nicht auskömmliche Finanzierung zu nennen.

Hier wird es im Jahr 2022 die Aufgabe des FA TTK sein, die Forderungen des Entschließungsantrages der amtierenden Regierung zur kommenden Landtagswahl im Blick zu behalten und für die dort beschriebenen Verbesserungen die Umsetzungen zu einzufordern.

Aktionsbündnis Novellierung NKiTaG

Es wurden vom Aktionsbündnis NKiTAG unterschiedlichste Veranstaltungen zur Novellierung des NKiTaG geplant und auch vor Ort in den Kitas umgesetzt. So wurde eine Demo im Rahmen der geltenden Corona-Regeln am 9. Juni 2021 vor dem Niedersächsischen Landtag zur Plenarsitzung veranstaltet. Ferner ist zeitgleich in ganz Niedersachsen zu einem landesweiten Aktionstag vom Aktionsbündnis aufgerufen worden. Vor Ort haben sich die Kitas in Niedersachsen mit Solidaritätsmahnwachen und Aktionen vor den Kitas, Rathäusern etc. beteiligt. Das Protestplakat konnte hier gut eingesetzt werden.



Aktuelle Corona-Lage

Seit der gesetzlichen Weisung der Corona bedingten Schließung der Tageseinrichtungen für Kinder ab Mitte März 2020, war die Arbeit des Fachausschusses auch im Jahr 2021 weiterhin inhaltlich sehr von der aktuellen epidemiologischen Lage beherrscht und tauschte sich in den Sitzungen über die Folgen der nun schon zweijährig anhaltenden Corona-Pandemie für die Kinder, deren Eltern und Familien und den Fachkräften, aber auch deren Auswirkungen auf pädagogische Arbeit in den Kitas aus.

In den Jour Fixe Sitzungen (vierzehntägig) mit Vertretern des Kultusministeriums wurde die LAG FW und die Mitglieder des Fachausschusses über alle wesentlichen Anpassungen der Veränderungen bei den Corona-Landesverordnungen eingebunden. Ferner wurde hier auch über die Weiterentwicklung der jeweiligen Infektionslage informiert und die Beteiligung hinsichtlich der notwendigen Änderungen des Niedersächsischen Rahmenhygieneplans sichergestellt

Der Fachausschuss stellt zwischen den Trägern und den Fachkräften in den Kitas ein wichtiges Bindeglied zur Vertretung deren Belange gegenüber der Politik und des Kultusministeriums dar.

Anhörungen / Stellungnahmen und Positionierungen

Der Fachausschuss Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder hat im Berichtsjahr 2021 u. a. zu folgenden Themen Stellungnahmen, Positionen und Schreiben, zum Teil in Abstimmung mit dem FA Behindertenhilfe, Jugendhilfe und Grundsatzfragen der LAG FW, verfasst:

- Stellungnahme zu dem Entwurf der neuen Richtlinie IKiGa
- Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe für das Land Niedersachsen
- Corona-Stufenplan 2.0 – Verbandsbeteiligung
- Anschreiben Minister Spahn COVID-19-Impfung in der frühkindlichen Bildung
- Positionspapier des FA TEK für Gespräche mit der Politik zur Novellierung NKiTaG
- Mitarbeit bei der Zusammenfassung von Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege
- Teilnahme an einer Anhörung zu Gesetzentwürfen NKiTaG am 07.05.2021 im Kultusausschuss des Nds. Landtages
- Teilnahme Mündliche Anhörung am Montag, 10. Mai 2021, Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern
- Stellungnahme zur Förderrichtlinie Testung Kita-Personal und Kindertagespflegepersonen vom 15.02. - 11.04.2021
- Erstellung eines politischen Positionspapiers zur Novellierung NKiTaG, Gespräch KM Tonne am 19.04.2021
- Erstellung Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des niedersächsischen Rechts der Tageseinrichtungen für Kinder und der Kindertagespflege - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/8713 und Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3932
- Entwurf Schreiben zur Aktionen der LAG FW zur Anhörung des Gesetzentwurfes NKiTaG im Kultusausschuss am 07.05.2021
- Anhörung Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Testungen von Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen auf das Coronavirus (SARS-CoV-2) im Zeitraum vom 12. April bis 31. Juli 2021, zweite Phase.
- Stellungnahme Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege; hier: Verbandsbeteiligung
- Anhörung Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen (FA Jugendhilfe federführend in Abstimmung mit dem FA TTK)
- Anhörung Verbandsbeteiligung zur Änderung von Vorschriften des Kinder- und Jugendhilferechts mit FA Jugendhilfe (federführend), Behindertenhilfe sowie TTK
- Stellungnahme Anhörung zur Richtlinie RAT; Ver-

- längerung und Anpassung der RAT V an die bundesgesetzlichen Fristen
- Stellungnahme Richtlinien-Entwürfe zur Umsetzung des Sonderprogramms „Startklar in die Zukunft“ für Kinder und Jugendliche, FA Jugendhilfe (federführend) in Abstimmung mit dem FA Behindertenhilfe und FA TTK
- Entwurf Schreiben an Minister Tonne - Problemanzeige NKiTaG und DVO
- Stellungnahme Anhörung Förderrichtlinie mobile Luftreinigungsgeräte in Kooperation mit dem ad-hoc Ausschuss
- Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission, FA Jugendhilfe (federführend) und FA TTK
-
- Stellungnahme Richtlinie Inklusion durch Bildung und Teilhabe, unter Beteiligung der Ausschüsse Europa (federführend), Jugendhilfe und TTK
- Stellungnahme Anhörung zum Richtlinienentwurf RL KiM - Kindgerechte Mediennutzung, FA TTK (federführend) in Abstimmung mit FA Behindertenhilfe

Ausblick auf das Jahr 2022

Im Jahr 2022 wird sich der Fachausschuss „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ weiter mit den Qualitätsverbesserungen zur Erweiterung der Novellierung des KiTaGs und deren Durchführungsverordnungen mit dem Kultusministerium auseinandersetzen. Auch zur Landtagswahl soll es zu einer entsprechenden Positionierung kommen. In diesem Rahmen wird auch die Arbeit im Aktionsbündnis NKiTaG mit Aktionen weitergeführt werden.

Ein wesentlicher Themenschwerpunkt wird weiterhin der Umgang mit der noch weiter andauernden Corona-Pandemie und deren Folgen für die Kinder und Familien aus Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen für den Fachausschuss sein.

Der sich bereits landesweit auswirkende Fachkräftemangel in Verbindung mit akutem krankheitsbedingtem Fachkräfteausfall wird in 2022 die LAG FW und den Fachausschuss weiter begleiten und vor neue Herausforderungen stellen.

Die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG), hier für den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder und Sonderkindergärten, wird einen weiteren Schwerpunkt gemeinsam mit den Fachausschüssen Behindertenhilfe und Jugendhilfe darstellen.

Zahlen und Fakten

Zum Stichtag 1. März 2021 gab es in Niedersachsen insgesamt 5 684 Tageseinrichtungen für Kinder. Im März 2021 besuchten insgesamt 333 928 Kinder im Alter bis maximal 14 Jahren eine Tageseinrichtung wie Krippe, Kindergarten oder Hort. Weitere 22 493 Mädchen und Jungen wurden von einer Tagespflegeperson betreut.

(Quelle: LANDESAMT FÜR STATISTIK NIEDERSACHSEN, PRESSEMITTEILUNG NR. 109 VOM 08.10.21)

Aktuell vertritt der Fachausschuss über $\frac{3}{4}$ aller Tageseinrichtungen für Kinder mit und ohne Behinderung mit rund 190 000 Kindern in Niedersachsen.

gez.

Ursula Tetzl
Ausschussvorsitzende



Jahresbericht 2021 der Stelle für Soziale Innovation

3

Jahresbericht der „Stelle für Soziale Innovation (SSI)“ der Freien Wohlfahrtspflege

Aufgaben und Zielsetzung

Die Hauptaufgaben des Projektteams der Stelle für Soziale Innovation (SSI) in Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen (LAG FW) bestehen darin, das niedersächsische Förderprogramm Soziale Innovation im Schwerpunkt Daseinsvorsorge zu koordinieren und landesweit bekannt zu machen, Projekte zu initiieren sowie Projektträger vor und während der Umsetzungsphase zu begleiten. Die SSI und die von ihr begleiteten sozial-innovativen Projekte in ganz Niedersachsen werden mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Als Mitglied der Steuerungsgruppe Soziale Innovation des programmverantwortlichen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) ist die SSI an der Auswahl von Interessenbekundungen im Rahmen des zweistufigen Antragsverfahrens und an der Bewertung der abgeschlossenen Projekte für ein Mainstreaming beteiligt.

Die von der SSI begleiteten Projekte in den vier niedersächsischen Regionen Weser-Ems, Leine-Weser und Braunschweig (Stärker entwickelte Regionen/SER) sowie Lüneburg (Übergangsregion/ÜR) verfolgen unterschiedliche Schwerpunkte, haben aber alle gemeinsam, dass sie im Rahmen des Förderschwerpunkts Daseinsvorsorge den Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen – besonders in strukturschwachen Regionen und auf dem Land – auf ganz neue und bisher unerprobte Weise verbessern sollen. Sie sind darauf ausgelegt, auf andere Regionen und andere Träger übertragbar zu sein, möglichst viele relevante Akteure in der Region einzubeziehen und auch nach Auslaufen der Projektlaufzeit weiter zu wirken – im Idealfall sogar in die Regelversorgung überzugehen.

Die SSI der Freien Wohlfahrtspflege arbeitet gemeinsam mit den zwei SSI der Unternehmerverbände (UVN)

und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) an Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Förderung von sozialen Innovationen in Niedersachsen und an der Weiterentwicklung des Programms Soziale Innovation in den Förderschwerpunkten Daseinsvorsorge und Arbeitswelt im Wandel.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2021

Herausforderung Corona-Pandemie

Die Corona-Lage war wie im Jahr 2020 die dominierende Herausforderung für die SSI und die von ihr begleiteten Projekte. Die SSI unterstützte erfolgreich vier sozial-innovative Projekte aus dem 4. Aufruf, die einen Verlängerungsantrag aufgrund von Verzögerungen durch die Corona-Pandemie einreichten. Außerdem stand sie den Projekten bei der Planung von Konzeptänderungen sowie Anträgen auf Personalkostenerhöhungen zur Seite.

Veranstaltungen im Förderprogramm Soziale Innovation

Die SSI hat im Berichtsjahr wieder Veranstaltungen für ihre Projekte im Förderprogramm Soziale Innovation organisiert/angeboten, u. a.:

- Social-Media-Seminar: Online-Veranstaltung mit einem Experten zum Einsatz von „Facebook“, „Instagram“ und Co. für Projekte
- Netzwerktreffen für laufende Projekte: Hybrid-Veranstaltung beim Deutschen Roten Kreuz in Wolfenbüttel mit 2 Referentinnen zu den Themen „Verstetigung nach Ende der Projektförderung“ und „Übertragbarkeit auf andere Träger/Regionen/Themen“
- Austausch Digitalisierungsprojekte: Start eines moderierten Austauschs themen-ähnlicher Projekte mit Fokus auf Digitalisierung
- Besuch der nds. Europaministerin Birgit Honé des Projekts „HEDI – Schwangerenversorgung digital unterstützt“: Im Rahmen ihrer Sommerreise informierte

sich die Ministerin über das Projekt der Gesundheitsregion Göttingen/Süd-niedersachsen

Auszeichnungen für Projekte

– Niedersächsischer Gesundheitspreis 2021

Projekt „MoIn – Mobile Inklusion“:

Kategorie „Psychische Gesundheit in jeder Lebensphase stärken“,

Projekträger: Die Brücke e.V. –

Verein zur Wiedereingliederung

– Niedersächsischer Sozialpreis 2021

Projekt „Brothers – Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen:

Kategorie „Demokratie stärken“,

Projekträger: Bonveno Göttingen gGmbH

Vorbereitungen für die nächste EU-Förderperiode (2021 – 2027)

Die Stelle für Soziale Innovation war im Berichtsjahr intensiv in die Vorbereitungen eines neuen Förderprogramms Soziale Innovation in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) und der NBank involviert. Dabei ging es vor allen Dingen um die Verbesserung und Vereinfachung des 2-stufigen Antragsverfahrens sowie die Ausgestaltung und Formulierung der neuen Förderrichtlinie unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus der EU-Förderperiode 2014 - 2020. Die SSI wirkte dabei auch erfolgreich darauf ein, dass zukünftig die maximale Projektlaufzeit der Projekte vor Ort 36 Monate beträgt (vormals: 24 Monate) und der Anteil der Förderung durch den ESF um jeweils 10 % erhöht auf 70 bzw. 80 % erhöht wird.

Die SSI beteiligte sich außerdem an Workshops und Veranstaltungen des MB zur Vorbereitung und Themensetzung der nächsten EU-Förderperiode für Niedersachsen im Rahmen des Multifondsprogramms ESF/EFRE und war Teil der AG Strukturfonds der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW).

Infobroschüre

Die SSI hat im Berichtsjahr eine Infobroschüre herausgegeben, in der Sie sich, das Förderprogramm und die begleiteten Projekte vorstellt sowie einen Rückblick auf Veranstaltungen gibt.

Ausblick / Herausforderungen für 2022

Öffentlichkeitsarbeit zum neuen Förderprogramm Soziale Innovation

Im Jahr 2022 kommt das erneuerte und verbesserte Förderprogramm heraus – es wird voraussichtlich im Sommer wieder den ersten Aufruf für sozial-innovative Projekte zum Einreichen von Interessenbekundungen geben. Es gilt, interessierte Träger aus den Themenfeldern Gesundheit und soziale Dienstleistungen für die Durchführung von Projekten in ganz Niedersachsen zu gewinnen, zu unterstützen und gemeinsam an Projektentwicklungen für das Förderprogramm zu arbeiten. Die SSI berät deshalb interessierte Träger und steht für Fragen rund um das Förderprogramm zur Verfügung.

Die Projekt-Förderung der letzten noch laufenden Projekte aus der jetzigen EU-Förderperiode geht im Jahr 2022 zu Ende. Die Erkenntnisse und Ergebnisse müssen gesichert und ausgewertet werden.

Zahlen und Fakten

Begleitete Projekte

Seit Start des Förderprogramms Soziale Innovation im Jahr 2016 werden bzw. wurden bis Ende des Berichtsjahrs insgesamt 24 Projekte aus dem Schwerpunkt Da-seinsvorsorge gefördert und von der SSI begleitet. Die Thematischen Schwerpunkte der sozial-innovativen Projekte sind dabei sehr unterschiedlich und reichen von Pflege und Teilhabe über Mobilität, Netzwerken und Freiwilligenarbeit bis hin zu Digitalisierung.

Geförderte Projekte im Bereich Daseinsvorsorge der Stelle für Soziale Innovation

- Soziale Bürgermärkte aufbauen - Social Franchising erproben
- Sozio-Med-Mobil
- MoPo gesund – Mobilitätsportal für das Gesundheitswesen
- HEDI - Schwangerenversorgung digital unterstützt
- VeLa - Versorgung auf dem Land
- DICTUM-Friedland: Digitale Kommunikationshilfen für nicht-deutschsprachige Patienten
- Camino: Beratung und Unterstützung von Kindern und ihren psychisch kranken Eltern
- DiCaSA - Digital Care Supply Advisor
- Zu Hause alt werden im ländlichen Raum - ein Dorf wird aktiv
- TransFair - Übergänge aus Heimerziehung und Vollzeitpflege
- JUNG regio (Jungunabhängig-niederschwellig-ganzheitlich! in der Region)
- Welcome@CUX
- SoLkOs (Sozialer Landkreis Osnabrück)
- Ue-Health Netz: Das Gesundheitsnetzwerk für den Landkreis Uelzen
- Virtual Reality - Digitaler Wandel in mittleren und kleinen Museen
- OPAL - Optimierung der Pflege in der Altenhilfe durch Sensornetzwerke
- Dorf-FSJler, Dorf-BFDler zur Verbesserung der sozialen Daseinsfürsorge im Eichsfeld
- 116 117 - Versorgungsmodell für den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst mit telemedizinischer Unterstützung von Gesundheitsfachkräften
- Mobile Inklusion - MoIn
- Auszeithöfe - Landerlebnis für Körper und Geist
- Telepflege
- Dictum Rescue Braunschweig: Digitale Kommunikationshilfen für nicht-deutschsprachige Patienten im Rettungsdienst
- „WaNTed Dozent*innen“: Wissenstransfer und Nachwuchsgewinnung in der Erwachsenenbildung
- Brothers: Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen

Mehrwert der SSI für die LAG FW

Die Freien Wohlfahrtsverbände bzw. ihre Untergliederungen konnten an allen 24 Projekten beteiligt werden. Zudem ist die Weitergabe von Informationen und praktischen Handlungsempfehlungen durch die Beteiligung der SSI am FA Europa und am FA Soziale Dienste (neu ab Ende 2021) gewährleistet. Gleichzeitig konnten durch die Arbeit der SSI neue Projektakteure gewonnen werden und intersektorale Netzwerke (z. B. Wohlfahrt mit Landwirtschaftskammer, Kliniken, Start-Ups, Mobilitätsfirmen, EU-Kommission, ESF/EFRE Multifonds-Verwaltungsbehörde, nds. Europaministerium, DGB, UVN) aufgebaut werden.

Personal

Projektteam der SSI in 2021:

- Anna Low – Projektleiterin
- Sarah Kuhlmann – Projektmitarbeiterin
- Daniela De Luca – Verwaltung

EU-Förderung

Die Personalkosten des Projektteams der SSI werden mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des niedersächsischen Programms Soziale Innovation gefördert.

Website

www.stelle-fuer-soziale-innovation.de
mit Informationen zur SSI, aktuellen Aktivitäten, den sozial-innovativen Projekten und zum Förderprogramm Soziale Innovation.

gez. Anna Low
Projektleiterin



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds





**Jahresbericht 2021 der
Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe
(LAG A | B | T) in Niedersachsen**

4

Jahresbericht der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) in Niedersachsen

Die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) in Niedersachsen ist ein Zusammenschluss von 91 Einrichtungsträgern von Werkstätten, Tagesförderstätten und anderen Leistungsanbietern (§ 60 SGB IX) der Teilhabe am Arbeitsleben, die den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege angehören. Insgesamt sind in den Werkstätten und bei anderen Leistungsanbietern der LAG A | B | T Niedersachsen 33 300 Mitarbeiter*innen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich und im Arbeitsbereich beschäftigt. Darüber hinaus werden 2 000 Menschen mit hohem Assistenzbedarf / schwerer Behinderung in Tagesförderstätten begleitet und gefördert. Die LAG A | B | T ist im Hinblick auf das Themen- und Aufgaben-

feld der Arbeits- und Berufsförderung beeinträchtigter Menschen Facharbeitsgemeinschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

Die Mitglieder der LAG A | B | T sind Rechtsträger der Leistungserbringer zur Arbeits- und Berufsförderung von Menschen mit Beeinträchtigung in Niedersachsen. Sie sind Träger von Werkstätten für behinderte Menschen, von anderen Leistungsanbietern nach § 60 SGB IX sowie von Integrationsprojekten und -diensten als auch Anbieter von tagesstrukturierenden Leistungen.

Dem Vorstand der LAG A | B | T Niedersachsen gehören zum 31.12.2021 an:

Guido Uhl, Bersenbrück Michael Korden, Meppen	RAG A B T Süd-West Niedersachsen
Nahid Chirazi, Bassum Gerhard Wessels, Oldenburg	RAG A B T Nord-West Niedersachsen
Manfred Willems, Hannover Andrea Sewing, Burgwedel	RAG A B T Mitte
Robert Bau, Bremerhaven Werner Ludwigs-Dalkner, Cuxhaven	RAG A B T Nord-Ost Niedersachsen
Helge Staack, Hildesheim Detlef Springmann, Braunschweig	RAG A B T Süd-Ost Niedersachsen
Nico Lauerwald, Hannover	LAG A B T-Geschäftsführer
Hans Horn	ständiger Gast für die LAG:WfbM Bremen
Stefan Sukop, Altenoythe	ständiger Gast für die LAG Integrationsfirmen Niedersachsen
Jörg Reuter Radatz	ständiger Gast für die LAG:FW

Geschäftsführender LAG A | B | T – Vorstand:

Vorsitzender - Michael Korden (Geschäftsführer VITUS, Meppen),
Stellvertretung - Nahid Chirazi (Delme Werkstätten) und
Werner Ludwigs-Dalkner (Werkhof und Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven).

Die LAG A | B | T gliedert sich in fünf Regionale Arbeitsgemeinschaften (RAG A | B | T). Diese Organisationsstruktur gewährleistet eine schnelle und landesweite Interessenvertretung. Der Vorstand der LAG A | B | T setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Regionalen Arbeitsgemeinschaften und deren Stellvertretungen.

Im Jahre 2021 haben Vorstand und Mitgliedschaft der LAG A | B | T im Wesentlichen folgende Themenkreise bearbeitet:

Im Berichtszeitraum hat sich der LAG A | B | T-Vorstand in seinen fünf Sitzungen durchgängig und insbesondere auch mit den Herausforderungen der Corona Krise, der BTHG-Umsetzung sowie die Qualitätsentwicklung in verschiedenen Arbeitsfeldern der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Beeinträchtigung auseinandergesetzt.

In verschiedenen Arbeitsgruppensettings wurden Qualitätsstandards zu den Themen: **Arbeitsbegleitende Angebote** sowie **WfbM-Arbeitsentgeltordnung** fertiggestellt. Zur Erarbeitung eines Qualitätsstandards für Angebot für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, insbesondere in Tagesförderstätten, wurde eine landesweite Arbeitsgruppe installiert. Ein nächstes Ziel ist die Erarbeitung eines Qualitätsstandards für den Übergang aus WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Bei **politischen Gesprächen** des geschäftsführenden LAG A | B | T Vorstands mit der Sozialministerin Fr. Behrens erfolgte ein gegenseitiges Kennenlernen sowie eine Vorstellung der Schwerpunktthemen der LAG A | B | T. Weiterhin wurde das niedersächsische Finanzministerium um Mitwirkung an der gesetzlichen Klarstellung zum ermäßigten Umsatzsteuersatz für Werkstätten und auch Inklusionsbetriebe gebeten. Mit Frau Dr. Schirmmacher erfolgte ein Austausch zu Corona-bedingten Herausforderungen, Themen der Weiterentwicklung der Teilhabe am Arbeitsleben sowie der Umsetzung des Budgets für Arbeit in Niedersachsen.

Bereits 2019 wurde mit dem Landtags-Sozialaus-

schuss die nicht ausreichenden Flächen-Anerkennung für arbeitsmarktnahe Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung in WfbM und bei anderen Leistungsanbietern thematisiert. Im August 2020 wurde in Abstimmung mit der Verhandlungsgruppe der LAG FW ein Vorschlag zur Anerkennung beim Sozialministerium eingereicht. In 2021 erfolgte eine Überarbeitung des Verhandlungsvorschlages in Abstimmung mit der Verhandlungsrunde. Ende 2021 konnte mit dem Sozialministerium und dem Landessozialamt eine gemeinsame Lösung zu diesem Thema gefunden werden.

Ein wichtiger Kooperationspartner der LAG A | B | T ist die **Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatt-räte**. Kontinuierlich und konkret organisatorisch wie inhaltlich hat die LAG A | B | T Niedersachsen die LAG:Werkstatt-räte bei Bedarf unterstützt. Ziel der Unterstützung ist es, die LAG:Werkstatt-räte und ihre Untergliederungen in der Selbstvertretung ihrer Interessen zu stärken und zu begleiten. Im Rahmen eines gemeinsamen Workshops mit dem Vorstand der LAG A | B | T wurden die neuen Herausforderungen der Werkstatt-rätearbeit seit Umsetzung des BTHG sowie entsprechende Aspekte der Assistenz für Werkstatt-räte thematisiert. In diesem Zusammenhang wurde ein Arbeitspapier zur besseren personellen Ausstattung der Assistenz von Werkstatt-räten erarbeitet. In Abstimmung mit der Verhandlungsrunde erfolgte eine Vorstellung des Arbeitspapiers bei der Sozialministerin sowie ein erster fachlicher Austausch mit dem Sozialministerium.

Das LAG A | B | T-Modellprojekt „Unterstützter Übergang Tagesförderstätte – Eingangsverfahren WfbM für **Menschen mit hohem Assistenzbedarf**“ wurde auch 2021 fortgeführt. Das Thema Corona führte in der Umsetzung auch in 2021 zu großen Herausforderungen. Das Modellprojekt wurde mit dem Rundschreiben 05/2021 um sechs neu teilnehmende Einrichtungsträger auf nunmehr 15 teilnehmende Einrichtungen erweitert. Vom Institut für Technologie und Arbeit (ITA) wurde für die Zeit der Förderung der wissenschaftlichen Begleitung (Aktion Mensch, 30.04.2021) ein Ab-

schlussbericht des Modellprojektes vorgelegt. In Abstimmung mit dem Landessozialamt als überörtlichem Sozialhilfeträger und der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit wurde das Modellprojekt bis zum 31.07.2024 verlängert.

Im Rahmen der **Qualitätsinitiative WfbM-Benchmarking** erfolgten in 2021 Absprachen mit dem Institut für Technologie und Arbeit (ITA) zur Weiterführung der Qualitätsinitiative. Die Messung 2020 musste Corona-bedingt ausgesetzt werden. In 2021 erfolgte wieder eine reguläre Messung. Um die Vergleichbarkeit der Erhebung mit den Vorjahren zu stützen, wurde durch das ITA eine Checkliste »Teilhabequalität in der Corona-Zeit« erarbeitet. Diese Checkliste geht auf Herausforderungen während der Coronavirus-Krise ein und beteiligt die Werkstatträte. Sie sollte ergänzend eingesetzt werden, um Abweichungen in den Messungen nachvollziehbar zu machen und die vorhandenen Herausforderungen darzustellen. Zudem wird vom ITA optional und nur für dieses Messjahr eine auf Resilienz ausgerichtete Personal-Kurzbefragung angeboten.

Aufgrund der anhaltenden **Corona-Krise** waren in diesem Zusammenhang viele inhaltliche Abstimmungen notwendig. Geplante Projekte wie z. B. die landesweite Teilnahme am Schichtwechsel konnte nicht im gewohnten Umfang umgesetzt werden. Die gemeinsame Landeskonferenz mit den Mitgliedseinrichtungen wurde in 2021 in hybrider Form angeboten.

Themenschwerpunkte im Rahmen der Corona-Krise 2021 waren:

- Regelmäßige und umfangreiche Kommunikation mit dem Sozialministerium, dem Landessozialamt sowie der Arbeitsagentur
- Regelmäßige Kommunikation und Information der Mitgliedseinrichtungen
- Regelmäßiger Austausch auf Ebene der Wohlfahrtspflege
- Mitwirkung an der Erarbeitung eines Vorschlages zur Kompensation der Werkstattentgelte aus Mitteln der Ausgleichsabgabe
- Durchführung von Umfragen (Werkstattentgelte,

wirtschaftliche Auswirkungen, Beteiligung an der Umsetzung einer Impfstrategie, PoC Antigen Schnelltest)

- Aufruf zur Umsetzung einer Impfstrategie in Niedersachsen. Formulierung eines konkreten Angebotes zur Nutzung der Werkstätten/ Tagesförderstätten für ein Impfangebot in der Eingliederungshilfe Niedersachsen
- Austausch mit der KVN. Durchführung einer Informationsveranstaltung.
- Gespräche mit dem MS und der LAG WR zur Anpassung der Corona Verordnung (Beendigung der Freiwilligkeit)

Aufgrund des Ausscheidens von Nico Lauerwald zu Ende Januar als LAG A | B | T – Geschäftsführer wurde im Rahmen eines Auswahlverfahrens im August 2021 eine **Nachfolgeregelung** getroffen. Frau Anja Rinck hat zum 01.01.2022 ihre Tätigkeit als neue LAG A | B | T – Geschäftsführerin begonnen.

gez. Michael Korden
Vorsitzender

gez. Nico Lauerwald
Geschäftsführer



**Jahresbericht 2020 der Niedersächsischen
Landesstelle für Suchtfragen (NLS)**

5

Jahresbericht der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS)

Dies ist der zweite Jahresbericht im Zeichen von Corona. Die Pandemie und die damit einher gehenden Beschränkungen stellte erneut das auf Nähe zu den Menschen basierende Suchthilfesystem vor großen Herausforderungen. Um in dieser Krise weiterhin verlässlich Rat geben und Hilfe organisieren zu können, bedurfte es von den daran beteiligten Menschen viel Kreativität und Engagement, aber auch Pragmatismus und Gemeinsinn. Allen, die dazu beitragen gebührt Dank und Anerkennung.

Die NLS war auch im Jahr 2021 sehr bemüht, die den Mitgliedern angeschlossenen Einrichtungen und deren Mitarbeitenden bei der Aufrechterhaltung der Hilfeangebote für Ratsuchende zu unterstützen – flexible, bedarfsbezogen und mit digitalen Angebotsformaten.

Organisation / Aufgaben / Finanzierung

Die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS) ist eine Landesfacharbeitsgemeinschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW). Sie verfügt durch ein eigene **Satzung**, eine **Mitgliederversammlung** und einem eigenen Vorstand über vereinsähnliche Strukturen. Der **Vorstand** besteht aus vier Vertreter*innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und vier Mitgliedern der Abstinenz- und Suchtselbsthilfeverbände. Die Vorsitzende und die beiden Stellvertreter sind nach §30 BGB besondere Vertreter des Vorstandes des LAG FW e.V. **Mitglieder** sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und die Landesverbände der unabhängigen Abstinenz- und Selbsthilfeverbände (Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche, Blaues Kreuz in Deutschland, Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Guttempler, Kreuzbund).

Der Vorstand

Vorsitz: Evelyn Popp (AWO) - Vorsitzende.
Stv. Vorsitzende: Rüdiger Blomeyer (Kreuzbund) - Conrad Tönsing (Caritas)
Beisitzer: Andrea Strodthmann (Diakonie) - Wilhelm März (Freundeskreise) - Gerrit Mühlbrandt (Guttempler) - Serdar Saris (Paritätischer).

Als Dachorganisation der Einrichtungen der Suchthilfe und Suchtselbsthilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen vernetzt die NLS 75 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (ambulante Suchtberatungsstellen), 42 stationäre Einrichtungen sowie mehrere hundert Suchtselbsthilfegruppen. Sie fördert und koordiniert die präventiven, beratenden, therapeutischen und rehabilitativen Maßnahmen der Mitglieder im Arbeitsfeld Suchthilfe und Suchtprävention und vertritt die verbandsübergreifenden fachlichen Interessen in den Bereichen Suchtprävention, Suchberatung, Suchtbehandlung.

Die Geschäftsstelle der Landesstelle wird überwiegend vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) finanziert. Der Arbeitsbereich Glücksspielsucht wird auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege (NWohlfFöG) finanziert. Projekte werden aufgrund von Förderrichtlinien oder durch Projektträger finanziert.

Vorstandsarbeit

Der Vorstand der NLS trat im Berichtsjahr - zumeist digital - zu insgesamt neun Sitzungen zusammen. Er pflegte in diesem Rahmen den Austausch mit verschiedenen Gesprächspartnern*innen, insbesondere mit der Drogenbeauftragten des Landes, Frau Lörcher-Straßburg.

Neben der Coronakrise war die schwierige finanzielle Situation der ambulanten Suchtberatungsstellen ein wichtiges Thema. Erfreulicherweise hat der Landtag entschieden, den Suchhilfeeinsatz des Landes für die Jahre 2022 und 2023 zu erhöhen und auch die Finanzhilfe für die Glücksspielsuchtberatung und -prävention zu steigern.

Aktivitäten hinsichtlich der finanziellen Situation der ambulanten Suchtberatung

- Fortsetzung des Gesprächskreises Stabile Finanzierung
- Politische Gespräche (u. a. mit Frau Ministerin Behrens)
- Öffentlichkeitsarbeit (Pressinformationen zu verschiedenen Anlässen, Brief an MdL...)
- Aktionstag „Suchtberatung – Kommunal wertvoll!“ am 10.11.2021

Die Digitalisierung der Suchtberatung war ein ebenfalls wichtiges Thema. Die Pandemie erhöhte auf allen Seiten die Bereitschaft, digitale Beratungsangebote zu nutzen. Zugleich wurden teilweise Versorgungslücken deutlich. Die NLS erhielt vom MS den Auftrag, die Landeskoordination Digitale Suchtberatung zu übernehmen. Zuvor schon wirkte sie an der Konzeptionierung des bundesweiten DiGiSuchtProjektes mit. Angestrebt wird eine qualitätsgesicherte und strukturierte digitale Versorgung von suchtkranken, suchtgefährdeten und ratsuchenden Personen in Niedersachsen. Ratsuchende sollen über eine eigenständige trägerübergreifende Suchtberatungsplattform, die allen Einrichtungen offen steht, einen dauerhaften digitalen Zugang zur Suchtberatung erhalten.

Weitere Themen im Vorstand waren u.a. die Fortsetzung des HaLT- Förderprojekts mit neuer Ausrichtung und die Übernahme der Funktion der Landeskoordination für die Förderphase 2 sowie die Prüfung der Finanzhilfe für den Arbeitsbereich Glücksspielsucht durch den Landesrechnungshof.

Die Geschäftsstelle

In seit 1978 hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle der NLS unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Zum Ende des Jahres waren acht Mitarbeitende für die NLS tätig.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle in 2021:

- Michael Cuypers – Geschäftsführer
- Ricarda Henze – stv. Geschäftsführerin, Referentin Suchtprävention, Landeskoordinatorin
- Kathrin Buhl - Projektmitarbeiterin (bis Juli 2021)
- Martina Kuhnt – Referentin und Landeskoordinatorin für Glücksspielsucht - Prävention und Beratung
- Jürgen Renken – Verwaltung
- Neela Schremmer – Projektmitarbeiterin Suchtprävention
- Lena Seidl – Teamassistentin
- Tobias Trillmich – Fachreferent Suchthilfe

Die Aktivitäten der NLS kommen in den Arbeitsbereichen Suchtprävention, Suchthilfe, Glücksspielsuchtprävention und -beratung und Projekte sowie in den Arbeitskreisen zum Ausdruck.

Arbeitskreise der NLS

- Arbeitskreis Suchtprävention
- Arbeitskreis Substitution
- Arbeitskreis CMA-Einrichtungen
- Arbeitskreis Mediensucht
- Arbeitskreis Präventionsteam Glücksspielsucht
- Arbeitskreis Suchtselbsthilfe
- Gesprächskreis Stabile Finanzierung

Prävention: In Niedersachsen wurde 2020 in 23 Städten und Landkreisen in 26 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention umfassende suchtpreventive Arbeit mit speziellen Fachkräften geleistet. Die NLS unterstützt diese Arbeit der Fachkräfte durch Koordination, Konzept- und Projektentwicklung, Qualitätssicherung, Evaluation, Fortbildungen sowie Materialerstellung. Darüber hinaus gibt es 24 „HaLT“-Standorte in Niedersachsen. „HaLT – Hart am Limit“ ist ein kommunales Alkoholpräventionsprogramm mit reaktiven und pro-

aktiven Elementen. Die NLS übernimmt auch hier die Landeskoordination.

Die Suchtpräventionsangebote sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemiebekämpfung auch 2021 stark betroffen gewesen. Die Fachkräfte für Suchtprävention haben schnell Möglichkeiten gefunden, verschiedene Angebote auch digital anzubieten, allerdings brauchten die Zielgruppen Zeit sowie technische und methodische Ressourcen, um diese Angebote auch anzunehmen. Zahlen für das Jahr 2021 liegen noch nicht abschließend vor.

Die NLS führte im Rahmen der Suchtprävention vor allem bewährte landesweite Projekte und Maßnahmen fort, u. a.:

- digitale Fachtagungen im Rahmen der Tagungsreihe „Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention“ („Partizipation von Jugendlichen in der Suchtprävention“, „Gesundheitsförderung und Suchtprävention in der Grundschule“)
- digitale Fortbildungen z. B. zur Arbeit mit den Lernarrangements „Suchtprävention: Nikotin, Alkohol, Cannabis“ und „Digitale Medien: Chancen und Risiken“, zur Arbeit mit dem KlarSicht-MitmachParcours sowie zum/zur SKOLL/SKOLL-Spezial-Trainer*in und zum Update der Qualitätsstandards der betrieblichen Suchtprävention und Suchthilfe.
- Begleitung digitaler Projekte bzw. Zugangswege für die suchtpreventive Arbeit („ready4life“ für Berufsschüler*innen, „Actionbound“).
- Trainer*innen-Schulungen des Programms „1 000 Schätze – Gesundheit und Suchtprävention in der Grundschule“ sowie Netzwerktreffen mit den Trainer*innen.
- Erstellung der Projekthomepage (1000schaetze.de) sowie Fachöffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit dem 1000 Schätze-Kompetenzzentrum in Berlin.
- Koordination und Begleitung der Weiterentwicklung des Projektes „HaLT - Hart am LimiT“ auf Landesebene inkl. Beantragung von Mitteln für eine verstärkte Landeskoordination.

Die NLS wirkte beratend im „ressortübergreifenden Facharbeitskreis Suchtprävention“ des Landes mit, der in 2020 ein neues Suchtpräventionskonzept des Landes vorgelegt hat.

Glücksspielsucht: Die NLS steuert den Ausbau und Betrieb von 24 Beratungsstellen für die Glücksspielsucht. Sie koordiniert und begleitet fachlich die vom Land finanzierten Fachkräfte für Prävention und Beratung von Glücksspielsucht. Die NLS dokumentiert diese Arbeiten und sie organisiert Arbeitskreistreffen für das Präventionsteam Glücksspielsucht in Niedersachsen. In 2021 wurden diese Treffen überwiegend digital angeboten und organisatorisch sowie inhaltlich an die veränderten Rahmenbedingungen an die aktuellen Bedarfe angepasst. Die interne Kommunikation wurde durch Einrichtung von Gesprächsräumen im Intranet, mittels Rundbriefe und zahlreiche Telefon- und Videokontakte intensiviert.

Im Rahmen des Auftrages beriet die NLS die Glücksspielaufsicht und pflegte den fachlichen Austausch zu den zuständigen Mitarbeitenden im MI.

Des Weiteren spielte in 2021 die fachliche Bewertung der gesetzlichen Regulierung des Glücksspiels eine wesentliche Rolle. Die Landeskoordinatorin erarbeitete fachliche Stellungnahmen u.a. zum Glücksspielstaatsvertrag 2021, zur Änderung der Nds. Glücksspielgesetzes und Spielbankengesetzes sowie zu den Abstandsregeln zwischen Sportwettvermittlungstellen. Eine besondere Herausforderung stellte die Prüfung der Finanzhilfe durch den Landesrechnungshof dar.

Weitere Aktivitäten (Auszug) im Bereich der Prävention und Beratung bei Glücksspielsucht

- Aktionstag Glücksspielsucht 2021 „Volle Kraft voraus - Glücksspielfrei on tour“
- Onlineberatung Glücksspielsucht (in Kooperation mit NRW)
- Einführung neuer Fachkräfte
- Treffen der Länderkoordinator*innen (www.bundesweit-gegen-Gluecksspielsucht.de)

Projektarbeit

- Modellprojekt „Prävention und Frühintervention von Glücksspielsucht für Menschen mit Migrationshintergrund“, BZgA (2021-2023)
- Projekt „Überarbeitung des Glücksspielparcourskoffers zur Prävention von problematischem Glücksspielverhalten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, DAK (2021-2022)
- Infovideo „Online-Glücksspiel verstehen“ <https://onlinegluecksspiel-verstehen.de/>
- Broschüre „Zocken, wetten, daddeln“

Suchthilfe: Die Aufbereitung der Informationen bezüglich der Corona Pandemie und den daraus folgenden Herausforderungen und Auflagen für die Fachstellen und die Selbsthilfe stellte - wie schon im Vorjahr - erneut eine wichtige Aufgabe im Arbeitsbereich Suchthilfe dar. Hinzu kam die kontinuierliche Weiterführung der Begleitung der Arbeitskreise (Organisation, inhaltliche Vorbereitung, Koordination und Moderation sowie der Online-Gruppen).

Das Kooperationsprojekt „Flucht-Trauma-Sucht“ mit dem NTFN - Netzwerk Traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e.V, wurde fortgesetzt. In diesem Rahmen wurden verschiedene Schulungen für Mitarbeitende in der Geflüchteten- und Suchthilfe geplant und durchgeführt. Außerdem wurden Interviews mit Fachkliniken geführt und ausgewertet mit dem Ziel, die Chancen und Bedarfe bei der Behandlung geflüchteter Menschen mit Abhängigkeitserkrankung zu ermitteln. Weitere Aktivitäten (Auszug) im Arbeitsbereich Suchthilfe:

- Durchführung eines Fachtages für PSB Fachkräfte
- Abschluss des Projekts „re:set- Beratung bei exzessivem Medienkonsum“
- Durchführung eines SKOLL- Trainer*innenausbildung
- Organisation des Kurses „Qualifizierung für die nebenamtliche Suchtarbeit im Betrieb“
- Planung und Durchführung einer Online-Podiumsdiskussion „Unabhängig im Alter“ auf dem deutschen Seniorentag
- Weiterleitung und Bündelung der Rückmeldungen

von Anfragen seitens des MS

- Mitarbeit an der Erarbeitung eines Grundsatzpapiers zur Kooperation zwischen Jobcenter/Arbeitsagentur und Suchthilfe sowie Empfehlungen zur Erstellung einer regionalen Kooperationsvereinbarung.
- Teilnahme am Runden Tisch „Sucht und Drogen“ der Landeshauptstadt Hannover und am Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie der Region Hannover

Tagungen, Seminare, Fortbildungen

Im Berichtsjahr hat die NLS eine Reihe von Fachtagungen, Seminaren und Fortbildungen angeboten und durchgeführt. Zu ihnen zählen (Auszug):

- Jahrestagung 2021: „Sucht geht (uns) alle an – eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe (mit Teilnahme von Frau Ministerin Behrens)
- Online-Fachkonferenz -Corona und Sucht - Suchtprävention und Suchthilfe in Pandemiezeiten in Kooperation mit dem MS und LVGAfS
- 1000 Schätze – Gesundheit und Suchtprävention in der Grundschule (Qualifizierungsschulung - acht neue Trainer*innen in Niedersachsen) (Januar, März 2021)
- Arbeiten mit den Lernarrangements „Suchtprävention: Nikotin, Alkohol, Cannabis“ und „Digitale Medien: Chancen und Risiken“ (Januar und November 2021)
- HaLT-Landesnetzwerktreffen, Re-Zertifizierungsschulung, HaLT-QM-Workshop Netzwerkmanagement (Februar, September, Dezember 2021)
- Einführung in den KlarSicht - MitmachParcours (Kofferversion)(Mai und September 2021)Tagungsreihe Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention: „Darf's ein bisschen mehr sein? – Wege und Grenzen der Partizipation von Jugendlichen in der Suchtprävention“ (September 2021)
- Neue Qualitätsstandards in der Betrieblichen Suchtprävention und Suchthilfe – Update (September 2021)
- Fortbildung zum/zur SKOLL/SKOLL-Spezial-Trainer*in (Oktober 2021)
- Fachtagung: Gesundheitsförderung und Suchtprä-

vention in der Grundschule – Potentiale und Gelingensfaktoren (November 2021)

KURZ&GUT

Digitale Fortbildungsangebote zu folgenden Themen:

- Fördermöglichkeiten nach dem PräVGAuf Landesebene
- Suchtberatung am Telefon – Chancen, Fallstricke und Grenzen
- Digitalisierung in der Suchthilfe – Aktueller Stand und Perspektiven
- Online-Glücksspiele – Spielanreize und Gefahren
- Ist Dampfen das neue Rauchen? Forschungsstand und Regulierung
- Einführung in die Beratung bei exzessiver Mediennutzung
- Cross Work -Frauen in der Arbeit mit Männern/Jungen
- Digitale Formate für die Arbeit mit Gruppen: Persönlicher Kontakt im virtuellen Raum
- Sucht und Migration: (Weiter-) Entwicklung transkultureller Kompetenzen als Herausforderung für die Suchthilfe
- Alkoholkonsum in der Schwangerschaft: FASD aufgeklärt – Krankheitsbild. Diagnose. Unterstützung. Prävention

ist HaLT? Informationen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“, „Was ist HaLT? Informationen für Eltern“ und „Jugendliche und Alkohol: Tipps für Eltern“

Die Web-Seite der NLS im Internet (www.nls-online.de) wurde im Laufe des Jahres von weit über 100.000 Besucher*innen genutzt. Die hohe Nachfragefrequenz der NLS-Web-Seite ist über Jahre hinweg belegt.

Die NLS ist fachlicher Ansprechpartner für verschiedenste Organisationen sowie für Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, Jugendämter, Betriebe und Behörde sowie Einrichtungen der Mitgliedsverbände. Zudem erkundigen sich etliche Einzelpersonen nach Hilfeeinrichtungen und erbitten Informationen.

Ein ausführlicher Jahresbericht wird im Laufe des Jahres 2022 erscheinen.

gez.
Michael Cuypers

Veröffentlichungen, Materialien (Auszug)

Im Berichtsjahr hat die NLS die folgenden Veröffentlichungen und Flyer erstellt bzw. herausgegeben:

- Seminare und Fachtagungen 2021 (Jahresprogramm der NLS)
- Jahresbericht der NLS für das Jahr 2020
- Suchthilfestatistik 2020 für ambulante Einrichtungen in Niedersachsen
- Psychosoziale Betreuung Substituierter in Niedersachsen 2020
- Jahresbericht 2020 der Fachstellen für Suchtprävention in Niedersachsen und des HaLT in Niedersachsen-Programms
- Flyer im Rahmen des HaLT-Programms: „Das Alkoholpräventionsprogramm HaLT – Hart am Limit“, „Was



Jahresbericht 2021 der Landesstelle Jugendschutz (LJS)

6

Jahresbericht der Landesstelle Jugendschutz (LJS)

1. Aktuelle Situation der LJS

1.1. Personelle Ausstattung und Anzahl der Fortbildungen

Das Team der LJS bestand 2021 aus insgesamt elf Mitarbeiterinnen. Ein personeller Wechsel fand im Bereich Elterntalk Niedersachsen statt.

- Imke Schmieta, Leitung
- Eva Hanel, Referentin im Bereich Medienpädagogik und stellv. Leitung
- Andrea Buskotte, Referentin Gewaltprävention
- Dominika Lachowicz, Referentin Suchtprävention
- Tanja Opitz, Referentin Sexualpädagogik
- Simone Zanjani, Projektleitung „Elterntalk“ (bis 31.08.2021)
- Irina Kubicki, Projektleitung „Elterntalk“ (seit 01.12.2021)
- Nicole Wockenfuß, Projektkoordination „Elterntalk“
- Christine Eichholz, Projektmitarbeiterin „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“
- Anja Brückner, Buchhaltung
- Jasmin Töpfer, Projekt- und allg. Verwaltung
- Maike Krahe, Seminarorganisation

Wegen der Corona-Präventionsmaßnahmen konnte 2021 kein Praktikum angeboten werden.

In Folge der Corona-Pandemie wurden digitale Arbeits- und Kommunikationsformen wie Online-Meetings genutzt. Die Möglichkeit des Home-Office wird weiterhin den Mitarbeiterinnen angeboten.

Fortbildungen und Projektarbeit

Gleich zu Beginn des zweiten Pandemie-Jahres wurden angesichts der steigenden Infektionszahlen auf Bundesebene die Präventions-Maßnahmen verschärft. Diese Umstände waren eine besondere Herausforderung: Bis Ende März mussten ursprünglich in Präsenz geplante Veranstaltungen pandemiebedingt neu kon-

zipiert und als Online-Format angeboten werden.

Ab Juni fanden wieder erste Präsenzveranstaltungen unter Einhaltung von geltenden Hygienemaßnahmen statt. Trotzdem konnte das Seminarprogramm sowohl vom Umfang her als auch inhaltlich im Jahr 2021 aufrechterhalten werden.

Das Fortbildungsangebot der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen umfasste im Jahr 2021 insgesamt **39 Veranstaltungen**, die **hauptsächlich digital** als Tagung mit durchschnittlich 90 Teilnehmenden oder als Seminar **durchgeführt wurden**.

Im Rahmen der acht Projekte wurden zusätzlich **vielfältige Fortbildungsangebote für Multiplikator*innen und Workshops durchgeführt** sowie **zahlreiche Projekttage, eine Projektwoche** mit Mädchen und Jungen und Elternabende. Diese werden in den einzelnen Arbeitsbereichen detailliert aufgeführt.

Die acht Projekte werden flächendeckend in Niedersachsen angeboten und durch die LJS beworben und teils mit freien Mitarbeiter*innen umgesetzt.

Neben der Fortbildungs- und Projektarbeit gehört die Beantwortung von Anfragen zum ordnungsrechtlichen Jugendschutz sowie die Begleitung von Veranstaltungen und Projekten von Einrichtungen der Jugendhilfe zu den Aufgaben der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen.

Zur Unterstützung der Jugendschutzarbeit erarbeiten alle Referentinnen Arbeitsmaterialien und Informationsbroschüren, die über den Material-Shop der LJS bezogen werden können.

1.2. Teilnahme an Arbeitskreisen und Gremien

Die LJS ist in mehreren Arbeitskreisen und Gremien vertreten. Diese Arbeit dient dem inhaltlichen Austausch und der Kooperation mit verschiedenen Institutionen, der Begleitung modellhafter Projekte und dem Vertreten von Jugendschutzstandpunkten in Kontrollgremien und Arbeitszusammenhängen, die nach Jugendschutzpositionen fragen.

Arbeitskreise:

- Bundesweite Referent*innentreffen der Landesstellen Jugendschutz, pro Arbeitsbereich Gewalt, Medien, Sucht, Sexualpädagogik und Elterntalk (die jeweilige Fachreferentin)
- Arbeitstagungen des Landesjugendamtes, Abt. Jugendschutz (je nach Zuständigkeit)
- Ressortübergreifender Facharbeitskreis Suchtprävention (ReFAS) des MS, (Frau Schmieta und Frau Lachowicz)
- AK Nordverbund Suchtprävention (Frau Lachowicz)
- Arbeitskreis Kommunale Alkoholprävention der NLS, LPR, LS, LVG und LJS (Frau Lachowicz)
- AK "Sexuelle Bildung und Gesundheit" der Region Hannover (Frau Opitz)
- Netzwerk Medienkompetenz der Nds. Staatskanzlei (Frau Schmieta und Frau Hanel)
- Landesarbeitsforum „Aktive Väterrolle stärken“ (Frau Zanjani)
- Beisitzerin im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder – und Jugendschutz (Frau Schmieta)

Gremien / Institutionen:

- Nds. Vertretung des Vertreters der OLJB bei der FSK (Frau Buskotte)
- Stv. Länderbeisitzerin bei der BPjM (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien) (Frau Buskotte)
- Beirat Projekt „Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport“, Landessportbund Nds. (Frau Buskotte)
- Vorsitz Nds. Landesjugendhilfeausschuss (Frau Buskotte)
- Prüferin bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK), Sprecherin der Jugendschutzsachverständigen der USK, Teilnahme am USK-Beirat und

IARC Ausschuss (Frau Hanel)

- Landespräventionsrat Niedersachsen (Frau Hanel)
- Sprecherin der Landesgruppe Niedersachsen der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) (Frau Hanel)
- Lehrauftrag an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Vertretung Professur Soziale Arbeit Grundlagen der Medienpädagogik, WS 2020/2021 (Frau Hanel)
- Prüferin in den Ausschüssen der FSK (Frau Zanjani)
- Ausschuss Migration der LAG FW NDS, nicht stimmberechtigtes Mitglied (Frau Zanjani)
- Landesjugendhilfeausschuss, Unterausschuss 2, beratendes Mitglied (Frau Zanjani)

1.3. Beratungsarbeit

Die LJS beantwortet individuell Einzelfragen zum erzieherischen Jugendschutz. Darüber hinaus befindet sich auf der Website www.jugendschutz-niedersachsen.de die Rubrik FAQ. Dort werden „Oft gestellte Fragen zum Jugendschutz“ ausführlich erläutert. Im Glossar werden typische Begriffe aus den einzelnen Fachbereichen erklärt. Zusätzliche Erklärfilme informieren anschaulich zu Themen aus den jeweiligen Arbeitsbereichen.

2021 wurden im Bereich Gewaltprävention Broschüren rund um den erzieherischen Jugendschutz veröffentlicht. Die Publikationen, die bei der Suche nach Unterstützung und passenden Beratungsangeboten helfen sollen, wurden stark nachgefragt.

2. Die Arbeit der Fachreferate

2.1. Fachreferat Gewalt: Gewaltprävention/ Prävention gegen sexuellen Missbrauch

- Inhaltliche Schwerpunkte / Personelle Kapazitäten
- Mobbing und Cyber-Mobbing
 - Diskriminierung und Rassismus
 - Konfliktkompetenz und Gewaltprävention

Projekte

- Cyber-Mobbing – Medienkompetenz trifft Gewaltprävention
- Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

- Es fanden insgesamt 13 Fortbildungsveranstaltungen statt: zwei Fachtagungen, davon eine Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat Medien und elf Seminare. Ein Seminar wurde als Präsenz-Angebot durchgeführt, alle anderen Veranstaltungen fanden online statt.
- Zudem wurden Vortragstätigkeiten für andere Träger durchgeführt u. a. beim Niedersächsischen Opferhilfekongress (Landespräventionsrat) mit einem Workshop zum Thema „Viktimisierungssphänomene junger Menschen – Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen“.
- Im Projekt „Cyber-Mobbing: Medienpädagogik trifft Gewaltprävention“ wurden u. a. neben den drei Seminaren 30 Projekttag/Workshops für Jugendgruppen und Schulklassen und drei Inhouse-Fortbildungen für Fachkräfte durchgeführt.
- Im Rahmen des Projektes „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ fanden neben den o. g. Veranstaltungen 33 Inhouse-Seminare statt.
- Als neues Online-Format der LJS fand 2021 erstmalig ein „Jugendschutz-Fachgespräch“ statt, vorbereitet und durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich „Medien“.

Mobbing und Cyber-Mobbing

Forschungsbefunde und Praxiserfahrungen zeigen, dass Mobbing und Cyber-Mobbing-Handlungen sich zunehmend verschränken: Übergriffe werden sowohl digital als auch im direkten Kontakt verübt. Für betroffene Kinder und Jugendliche stellt (Cyber-) Mobbing eine große Belastung dar. Die Handlungsfähigkeit von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften ist entscheidend für das Gelingen von Prävention und Intervention. Fachkräfte repräsentieren die sozialen Normen der Einrichtung und sind verantwortlich für ihre Einhaltung. Diese Aspekte sind Ausgangspunkte und Orientierung für die **Seminarangebote** in diesem Themenschwerpunkt:



- „Kein Mobbing – fair statt fies“ zur Vermittlung von Handlungsoptionen
- „Mobbing erkennen und beenden“ ist ein Seminar mit Handlungsorientierungen für die Intervention – u. a. in Form von methodischen Bausteinen aus erprobten Interventionskonzepten.
- **Cyber-Mobbing – Gewaltprävention für die Online-Kommunikation** – es thematisiert die spezifische Dynamik digitaler Gewalt mit Fallbeispielen. Das Seminar wurde wegen großer Nachfrage insgesamt dreimal durchgeführt.
- „Digitale Gewalt – reale Sorgen“ – Online-Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat Medien

Diskriminierung und Rassismus

Diskriminierung ist für viele Menschen eine alltägliche Erfahrung. Unterschiede – aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, sozialem Status, kulturellen Wurzeln – werden häufig bewertet und mit Ablehnung oder Bevorzugung, mit Misstrauen oder Sympathie verbunden. Dieser Kontext ist auch für gewaltpräventive Arbeit von Bedeutung, denn Anerkennung und Zugehörigkeit sind wesentliche Grundlagen für die Entwicklung von Identität und Selbstwertgefühl.

- „Erfahrungen, Herausforderungen, Fallstricke ... rassistuskritische und migrationssensible Kompetenzen“ – das Seminar zielt darauf ab, für Diskriminierungsrisiken zu sensibilisieren und diese mit Blick auf Beteiligung von Jugendlichen zu bearbeiten. Fachliche Grundlage des Seminars ist ein Projekt der Kath. Jugendsozialarbeit NRW.

Projekte



Cyber-Mobbing: Medienkompetenz trifft Gewaltprävention

Im Projekt „Cyber-Mobbing“ hat die LJS Methoden und Materialien für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen entwickelt, die von Teamern der Landesstelle in unterschiedlichen Kontexten (Jugendarbeit, Schulklassen aller Schulformen) eingesetzt werden. Zielgruppe des Projektes sind Kinder und Jugendliche ab ca. 10 Jahren. Ziele des Projektes sind die Sensibilisierung für die Folgen und die Erarbeitung persönlicher und gruppenbezogener Strategien für den Schutz vor Übergriffen. Darüber hinaus werden Ideen für zivilcouragiertes Verhalten im Netz erarbeitet. Mädchen und Jungen werden dabei nicht als potenzielle Opfer oder Täter*innen, sondern vor allem als potenzielle „Helfer*innen“ und „Unterstützer*innen“ adressiert.

Material-Entwicklung:

- Erklärfilm zum Thema „Fairness“ für die Präventionsarbeit von Fachkräften
- 12seitige Broschüre und eine kompakte „Checkliste“ mit Informationen und Handlungsorientierungen für Eltern



Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch: Inhouse-Fortbildungen,

Das Präventionsprojekt „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ wird seit Ende 2019 vom Sozialministerium gefördert. Hauptaufgabe und Schwerpunkt des Projektes sind die Konzeption und Durchführung von **Inhouse-/Teamfortbildungen** in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und in Schulen. Die Inhouse-Veranstaltungen werden durch eine Teilnehmer*innen-Befragung evaluiert, Ergebnisse der Evaluation 2020/2021 werden im Frühjahr 2022 vorliegen.

Durch die Vermittlung von Basiswissen zu sexualisierter Gewalt, zu Prävention und Intervention sollen die Einrichtungen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Das Projekt ergänzt die Angebote der Fachberatungsstellen in Niedersachsen.

Das Projekt bietet zudem frei ausgeschriebene Seminare zu aktuellen Fragestellungen:

Der Trickfilm erklärt sexuellen Missbrauch. Kinder werden ermutigt, ihren eigenen Gefühlen zu vertrauen, und „Nein“ zu sagen, wenn jemand ihre persönlichen Grenzen überschreitet.

Die Kernaussagen des Films „Kinder haben keine Schuld, wenn ein sexueller Missbrauch passiert“ und „Kinder haben ein Recht auf Hilfe“ werden mit konkreten Beispielen bebildert und sollen dazu motivieren, sich an Vertrauenspersonen zu wenden, die in einer Notlage unterstützen können.

[» zur Version mit Gebärdensprache](#)

- **Online-Seminar** zur Präventionsarbeit mit Kindern im Grundschulalter (wurde insgesamt fünfmal durchgeführt).
- Fachtagung mit externen Expert*innen zum Thema „Sexualisierte Gewalt im Netz“.
- **diverse Fachinformationen** wie, z. B. einen Erklärfilm für die Präventionsarbeit mit Kindern und eine umfangreiche Handlungsorientierung.
- **Fachbeitrag** der LJS im Rahmen einer Anhörung der Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern.

2.2. Fachreferat Medien: Medienpädagogik / Jugendmedienschutz

Inhaltliche Schwerpunkte / Personelle Kapazitäten

- Digitale Spiele, exzessives Spielen
- Mediale Gewaltdarstellungen
- Frühkindliche Mediennutzung
- Mobile Mediennutzung, Smartphone und Tablets
- Internet und Jugendschutz
- Jugendmedienschutz, technischer Jugendmedienschutz
- Big Data, Medienethik

Projekte

- Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?
- Eltern-Medien-Trainer*innen
- Hauptsache Action – Computerspiele in der Jugendarbeit

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

- eine Online-Tagung und sieben Online-Seminare zum Themenschwerpunkt „Medienpädagogik / Jugendmedienschutz“ im Rahmen des LJS Seminarprogramms:
- **Basic Jugendschutz: Update für den Jugendmedienschutz.** Online-Vortrag mit anschließender Diskussion zu den gesetzlichen Änderungen nach Inkrafttreten des neuen Jugendschutzgesetzes innerhalb der Reihe „Basic Jugendschutz“ für über 200 pädagogische Fachkräfte
- **Digitale Gewalt – reale Sorgen - Kinder und Jugendliche schützen und stärken.** Online-Format. Vermittlung von professionellem pädagogischem Handeln in Online-Netzwerken im Spannungsfeld zwischen Datenschutz und digitaler Teilhabe.
- **Kinder, die auf Handys starren** - Online-Seminar zum Medienumgang von Kindern im Grundschulalter und in der Vorpubertät.
- **Hauptsache perfekt?! Der Einfluss von Influencerinnen auf das Aufwachsen von Mädchen.** Online-Seminar in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Sexualpädagogik
- **Digitales Kinderzimmer,** Online-Seminar für pädagogische Fachkräfte aus dem Elementarbereich, das die digitale Mediennutzung von jüngeren Kindern fokussierte.
- **Heute schon gespielt?** Online-Seminar zur Bedeutung digitaler Spiele im Alltag von Kindern ab 10 Jahren.
- **Gefällt mir!** Wie Kinder-Influencer*innen mit Likes gute Geschäfte machen, Online-Seminar.

2. Wie zufrieden sind Sie mit der Struktur (inhaltlicher Ablauf, Zeit für Pausen und Rückfragen) des Online-Seminars?

[Weitere Details](#)

 Insights

	Sehr zufrieden	10
	Zufrieden	6
	Unzufrieden	0
	Sehr unzufrieden	0



Weitere, über das Seminarangebot hinausgehende Aktivitäten des Fachbereiches:

- **Online-Workshop** auf dem Tag der Medienkompetenz zu den „Änderungen des Jugendschutzgesetzes“
- **„Netzgespräche“** - Online-Diskussionsrunde der Medienkoordination Braunschweig zum Thema „Muss man(n) das gendern? Geschlecht und Identität in digitalen Medien“. Fachlich begleitet von der medienpädagogischen Referentin.
- **Lehrauftrag „Grundlagen der Medienpädagogik“** an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften (Vertretung von Prof. Dr. Tanja Witting) wurde mit vier letzten Semesterwochenstunden und dem Erstellen einer abschließenden Online-Klausur beendet.
- **Sechs Fortbildungen** wurden für andere Träger konzipiert und durchgeführt u. a. SOS-Kinderdorf in Worswede, Pro Liberis: pädagogisch-therapeutische Wohngruppe in Edewecht, stationäre Jugendhilfeeinrichtung in Salzgitter oder im Rahmen einer Kooperationstagung der Evangelischen Akademie Loccum und dem Niedersächsischen Landesjugendamt.
- **10. Eltern-Medien-Trainer*innen-Fortbildung** mit 22 teilnehmenden pädagogischen Fachkräften, coronabedingt weitestgehend online.
- **„Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?“**: Im Projekt wurden 85 medienpädagogische Elternabende online und 19 in Präsenz durchgeführt. Coronabedingt konnten im Projekt „Hauptsache Action – Computerspiele in der Jugendarbeit“ nur eine Eltern-LAN-Party und sieben Workshops zum Thema digitale Spiele für Kinder und Jugendliche stattfinden.

Projekte

Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?

Die Corona-Situation wirkt sich nach wie vor auf die Anzahl der medienpädagogischen Elternabende aus. Einige Institutionen bevorzugen weiterhin Präsenz-Elternabende, andere Einrichtungen sahen in der Online-Umsetzung eine gute Alternative und konnten der digitalen Umsetzung durchaus Vorteile bescheinigen.

Digitales Kinderzimmer

- **Mediennutzung** von unter 3-Jährigen - Ist das nicht zu früh?
- **Löwenzähnen** oder **Paw Patrol** - Woran erkenne ich kindgerechte Sendungen?
- **Bilderbuch-** und **Spiele-Apps** - Wo kann ich mich über pädagogisch wertvolle Angebote informieren?

Insgesamt fanden 85 medienpädagogischen Elternabende online und 19 in Präsenz statt.

Im vergangenen Jahr wurde für Eltern von Vorschulkindern das Thema „Digitales Kinderzimmer“ aufgenommen. Für Mütter und Väter von Grundschulkindern stehen die Themen Fernsehen, Computerspiele und Smartphone zur Auswahl. Informationsveranstaltungen für Eltern von Kindern, die die weiterführende Schule besuchen, finden zu den Themen Online-Spiele bzw. Soziale Netzwerke statt.

Der Referent*innenkreis setzt sich aus 31 medienpädagogischen Fachkräften der NLM, einigen Kolleginnen und Kollegen vom Blickwechsel e.V. und erfahrenen Eltern-Medien-Trainer*innen zusammen. Das Projekt wurde durch das Niedersächsische Sozialministerium und der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) finanziert.

Hauptsache Action - Computerspiele in der Jugendarbeit LAN-Partys für Eltern

Aufgrund der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln konnten die LAN-Partys für Eltern, bis auf eine Ausnahme in Osnabrück, nicht stattfinden. Die für Hannover geplante LAN-Party fand als Online-Elternabend statt, an dem 380 Mütter und Väter teilnahmen. An dem Abend wurden sie über die aktuellen Lieblingsspiele von Mädchen und Jungen informiert, über Änderungen im Jugendschutzgesetz oder die Regelung von Spielzeiten sowie In-App-Käufe beleuchtet.

Medienpädagogische Projekte

Die Angebote zum Thema „Minecraft – Neue Welten erschaffen“ und „Let’s Play Videos in der Jugendarbeit“, in denen sich Mädchen und Jungen im Rahmen der außerschulischen Arbeit mit digitalen Spielen auseinandersetzen, konnten coronabedingt nur in den Sommerferien stattfinden. Insgesamt sieben Aktionen wurden u. a. im Jugendhaus Bad Bentheim, im Jugend- und Kulturzentrum Neuenhaus oder von der Jugendpflege in Nordstemmen durchgeführt.

Hauptsache Action -

Computerspiele in der pädagogischen Arbeit

Drei Ganztagesfortbildungen für pädagogische Fachkräfte, eine davon in Präsenz und zwei online. Erläuterung der unterschiedlichen Verfahren zur Klassifizierung von Alterskennzeichen und Diskussion über Ursachen und Umgang mit exzessivem Spielen sowie Daten- und Verbraucherschutzfragen in Bezug auf digitale Spiele. Zudem wurde den pädagogischen Fachkräften vermittelt, wie sie eigenständig mit Kindern und Jugendlichen zum Thema Computerspiele arbeiten können.

Eltern-Medien-Trainer*innen

22 pädagogische Fachkräfte erhielten im Sommer des vergangenen Jahres ihr Zertifikat als Eltern-Medien-Trainer*in. In acht Seminartagen, die vorwiegend online stattfanden, wurden die Teilnehmenden über Medieninhalte, Medienwirkungen und Jugendschutzaspekte geschult. Mit den neu zertifizierten Eltern-Medien-Trainer*innen, die u. a. aus Holzminden, Diepholz, Ammerland, Delmenhorst und dem Heidekreis stammen, können von nun an weitere Landkreise in Niedersachsen auf eine*n Eltern-Medien-Trainer*in zurückgreifen.



Für die langjährig aktiven Eltern-Medien-Trainer*innen fand der alljährlich stattfindende zweitägige Methodenbaustein mit einigen Teilnehmenden in Präsenz und weiteren, die online dabei waren, statt. Neben drei Fachvorträgen gab es Zeit zum Netzwerken und dem Austausch über gut gelingende Methoden in der medienpädagogischen Elternarbeit.

2.3. Fachreferat Sucht: Suchtprävention / Gesundheitsförderung

Inhaltliche Schwerpunkte / Personelle Kapazitäten

- Cannabis und Jugendschutz
- Basiswissen zur Suchtprävention
- Suchtprävention in der stationären Jugendhilfe
- Suchtprobleme in der Familie
- Rechtliche Aspekte in der Arbeit mit Suchtmittel konsumierenden Jugendlichen

Projekte

- MOVE (Motivierende Kurzintervention mit konsumierenden Jugendlichen)
- Kita-MOVE (Schwierige Elterngespräche führen)
- Der optimale Körper – riskante Schönheitsideale im Jugendalter

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

- vier eintägige Online-Seminare, eine Online-Fachtagung und eine MOVE-Fortbildung für pädagogische Fachkräfte:
- **Gras, Hasch, Pott – Aktuelle Überlegungen zu Cannabis und Jugendschutz** – zur vielschichtigen öffentlichen Debatte um eine regulierte Abgabe von Cannabis
- **Gut drauf kommen – Basiswissen Sucht(Prävention)**, Online-Seminar mit Hintergrundinformationen zum Suchtmittelkonsum im Jugendalter, aktuellen Konsumtrends und rechtliche Aspekte
- **Suchtprävention trifft stationäre Jugendhilfe – Von Wünschen und Pflichten: Was ist machbar, was muss sein?** Online-Tagung, für einen Überblick von Strukturen, in denen suchtpreventive Maßnahmen im Jugendhilfealltag integriert werden können.
- **Suchtprobleme in der Familie – wer hilft wem?** On-

line-Seminar zur Dynamik von Suchterkrankungen in Familien sowie Unterstützungsmöglichkeiten in der Arbeit mit betroffenen Jugendlichen

- **Was ist (nicht) erlaubt? Orientierung in der rechtlichen Grauzone rund um die Arbeit mit konsumierenden Jugendlichen.** Seminar über Handlungsspielräume, Chancen und Grenzen, pädagogische Interventionsmöglichkeiten sowie Infos zu rechtlichen Rahmenbedingungen.
- die **Kita-MOVE** Fortbildung musste verschoben werden. Alternativ wurde ein einführender Online-Workshop angeboten.
- Im Rahmen der Projektarbeit wurden vier weitere Kita-MOVE- und drei MOVE-Fortbildungen durch externe Trainer*innen in Niedersachsen umgesetzt.

Projekte

MOVE – Motivierende Kurzintervention mit konsumierenden Jugendlichen

2021 wurden vier dreitägige Fortbildungen durchgeführt. Ziel ist es, pädagogische Fachkräfte in der Gesprächstechnik MOVE zu schulen, um junge Menschen zu motivieren, ihren Konsum zu reflektieren und diesen ggf. zu verändern.



Kita-MOVE – Motivierende Kurzintervention mit Eltern im Elementarbereich

Im letzten Jahr wurden vier dreitägige Fortbildungen und ein einführender Online-Workshop durchgeführt. Zudem wurde das Angebot im hybriden Netzwerkforum Frühe Hilfen des Landkreises Hildesheim vorgestellt. Kita MOVE vermittelt das Führen von schwierigen Elterngesprächen in Kindertagesstätten, Familienzentren, Frühen Hilfen und der Kindertagespflege.



Der optimale Körper – riskante Schönheitsideale im Jugendalter

In dem Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Sexualpädagogik ein in 2020 erarbeiteter Parcours weiterentwickelt, der Jugendlichen die Möglichkeit bietet, sich interaktiv mit medial vermittelten Körnernormen und Schönheitsidealen auseinanderzusetzen. Näheres dazu findet sich im Bericht des Fachreferates Sexualpädagogik.

Netzwerkarbeit und Kooperationen

„Nordverbund suchtpreventiver Fachstellen“ - In dem länderübergreifenden Gremium arbeiten Akteure der Suchtprävention aus Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zusammen. 2021 fand eine Online-Sitzung statt, bei der die Corona bedingten Auswirkungen und Änderungen der Arbeit und die damit zusammenhängenden Veränderungen bisheriger Angebote, thematisiert wurden.



Arbeitskreis zur „Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention“:

Vertretung der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS), dem Landespräventionsrat (LPR), dem Landesjugendamt Nds. (LS), der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Nds. (LVG & AFS) sowie der Landesstelle Jugendschutz Nds. (LJS). Unter dem Titel „Partizipation von Jugendlichen in der Alkohol- und Suchtprävention“ fand 2021 eine gemeinsam organisierte Online-Tagung statt.

2.4. Fachreferat Sexualität

Inhaltliche Schwerpunkte / Personelle Kapazitäten

- Kindliche Sexualität
- Sexuelle Gesundheit und Jugendschutz
- Chancen und Grenzen der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen
- Pubertät
- Jugendliche, Sexualität und Medien

Projekte

- Der optimale Körper – riskante Schönheitsideale im Jugendalter

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

- Es wurden drei Seminare, ein Halbtages-Seminar, eine Halbtages-Tagung sowie die Jahrestagung im Rahmen des LJS Seminarprogramms digital durchgeführt.
- **Darf ich das überhaupt? Chancen und Grenzen in der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen:** Rechtliche Rahmenbedingungen zum Themenkomplex „Jugendliche und Sexualität“ (Verhütung, Sexualität in der Einrichtung) und Fallarbeitsphasen für die Praxis.
- **Igitt, wie schön... Kindliche Sexualität in Kindertageseinrichtungen,** Halbtages-Online-Seminar zur sexuellen Entwicklung von Kindern im Vorschulalter und den Möglichkeiten, wie diese in Kindertageseinrichtungen begleitet werden kann.
- **Sexuelle Gesundheit und Jugendschutz. Fakten und Präventionsbotschaften für die Arbeit mit Jugendlichen.** Online-Veranstaltung zu verschiedenen Aspekten sexueller Gesundheit. Jugendschutz & sexuelle Gesundheit | Ein Projekt der LJS Niedersachsen
- **Hauptsache perfekt?! Der Einfluss von Influencerinnen auf das Aufwachsen von Mädchen.** Online-Seminar in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Medienpädagogik und - aufgrund der großen Nachfrage aus dem letzten Jahr – zweimal durchgeführt.



- **You are the one that I want - Jugendliche, Sexualität und Medien.** Online-Tagung, Betrachtung aktueller Entwicklungen von Körper- und Sexualitätsdarstellungen in den Medien und ihre Wirkung auf die sexuelle Entwicklung von Jugendlichen. Mehr zur Jahrestagung erfahren Sie auf Seite 14.
- Ein ursprünglich 2-tägig geplantes Seminar wurde in ein Online-Seminarpaket umgewandelt, aber musste letztendlich abgesagt werden.
- Zusätzlich wurden noch eine Fortbildung, ein Workshop und ein Elternabend für externe Träger durchgeführt sowie ein Expertinnen-Interview gegeben:
- **Wer bin ich und wer will ich sein? Sexuelle Entwicklung und Pubertät verstehen und begleiten.** Im Rahmen des Elternprogramms der Gemeinde Papenteich wurde ein Online-Elternabend zum Thema Pubertät durchgeführt.
- **Netzgespräch#13: „Pornos, Jugend, Vorurteile... Lust oder Frust? Was Pornos bewirken.“**
In monatlich angebotenen „Netzgesprächen“ werden von der Medienkoordination Braunschweig aktuelle Themen der Jugendarbeit aufgegriffen und mit jeweils zwei Expert*innen besprochen. Im Mai 2021 wurde das Thema Pornografie diskutiert.



Jugendliche und Sexualität

Im Rahmen eines Online-Arbeitstreffens der Schulsozialarbeiter*innen im Main-Taunus-Kreis wurde ein dreistündiger Workshop angeboten, der einen Ein- und Überblick über das Themenfeld psychosexuelle Entwicklung, Identitätsbildung und Entwicklungsaufgaben gab.

Darf ich das überhaupt?

Chancen und Grenzen in der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen

Das offene Seminarangebot der LJS wurde auf Anfrage für Mitarbeitende eines Jugendhilfeträgers als Online-Inhouse-Veranstaltung angepasst und durchgeführt.

An zwei Vormittagen wurden grundsätzliche rechtliche und pädagogische Informationen gegeben.

Projekt

„Der optimale Körper – Riskante Schönheitsideale im Jugendalter“

Die Rolle der gesellschaftlich gesetzten und medial vermittelten Körnernormen sowie mögliche Folgen für die jugendliche Entwicklung werden seit Längerem in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat Suchtprävention diskutiert. Auf der Website stehen umfangreiche Hintergrundinformationen und Methodenvorschläge. [Der optimale Körper | Ein Projekt der LJS Niedersachsen](#)



Der darüber hinaus erarbeitete Parcours für Jugendliche konnte aufgrund der COVID-19-Pandemie auch 2021 nicht in dem gewünschten Setting erprobt werden. Der Einsatz ist für das folgende Jahr geplant.

2.5. Projekt Elterntalk Niedersachsen



Inhaltliche Schwerpunkte / Personelle Kapazitäten

- Elternarbeit in interkulturellen Kontexten
- Entwicklung von Methoden der niedrigschwelligen Elternarbeit
- Interkulturelle Väterarbeit
- Rechte von Kindern
- Medienerziehung in Familien

Elterntalk Niedersachsen - eine Initiative zur niedrigschwelligen Elternarbeit

Um Mütter und Väter in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken und damit sie ihre Kinder im Alltag besser

fördern und begleiten können, startete 2012 „Elterntalk Niedersachsen“. Es war konzipiert als ein Baustein des Landeskonzeptes Medienkompetenz Niedersachsen und bot die Gesprächskreise im privaten Rahmen zunächst rund um die Medienthemen an. Nach und nach wurde die Themenpalette um mehrere Erziehungsthemen erweitert. Das Projekt basiert auf einer guten Netzwerkarbeit innerhalb der Kommunen und auch niedersachsenweit. So werden Sozialräume gefördert und die Integration der Familien mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen gestärkt.

Veränderung und Neuausrichtung: Im Jahr 2021 wurde die Veränderung des Konzeptes umgesetzt. Der bisherige Ansatz der jährlich zunehmenden Standorte sollte den Kapazitäten angepasst und begrenzt werden. Ziel der Neuausrichtung ist es, die personellen sowie finanziellen Kapazitäten zur Stärkung der bisherigen Standorte zu nutzen und in die Erhöhung der Talks zu investieren.

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

Im Arbeitsbereich Elterntalk wurden 2021 eine externe Veranstaltung und eine interne Weiterbildung angeboten:

- **Externe Veranstaltung - Interkultureller Kaffeeklatsch:** erstmalig als Online-Veranstaltung durchgeführt, mit einem Fachvortrag zum Thema „Familie ist nicht gleich Familie“.
- **Interne Weiterbildung – Treffen der Regionalbeauftragten:** zweitägige Präsenz-Veranstaltung, mit Fachvortrag zum Thema „Umgang mit dem Körper in der Familie“ sowie die Arbeit in Kleingruppen zum Talkthema Familienleben.
- **Entwicklung der Standorte:**
2021 wurden 20 Standorte betreut. Fünf Standorte wurden nach der dreijährigen Implementierungsphase verstetigt, das heißt, dass sie einen Großteil der Mittel für die Initiative Elterntalk vor Ort finanzieren.
– Drei Standorten war es durch die Pandemie nicht möglich, den Übergang in die Verstetigungsphase zu realisieren.
– die Gemeinde Stuhr aus dem Landkreis Diepholz

- kommt ab 2022/01 als neuer Standort dazu.
- Es fanden Online-Konferenzen mit den Standortpartner*innen und Regionalbeauftragten des Projektes zur Vorstellung der Vertragsinhalte und Abrechnungsmodalitäten statt.
- Neuer Auftritt: Das Logo wurde relauncht sowie die Projekt-Webseite mit internem Zugang für die Standortpartner*innen und Regionalbeauftragten zu allen wichtigen Formularen und Vorlagen überarbeitet.

Statistik:

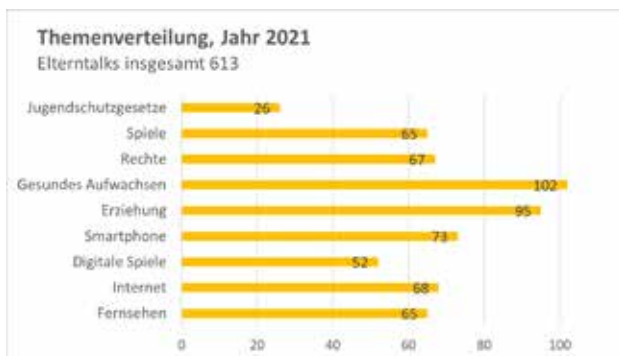
Derzeit werden an 20 Standorten in Niedersachsen Elterntalks angeboten. 2021 nahmen 2.397 Eltern an 613 Talks teil, 89 % der Teilnehmenden haben dabei eine andere Herkunftssprache als Deutsch angegeben.

Ausblick - 2022

Für das Jahr 2022 ist geplant, das neu konzipierte Thema „Familienleben“ sowie die jeweilige Ausstattung fertig zu stellen und in das Elterntalk-Repertoire zu etablieren.



Besonders die Themen zum Gesunden Aufwachsen und der Erziehung von Kindern und Jugendlichen waren in diesem Jahr wieder sehr gefragt:



2.6. Online-Jahrestagung „You are the one that I want - Jugendliche, Sexualität und Medien“



Im Fokus der Online-Jahrestagung mit gut 90 Teilnehmer*innen standen Fragen zum Thema Sexualpädagogik und Jugendschutz. Ein Schwerpunkt war die Betrachtung aktueller Entwicklungen von Körper- und Sexualitätsdarstellungen in den Medien und ihre Wirkung auf die sexuelle Entwicklung von Jugendlichen.

Bei der Suche und Festigung der sexuellen Identität setzen sich Jugendliche auch mit Vorbildern aus den Medien auseinander. Nicht immer treffen sie dort auf altersangemessene Angebote – oftmals eher auf stereotype oder Druck erzeugende Klischees. Entsprechend ist es wichtig, dass sie Ansprechpersonen haben, die diese Inhalte kennen und sie als Lebenswelt der Jugendlichen akzeptieren. Auf dieser Grundlage können Fragen und Unsicherheiten thematisiert und Jugendliche dabei unterstützt werden, ein positives Verhältnis zu sich und ihrem Körper aufzubauen. In vier Fachvorträgen widmeten sich die Referent*innen Daten und Fakten zur Jugendsexualität, Körper- und Sexualitätsvorstellungen Jugendlicher, dem Zusammenhang zwischen pornografischen Inhalten und der Entwicklung einer selbstbestimmten Sexualität sowie rechtlichen Regulierungsmöglichkeiten und -grenzen.

PROGRAMM, 7. DEZEMBER 2021	
Ab 9:30	Einlass
10:00	Grußworte und Einführung Inke Schweda, Leiterin der LJS Marco Brunotte, stellvertretender Vorsitzender der LAG FW Nts. Tanya Opatz, Referentin für Sexualpädagogik, LJS
10:30	Sexualaufklärung in Serie Die Vielfalt jugendlicher Sexualität am Beispiel der Serie Sex Education Moritz Stock, Universität Siegen
11:45	„Hat das jetzt zu viel Ausschritt?“ Körper- und Sexualitätsvorstellungen von Jugendlichen Christina Witz, Dipl. Psychologin, Sexualpädagogin (Ipsit, Hamburg)
12:00	Mittagsessen
14:00	Jugend und Pornografieimmer noch ein Thema? Jörg Nitschke, Institut für Sexualpädagogik (ISF)
15:15	Jugendschutzgesetz und die Realität Wie passt das zusammen? Janas Hanisch, Referent der Bundeszentrale Kinder- und Jugendmedienschutz
16:30	Ende der Veranstaltung

3. Veröffentlichungen der LJS, Materialdienst

Gewalt – Materialien

- (Cyber-)Mobbing beenden. Wie Eltern ihre Kinder unterstützen können. Broschüre, 12 Seiten
- (Cyber-)Mobbing beenden. Eine Checkliste für Eltern und Fachkräfte

Gewalt – Artikel in Fachzeitschriften

- Andrea Buskotte: Mobbing stoppen – Eltern ins Boot holen, in: Pädagogik 1/2021
- (Cyber-)Mobbing unter Kindern und Jugendlichen – Alarm ohne Folgen?! - Positionspapier der Landesstellen Jugendschutz, in: Kinder, Jugend und Gesellschaft, 2/2021

Medien - Materialien

- Anmerkungen zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes, KJug 3/21

Presse und Online-Inhalte

- Digital Detox - Findet euer Verhältnis zu Medien! JETZT losleben, Interview 02.02.2021
- 22 neu zertifizierte Eltern-Medien-Trainer*innen und Anmerkung zum 2. Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes, Newsletter LAG der Freien Wohlfahrtspflege Nr. 3/2022
- Kinder im Netz besser schützen, Weserkurier, 05.08.2021
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche im Netz, Interview Radius 30, Herbst 2021
- Netzgespräche#9 der Medienkoordination Braunschweig „Muss man(n) das gendern? Geschlecht und Identität in digitalen Medien“
- Netzgespräch#13 der Medienkoordination Braunschweig „Pornos, Jugend, Vorurteile... Lust oder Frust? Was Pornos bewirken.“
- „Fair sein – drei Fragen, die immer helfen“, Erklärfilmchen für die Präventionsarbeit zu Mobbing ab Klasse 5, <https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/cyber-mobbing/cyber-mobbing-video-fair-sein-drei-fragen-die-immer-helfen/>

gez. Imke Schmieta



**Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände
der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.**

7



**Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft**

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e. V.

Körtingsdorfer Weg 8 · 30455 Hannover
Tel.: 05 11 / 49 52 -0 · Fax: 05 11 / 49 52 -2
E-Mail: info@bv-hannover.awo.de
www.awo-bv-hannover.de

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Klingenbergstr. 73 · 26133 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 48 01 -0 · Fax: 04 41 / 48 01 -103
E-Mail: info@awo-ol.de
www.awo-ol.de

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Braunschweig e. V.

Marie-Juchacz-Platz 1 · 38108 Braunschweig
Tel.: 05 31 / 39 08 -0 · Fax: 05 31 / 39 08 -108
E-Mail: info@awo-bs.de
www.awo-bs.de



Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V.

Moritzberger Weg 1 · 31139 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 9 38 -0 · Fax: 0 51 21 / 9 38 -119
E-Mail: dicv@caritas-dicvhildesheim.de
www.caritas-dicvhildesheim.de

Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.

Knappsbrink 58 · 49080 Osnabrück
Tel.: 05 41 / 3 49 78 -0 · Fax: 05 41 / 3 49 78 -481
E-Mail: dicv-os@caritas-os.de
www.caritas-os.de

Landes-Caritasverband für Oldenburg e. V.

Neuer Markt 30 · 49377 Vechta
Tel.: 0 44 41 / 87 07 -0 · Fax: 0 44 41 / 87 07 -610
E-Mail: info@lcv-oldenburg.de
www.lcv-oldenburg.de



Deutsches Rotes Kreuz

Landesverband Niedersachsen e. V.

Erwinstraße 7 · 30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 2 80 00 -0 · Fax: 05 11 / 2 80 00 -177
E-Mail: info@drklvnds.de
www.drklvnds.de

Deutsches Rotes Kreuz

Landesverband Oldenburg e. V.

Maria-von-Jever-Straße 2 · 26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 9 21 79 -0 · Fax: 04 41 / 9 21 79 -79
E-Mail: zentrale@lv-oldenburg.drk.de
www.lv-oldenburg.drk.de

Diakonie

Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e. V.

Ebhardtstr. 3 A/Lutherhaus · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 36 04 -0 · Fax: 05 11 / 36 04 -108
E-Mail: geschaeftsstelle@diakonie-hannovers.de
www.diakonie-hannovers.de

Diakonisches Werk der Ev.-luth Kirche in Oldenburg e. V.

Kastanienallee 9 - 11 · 26121 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 2 10 01 -0 · Fax: 04 41 / 2 10 01 -99
E-Mail: lv@diakonie-ol.de
www.diakonie-oldenburger-land.de

Diakonisches Werk der Ev.-ref. Kirche

Saarstraße 6 · 26789 Leer
Tel.: 04 91 / 91 98 -0 · Fax: 04 91 / 91 98 -148
E-Mail: diakonischeswerk@reformiert.de
www.reformierte.de



Landesverband der
Jüdischen Gemeinden
von Niedersachsen K.d.ö.R.

Jüdische Wohlfahrt Landesverband Niedersachsen

Haeckelstr. 10 · 30173 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 1 04 72 · Fax: 05 11 / 85 29 83
E-Mail: info@jg-hannover.de
www.jg-hannover.de



Paritätischer Wohlfahrtsverband Nds. e. V.

Gandhistr. 5 A · 30559 Hannover
Tel.: 05 11 / 52 48 6 -0 · Fax: 05 11 / 52 48 6 -333
E-Mail: landesverband@paritaetischer.de
www.paritaetischer.de

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

LAG-Geschäftsstelle

Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 85 20 99 · Fax: 05 11 / 2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de
www.lag-fw-nds.de

Stelle für Soziale Innovation

Anna Low · Sarah Kuhlmann
Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 56 24 75 -0
E-Mail: anna.low@lag-fw-nds.de
E-Mail: kuhlmann@lag-fw-nds.de
stelle-fuer-soziale-innovation.de



Niedersächsische Landesstelle
für Suchtfragen

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 62 62 66 -0 · Fax: 05 11 / 62 62 66 -22
E-Mail: info@nls-online.de
www.nls-online.de



Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Leisewitzstr. 26 · 30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 85 87 88 · Fax: 05 11 / 85 30 61
E-Mail: info@jugendschutz-niedersachsen.de
www.jugendschutz-niedersachsen.de



NIEDERSACHSEN

LAG A|B|I|T

Landesarbeitsgemeinschaft
Arbeit | Bildung | Teilhabe

Landesarbeitsgemeinschaft

Arbeit | Bildung | Teilhabe Niedersachsen

Anja Rinck
Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 70 81 04 64
E-Mail: b.lengl@lag-abt-niedersachsen.de
www.lag-abt-niedersachsen.de



www.lag-fw-nds.de

**Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.**
Gruppenstraße 4, 30159 Hannover
Tel.: 05 11 - 85 20 99 . Fax: 05 11 - 2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de